

Istorija i kul'tura nemcev Kazachstana – Geschichte und Kultur der Deutschen in Kasachstan

Otv. red. Al'fred Ajsfel'd – Hrsg. von Alfred Eisfeld. 2-e izd. – 2. Aufl.
Göttingen, Almaty: I see real, 2017. 523 S., Abb. = Publikacija
Gettingenskogo issledovatel'skogo centra, 523 – Veröffentlichungen des
Göttinger Arbeitskreises, 523. ISBN: 978-3-9818664-0-7.

ALFRED EISFELD stellte dieses Werk im November 2017 im Deutschen Haus in Kiev vor. Die zweisprachige Überblicksdarstellung behandelt die Geschichte der Deutschen in Kasachstan. Da Kasachstan 1925 zu einer „autonomen“ Sowjetrepublik innerhalb der RSFSR, dann 1936 zu einer „Sozialistischen Sowjetrepublik“ hochgestuft und erst 1991 selbständig wurde, bedeutet dies, dass die Deutschen auf dem Gebiet des heutigen Kasachstan bis 1991 im Wesentlichen die allgemeine Entwicklung und das Schicksal der Russlanddeutschen teilten.

Im I. Kapitel behandelt Alfred Eisfeld die russische Unterwerfung und Eingliederung der kasachischen Horden, die damals noch Kirgisen genannt wurden, VIKTOR KRIEGER stellt die Ansiedlung der Deutschen auf dem Gebiet des heutigen Kasachstan in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg dar und TAMARA VOLKOVA schildert die Folgen des Welt- und Bürgerkriegs und der Errichtung der Sowjetmacht auf die deutschen Siedlungen. Einige deutsche und deutsch-österreichische Kriegsgefangene, die zeitweise östlich des Urals untergebracht wurden, kämpften als „kommunistische Internationalisten“ auf der Seite der Roten Armee und machten sich später als Vertreter der Sowjetmacht bei den deutschen Bauern äußerst unbeliebt.

Um die sozialistische Umgestaltung in den 1920er und 1930er Jahren geht es im II. Kapitel. Tamara Volkova zeigt, dass die deutschen Bauern passiven Widerstand leisteten. Sie lehnten ab, in den sowjetischen Organen mitzuarbeiten, und mussten die Entkulakisierung und Kollektivierung über sich ergehen lassen, besonders als ihr Versuch, 1929 nach Deutschland auszuwandern, gescheitert war. Zur Erklärung dieser Emigrationsbestrebungen vor allem der Mennoniten und der Reaktion der Behörden wäre ein Blick auf parallele Entwicklungen in der RSFSR, besonders in Sibirien, nützlich gewesen. In den Jahren 1934–1936 wurden Deutsche und Polen aus der Westukraine nach Kasachstan verbannt (Alfred Eisfeld). Der Große Terror verursachte unter den Russlanddeutschen besonders viele Opfer, da ihnen Verbindungen zum NS-Staat vorgeworfen wurden (Tamara Volkova).

Die Jahre 1941 bis 1964 haben Alfred Eisfeld und LUDMILA BURGART unter den Titel „Jahre des Schweigens und Erwachens“ (Kapitel III) gestellt. Bei Kriegsbeginn lebten in Kasachstan rund 90.000 Deutsche, die meisten von ihnen schon 1914. Zu diesen kamen Verbannte aus der Ukraine hinzu. Bis Anfang 1942 wuchs die Zahl der Verbannten, die seit Kriegsbeginn in den Osten deportiert wurden, um rund

300.000 Personen. Fehlender Wohnraum, Nahrungsmangel und Epidemien kosteten viele „Umsiedler“ das Leben. Rund 100.000 Deutsche wurden in die Arbeitsarmee eingezogen und zu schwerer körperlicher Arbeit in Fabriken gezwungen. Viele von diesen „Trudarmisten“ überlebten die Strapazen am Arbeitsplatz und die erbärmlichen Bedingungen in den Arbeitslagern nicht. Nach Kriegsende wurden viele Russlanddeutsche, die mit den deutschen Truppen vor dem Ansturm der Roten Armee ausgewichen waren, aus Deutschland zwangsweise „repatriiert“, 41.000 von ihnen kamen nach Kasachstan. Diesen stand die Sowjetmacht besonders misstrauisch gegenüber. Anfang 1945 wurde das System der streng überwachten „Sondersiedlungen“ für die Deutschen auch in Kasachstan etabliert. Erst zehn Jahre später wurden die Russlanddeutschen aus diesen „Sondersiedlungen“ entlassen. Jetzt durften auch die zerstreuten Familienangehörigen sich wieder zusammenfinden und sich einen Wohnsitz suchen, nicht aber in der Vorkriegsheimat. Die Deutschen arbeiteten in Kolchosen, aber auch im Kohlebergbau um Karaganda. Einige schafften nach 1955 einen beruflichen Aufstieg. Die unkritische Schilderung der Leistungen deutscher „Helden der Arbeit“ wirkt ein wenig aus der Zeit gefallen.

Im IV. Kapitel („Die Normalisierung des Lebens im Zeichen der Hoffnung“) wird die Geschichte der Russlanddeutschen auf dem Gebiet des heutigen Kasachstan zwischen 1964 und 1991 abgehandelt. Dabei geht Alfred Eisfeld besonders ausführlich auf die demografische Entwicklung ein. Deutsche wanderten aus den sibirischen Regionen nach Kasachstan, besonders in die landwirtschaftlich geprägten Gebiete Nord- und Ostkasachstans und in die Industriestädte, wohin höhere Löhne lockten. Von 1959 bis 1989 wuchs ihre Zahl um fast 300.000 Personen. Schon in den 1970er Jahren lebte die Hälfte der Deutschen in interethnischen Ehen, vor allem mit Russen und Ukrainern. Da auch die Schulen kaum den vorgeschriebenen muttersprachlichen Unterricht, der gerade einmal aus zwei Stunden pro Woche bestand, anboten, gab 1989 nur noch etwas mehr als die Hälfte der Deutschen Deutsch als ihre Muttersprache an. Allerdings war eine Intensivierung ihres religiösen Lebens zu beobachten. KONSTANTIN EHRLICH führt durch das allmählich wieder entstehende kulturelle Leben der Deutschen Kasachstans, das mit Liedern auf deutschen Hochzeiten, einer deutschen Zeitung und Rundfunksendung begann und in dem Schaffen von Schriftstellern, Komponisten und Publizisten und einem deutschen Theater kulminierte. 1964, nach der offiziellen Rehabilitierung der Deutschen von den Spionagevorwürfen des Jahres 1941, sammelte die russlanddeutsche Elite Unterschriften für die Wiederherstellung der Wolga-Republik. Ihre beiden Delegationen des Jahres 1965 nach Moskau brachten Teilerfolge in Form von Zusagen auf dem Gebiet von Kultur und Schule, doch wurde eine Rückkehr in die alten Siedlungsgebiete mit der Begründung abgelehnt, die Deutschen hätten sich in ihren neuen Wohngebieten fest integriert. Alfred Eisfeld führt die Darstellung der politischen Entwicklung seit der Brandtschen Ostpolitik fort. Mit langen Unterschriftenlisten und Sitzstreiks in Moskau wollten russlanddeutsche Delegationen 1973 die Genehmigung zur

Ausreise erzwingen. Der Moskauer Plan, ein deutsches autonomes Gebiet in Kasachstan zu schaffen, wurde nach kasachischen Protesten 1979 aufgegeben. Auch weitere Delegationen hatten keinen Erfolg, bis Ende 1989 die Deutschen die Sammlungsbewegung *Wiedergeburt* gründeten. Die Situation der Bewegung war schwierig, da inzwischen jeder Sowjetbürger die Sowjetunion verlassen durfte. Schon in den Jahren 1987–1989, als die freie Ausreise noch nicht galt, hatten etwa 162.000 Kasachstan-Deutsche andere Möglichkeiten zur Ausreise genutzt. Die Emigration wuchs, als in der *Deklaration über die staatliche Souveränität der Republik Kasachstan* von 1991 die Kasachen zur staatsbildenden Nation erklärt wurden.

Das V. und letzte Kapitel über die Deutschen in der Republik Kasachstan hat Alfred Eisfeld zusammen mit ALEXANDER DEDERER verfasst. Sie analysieren die auf die Staatsgründung folgende schwere Wirtschaftskrise, die durch die Auswanderung insbesondere von Russen, unter denen sich viele Hochschulabsolventen befanden, den Verlust ganzer Wirtschaftszweige und den Anstieg der Arbeitslosigkeit verursacht wurde. Auch die Zahl der Deutschen sank dramatisch von 947.000 Personen (1991) auf 223.000 Personen (2006). Alexander Dederer ist Vorsitzender der *Wiedergeburt*, Assoziation der Deutschen in Kasachstan. So sind kritische Worte über diese Organisation, aber auch die Staatsführung der Republik bzw. die deutsche Bundesregierung nicht zu erwarten, deren Erklärungen ohne Kritik zitiert und Aktionen positiv gewertet werden. Von beiden Regierungen, besonders der deutschen erhält die *Wiedergeburt* finanzielle Unterstützung für ihre vielen Projekte. Mit dem Ziel, die Auswanderungsbewegung zu verkleinern, fördert diese deutsche Schulen, Kulturzentren, die deutsche Presse, Apotheken und Sozialstationen, aber auch landwirtschaftliche Vorhaben. Der kasachische Staat hat die ehemaligen „Trudarmisten“ nicht nur rehabilitiert, sondern ihnen auch verschiedene Vergünstigungen eingeräumt. Die *Wiedergeburt* versucht immer wieder, sich als Brückenbauer in die Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und Kasachstan einzubringen.

Das Buch enthält einen Dokumentenanhang, eine Liste empfohlener Literatur, ein Namens- und ein geografisches Register. Der gesamte Text ist üppig mit Fotos von Orten, Personen, Plakaten und Zeichnungen ausgestattet. Leider fehlt eine Skizze der ursprünglichen Ansiedlungsschwerpunkte. Insgesamt ist ein repräsentativer Band entstanden, bei dessen Vorstellung auch ein Vertreter der kasachischen Botschaft in Kiev ein Grußwort sprach.

DETLEF BRANDES
Düsseldorf/Berlin

Deutsche im multikulturellen Umfeld Südkaukasiens

Hrsg. von Eva-Maria Auch. Würzburg: Ergon, 2017. 209 S., 39 Abb.

= Bibliotheca Academica. Reihe Orientalistik, 27. ISBN: 978-3-95650-240-8.

In Göygöl ist Geschichte nur noch ein Themenpark. Bevor die Kaukasusdeutschen im Oktober 1941 nach Zentralasien deportiert wurden, war Helenendorf im heutigen Aserbaidschan wohl ein beeindruckender Ort gewesen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts siedelten Pietisten aus Württemberg nach einer langen und mühsamen Reise auf Einladung des Zaren im Südkaukasus. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Deutschen ökonomisch sehr erfolgreich. Helenendorf wurde zu einem wohlhabenden Ort mit großen Höfen, die den Wohlstand der Kolonisten widerspiegeln. Vor einigen Jahren wurden die Fassaden vieler Häuser Göygöls, wie Helenendorf heute heißt, ‚renoviert‘. Die Häuser sind nun einheitlich weiß getüncht, unbehandelte Kieferpaneele wurden auf alte Holzkonstruktionen genagelt und die Sockel der Häuser mit einem immer gleichen Muster beklebt.

Im letzten Beitrag des vorliegenden Sammelbandes schreibt JANINE FUNKE von Plänen, ein Heimatmuseum eben in Göygöl einzurichten. Ich hoffe, dass das geplante Museum, so wie es dieser Sammelband schon tut, den geschönten Fassaden deutscher Geschichte den Spiegel vorhält. Im hier rezensierten Sammelband besprechen zehn Autorinnen und Autoren diese vielschichtige Geschichte der Deutschen, ohne ihre Leistungen zu heroisieren.

EVA-MARIA AUCH, Professorin für Geschichte Aserbaidschans an der Humboldt-Universität Berlin, arbeitet schon seit einiger Zeit zu den Deutschen im Kaukasus und legt pünktlich, genau zweihundert Jahre nach ihrer Ankunft im Südkaukasus, diesen Sammelband vor. Der Schwerpunkt liegt auf der deutschen Geschichte in Aserbaidschan, und die herausstechenden Beiträge von Eva-Maria Auch und MAMET DŽAFARLI betreffen besonders die schwierige Situation der Deutschen in der Zeit von der Februarrevolution bis zu ihrer Deportation.

Der Sammelband gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil geht es um das vielschichtige kulturelle und soziale Leben der Kolonisten „im Kontext russischer Nationalitätenpolitik“ (S. 11). Gewissermaßen als der Hauptteil des Buches behandelt der zweite Teil die Verfolgung und Deportation der Deutschen in der Zeit von 1917–1941. Im kurzen dritten Teil geht es um die soziale Situation der Deutschen in der Sowjetunion und der Spätaussiedler in Deutschland bzw. um die Pläne zur Errichtung eines Heimatmuseums im oben erwähnten, neu hergerichteten Göygöl.

Die Deutschen in ihrer neuen multiethnischen Umgebung hatten laut Auch keinen guten Start. Im ersten Kapitel führt die Herausgeberin in die Siedlungsgeschichte, die Umsiedlungsgründe und die Niederlassung im Südkaukasus ein. Die Ankunft der

Deutschen muss eine große Provokation für die Lokalbevölkerung gewesen sein, so Auch, weil lokale Rechts-, Land- und Wirtschaftsstrukturen durch die Ansiedlung herausgefordert wurden. Es entwickelte sich bis zur ihrer Deportation ein komplexes Gegen- und Miteinander der Deutschen mit ihren Nachbarn. Auchs Beitrag ist so etwas wie die Einleitung zu ihrem Sammelband, doch direkt danach geht es auf einmal kurz über den Großen Kaukasus hinüber: Etwas aus dem regionalen Rahmen fällt der Beitrag des Juristen und Philosophen ALIK DIBRAEV zu deutschen Kolonisten im nordkaukasischen Dagestan von ihrer Ansiedlung bis zu ihrer Etablierung. Er möchte den „positiven“ Einfluss der Kolonisten auf die lokale Verwaltung und Wirtschaft hervorheben.

Die Historikerin TAMARA TSCHERNOWA-DÖKE untersucht einen zentralen Teil des sozialen Lebens der Kolonisten. Die religiöse Praxis der frommen deutschen Pietisten entwickelte sich in dem Konflikt zwischen dem Wunsch, ihre kirchliche Unabhängigkeit zur erhalten, und kontrollierenden, von außen eingesetzten Priestern der Basler Missionsgesellschaft. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war in den Dörfern – in diesem Beitrag liegt der Schwerpunkt auf den Kolonien in Georgien – geprägt durch einen religiösen Sonderweg und Separationsbewegungen. Mit der Eingliederung der Deutschen in lokale Kirchenstrukturen und der positiven Wirtschaftsentwicklung beruhigten sich die religiösen Spannungen weitestgehend.

Beiträge wie jener des Musikwissenschaftlers ALEXANDER SCHWAB helfen, einen tieferen Einblick in das Leben der Deutschen jenseits Weinbau, Religion und Verfolgung zu erhalten. Schwab stellt eine Reihe deutschstämmiger Berufsmusiker, Komponisten und Pädagogen vor und hebt heraus, dass beispielsweise in Helenendorf (Göygöl) nicht nur volkstümliche Musik, sondern auch Musik von Richard Wagner aufgeführt wurde. Der Text der Kunsthistorikerin GUDRUN CALOV stellt dar, wie seit dem 19. Jahrhundert im Rahmen von Forschungsreisen, Expeditionen oder auch militärischen Erkundungen deutsche Illustratoren Bilder noch unbekannter Regionen im Kaukasus angefertigt. Der Bezug zu den Kolonisten im Kaukasus ist etwas bemüht, doch der Text zeigt einen spannenden Aspekt: Auch wenn bei den Illustratoren der Anspruch vorlag, eine möglichst naturgetreue Darstellung anzustreben, waren die Bilder häufig exotisierend und orientalisierend.

Die Stärke dieses Sammelbandes liegt besonders im zweiten Teil des Buches mit dem Titel „Kaukasiendeutsche zwischen den Fronten von Revolutionen und Kriegen“, dessen regionaler Schwerpunkt auf Aserbaidschan liegt. Der Historiker ALFRED EISFELD unternimmt einen Vergleich der Autonomiebewegungen unter Deutschen im Nord- und Südkaukasus in den Jahren 1917/18. „Autonomie“ erscheint mir hier als unpassende Bezeichnung, geht es in dem Text eher um politische Anerkennung und Teilhabe. Mit dem Liquidationsgesetz (1915) wurden die Deutschen zum „inneren Feind“ erklärt und hätten damit schon zur Zarenzeit umgesiedelt werden können. Eisfeld beschreibt, wie sich die Deutschen nach der Februarrevolution über ein Komitee Gehör verschaffen

wollten und im unabhängigen Aserbaidschan ins Parlament einzogen. JUSUF AGAEV, der leider nicht im Autorenverzeichnis aufgelistet ist, führt in seinem recht kurzen Beitrag die Beschreibung der turbulenten Jahre nach dem Ende des Zarenreiches im Südkaukasus am Beispiel Aserbaidschans fort. Er stellt die Situation der Deutschen vor, nachdem sich das unabhängige Aserbaidschan gegründet hat und die Bolschewisten es energisch bekämpften.

Im sowjetischen Aserbaidschan waren die Deutschen zunächst weiter wirtschaftlich erfolgreich und stachen im regionalen Vergleich auch hinsichtlich Geburtenrate, Bildung etc. heraus. Der Historiker MAMED DŽAFARLI erläutert genau die zunehmenden Bemühungen Moskaus, die deutschen Kolonisten zu sowjetisieren. Es wird deutlich, wie sich die Deutschen in den frühen Jahren der Sowjetunion dem politischen Diktat nicht beugen wollten, denn die radikalen Eingriffe bedrohten ihre erfolgreichen Besitz- und Wirtschaftsstrukturen. Zunächst passten sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten über die Gründung der Genossenschaft *Konkordija* geschickt der neuen politischen Lage an und blieben im Weinhandel ökonomisch erfolgreich. Administrativ-territoriale Neuordnungen, Verfolgungen durch die Geheimpolizei oder die zwangsweise Eingliederung vieler Siedler in Kolchosen führten jedoch dazu, dass ab 1930 die Deutschen anfangen, von der Bearbeitung der Reben, ihrer wirtschaftlichen Grundlage, abzulassen.

Die letzten Jahre der Kolonisten vor ihrer Deportation 1941 zeichnet Auch in einem weiteren Beitrag nach. Nach den aus Sowjetsicht wenig gelungenen Bestrebungen einer durchdringenden Sowjetisierung der deutschen Orte entwickelte sich eine Politik der systematischen Verdrängung der Deutschen aus Wirtschaft und sozialem Leben. Es gab zahlreiche Auswanderungsbestrebungen ins Deutschland der 30er Jahre, die religiöse Praxis in den Orten wurde zunehmend beschränkt, der Deutschunterricht eingestellt, und letztendlich wurde die Genossenschaft *Konkordija* zerschlagen, ihre Führungsfiguren wurden verhaftet. Im Anschluss übernimmt Džafarli wieder und schaut sich die Verfolgungen der Deutschen durch die Geheimpolizei auf der Suche nach vermeintlich antisowjetischen Gruppierungen noch einmal genauer an. Deutsche wurden von den Regierenden zunehmend als Problem gesehen. Džafarli beschreibt eine Reihe konkreter Operationen staatlicher Behörden und dokumentiert den Terror, den deutsche Kolonisten zu erleiden hatten.

Der dritte Teil des Sammelbandes beginnt mit einem Beitrag des Historikers VOLKER KRIEGER. Er untersucht das Spannungsfeld zwischen Integration und Ausgrenzung der Deutschen seit den 50er Jahren in der Sowjetunion, im Russland der 90er Jahre und in Deutschland. Er nimmt eine typologische Einordnung der Deutschen bezüglich ihrer Position („Verhaltensmuster“) in der sowjetischen und russischen Gesellschaft in Oppositionelle, Traditionalisten, Integrierte und Assimilierte vor. Auch nach 1991 kam es nicht zu einer vollständigen Rehabilitierung der Deutschen, besonders wegen der fehlenden territorialen Zuordnung und den damit verbundenen

administrativen und politischen Möglichkeiten. Die komplexe soziale Situation der Spätaussiedler in Deutschland erklärt er anschaulich mittels der von ihm eingeführten, oben genannten Taxonomie.

Der bereits erwähnte Beitrag von der Historikerin Janina Funke fällt etwas aus dem Rahmen. Es geht um die Pläne und die mögliche Ausrichtung eines Heimatmuseums in Göygöl. Damit macht der Sammelband einen Sprung in die Gegenwart, in das ‚renovierte‘ deutsche Dorf Helenendorf. Funke führt sowohl in konzeptionelle Gedanken zur Erinnerungskultur sowie zur Rolle von Museen und Heimatmuseen als auch in die Museumslandschaft in Aserbaidschan und in die Geschichtswissenschaft vor Ort ein. Anschließend kehren wir mit Funkes Beitrag wieder nach Göygöl zurück. Das herausgeputzte Helenendorf erweckt heute den Eindruck einer Filmkulisse. Schaut man hinter die ‚renovierten‘ Fassenden wird man um Jahrzehnte zurückgeworfen. Die Herausgeberin Eva-Maria Auch hofft im Vorwort zu ihrem Sammelband, dass das renovierte Göygöl „zu einer neuen Blüte“ gelangt und damit ehemalige deutsche Orte in dessen Nachbarschaft und auch in Georgien zu gleichem „anspornt“ (S. 8). Ich hoffe nicht, dass andere ehemalige deutsche Orte im Südkaukasus den gleichen Weg einer einheitlichen Hauruckrenovierung gehen, sondern bei einer Renovierung – wie die Autoren und Autorinnen im vorliegenden Sammelband – genau und differenziert hinschauen.

STÉPHANE VOELL

Marburg/Lahn

Drevnejšie gosudarstva Vostočnoj Evropy – The Earliest States of Eastern Europe. 2013 god: Zaroždenie istoriopisanija v obščestvach Drevnosti i Srednevekov’ja – 2013: The beginnings of historical writing in Ancient and Medieval Societies

Otv. red. Dmitrij D. Beljaev i Timofej V. Gimon. Moskva: Izdat.

Universiteta Dmitrija Požarskogo, 2016. 849 S., Abb., Tab. ISBN: 978-5-91244-146-2.

Zwanzig russische Historiker, Philologen und Ethnologen, fast alle Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen von der Akademie der Wissenschaften, haben sich Ende des Jahres 2011 mit zwei Kollegen aus der Ukraine und Deutschland zusammengetan, um ihre Forschungsergebnisse im hier zu besprechenden Sammelband vorzustellen. Gegenstand ihres Interesses waren die Anfänge der Geschichtsschreibung oder – besser gesagt – die frühesten, sich irgendwie auf die Vergangenheit beziehenden Aufzeichnungen diverser

antiker und früh- bis hochmittelalterlicher bzw. vorkolonialer und vorkolumbianischer Gesellschaften in Eurasien, Afrika und Amerika. Es liegt nahe, dass altrussische Texte stärker berücksichtigt worden sind. Die Herausgeber hatten einen Fragenkatalog vorgegeben, der allerdings weder in allen Punkten abgearbeitet werden musste noch konnte – und auch nicht wurde. Die Fragen betreffen den Zusammenhang zwischen politischer bzw. administrativer Entwicklung und Geschichtsschreibung: Wann begannen in dieser Hinsicht die Aufzeichnungen und in welchen Formen – z. B. Rechnungen, Listen, Narrativen oder anderen – erfolgten sie? Lassen sich Auftraggeber identifizieren, und welche Rolle spielten dabei Persönlichkeiten in hervorgehobenen Positionen? Wurde Einfluss auf die Texte genommen? Wie stehen in den Anfängen schriftliche und mündliche Überlieferung zueinander? Wie ist das Verhältnis zwischen historiographischen und anderen, z. B. hagiographischen Texten? Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die aufgefundenen Texte, welcher Art sie auch sein mögen, auf politisches Denken schließen lassen? Die Herausgeber versuchten mithilfe des Fragenkatalogs, eine Grundlage für die Vergleichbarkeit der Quellen zu schaffen. Dadurch sollte zum einen die Aussagekraft der untersuchten Quellen hinsichtlich der genannten Fragestellungen erkennbar gemacht und zum anderen ihre Einordnung ermöglicht werden. Diese stellt sich – angesichts der enormen Spannweite der Ausdrucksformen, die von einer „Geschichtsschreibung ohne Schriftlichkeit“ im vorkolonialen Benin über Graffiti in der Kiever Sophienkathedrale bis zu den Chroniken reichen, – als äußerst problematisch dar.

Die Aufsätze sind in zwei Abteilungen gegliedert. Die erste Abteilung ist mit „Vorchristliche und nichteuropäische Gesellschaften“ überschrieben. Hier werden die frühesten sich auf die Vergangenheit beziehenden Aufzeichnungen in Ägypten, Assyrien, China, Griechenland (6.–5. Jahrhundert v. Chr.) und Mittelamerika, bei der alttürkischen Steppenbevölkerung sowie in Arabien und Benin vorgestellt. In diesem letztgenannten afrikanischen Land sind bildhafte, also nichtschriftliche Markierungen und Zeichnungen erhalten (Altäre, Flachreliefs), die auf bestimmte Herrscherdynastien und – wahrscheinlich legitimierende – Verbindungen zur Götterwelt hinweisen. Zweifellos handelt es sich dabei um Spuren einer von einer dynastischen Ordnung her organisierten Gesellschaft, die eine bestimmte Kultur mit einer differenzierten religiös-mythischen Gedankenwelt entwickelt hat. Offensichtlich hat man dort Vorstellungen von einer zurückliegenden Herkunft gehegt, ob man aber wirklich von historischem Denken und womöglich einer schriftlosen Geschichtsschreibung oder auch von einer Ideologie sprechen kann, erscheint doch fraglich. Bei diesem Beispiel mag es bleiben.

Die zweite Abteilung hat das „Christliche Mittelalter“ zum Thema. Hier werden Quellen aus Armenien, Irland, England, Süddeutschland, Island, Norwegen, vom Deutschen Orden in Preußen, aus Polen sowie – in fünf Beiträgen – aus Altrussland untersucht. Es handelt sich um schriftliche Quellen, unter denen die Inschriften in der Kiever Sophienkathedrale als Graffiti eine Sonderrolle spielen. Diese Mauerinschriften aus dem 11. und 12. Jahrhundert nennen Daten zu als wichtig betrachteten Ereignissen

wie Geburt und Tod von Fürsten, von Aufhalten kirchlicher Würdenträger, von Naturereignissen, Beisetzungen oder Vertragsabschlüssen. Mehrfach befinden sie sich in der Nähe von Fresken entsprechenden Inhalts und beziehen sich auf sie. MARIJA M. DROBYŠEVA wertet sie, weil sie auf vergangene Begebenheiten hinweisen und mehr oder minder über sie informieren, als frühe Form von Geschichtsschreibung. Eine ähnliche frühannalistische Qualität schreibt LJUBOV' V. STOLJAROVA den Daten und kurzen Informationen zu, die in verschiedenen gottesdienstlichen Büchern vermerkt sind. Genauer untersucht sie die *Kormčaja kniga*, die altrussische Übersetzung des griechischen Kirchenrechts, deren Abschluss sie auf 1286 datieren kann. Weiterhin kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass die *Kormčaja kniga* von Schreibern des Fürstenhofes angefertigt wurde und nicht in klösterlichen Schreibstuben, was für die Zeit ungewöhnlich war. Als weiteres Beispiel mag hier der Vergleich dienen, den ALEKSEJ S. ŠČAVELEV zwischen der *Chronik des sogenannten Gallus Anonymus* und der *Heimskringla* des Snorri Sturluson zieht. Der eine hat den Aufstieg der Piastendynastie in Polen beschrieben, der andere den der norwegischen Herrscherdynastie. Der Autor stellt eindeutige Übereinstimmungen in der Erzählstruktur und in bestimmten, noch aus der heidnischen Kultur (7.–11. Jahrhundert) stammenden zentralen Erzählungen fest, sodass er für diese Zeit auf einen regen kulturellen Austausch zwischen Skandinavien und Slaven rund um den Ostseeraum herum schließt und daraus die Erkenntnis ableitet, dass die *Chronik des sogenannten Gallus Anonymus* zum Teil auf mündlicher Überlieferung aus dieser Zeit beruht. In seinem abschließenden Aufsatz diskutiert der Herausgeber TIMOFEJ V. GIMON die Anfänge der russischen Geschichtsschreibung im Vergleich zu derjenigen in anderen europäischen Ländern. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Zeitspanne zwischen der Entstehung der ältesten russischen Chronik, der *Povest' vremennych let*, und der Herrschaft Vladimirs des Heiligen wohl größer gewesen ist als der zeitliche Abstand zwischen der Abfassung der Chroniken anderer Reiche und dem Wirken der dort herrschenden Fürsten, die wie Vladimir die Grundlage für die Einführung des Christentums in ihren jeweiligen Reichen legten. Die Abfassung der *Povest' vremennych let* sei mindestens hundert Jahre nach Vladimir dem Heiligen erfolgt, als der Hof in Kiev bereits einen stärkeren institutionellen Charakter angenommen und Gesetze in schriftlicher Form erlassen habe.

Dieser Jahrgangsband der angesehenen Reihe präsentiert auf hohem Niveau ein anspruchsvolles international ausgerichtetes Projekt, ein Gemeinschaftswerk, das mit seinem komparatistischen Ansatz und weiten Blick in die Welt zum fruchtbaren Austausch führt – und noch auf längere Zeit zu lebendigen Diskussionen anregen dürfte.

HANS HECKER
Düsseldorf/Köln

Vladimir B. Bezgin

Povsednevnyj mir ruskoj krest'janki perioda pozdnej imperii

[Die Alltagswelt der russischen Bäuerin in der Zeit des späten Imperiums]

Moskva: Lomonosov', 2017. 239 S., Abb. = Istorija – Geografija – Etnografija. ISBN: 978-5-91678-357-5.

This book by Vladimir Bezgin is devoted to the study of the daily rural lives of Russian peasant women during the late 19th and early 20th centuries. The everyday lives of people who lived in the past has become a common subject of interest in historical anthropology. It has gained huge popularity among researchers and studies have been conducted worldwide. The classic works of Carlo Ginzburg (*The Cheese and the Worms. The Cosmos of a Sixteenth Century Miller*. Baltimore 1980; *The Night Battles. Witchcraft and Agrarian Cults in the Sixteenth and Seventeenth Centuries*. Baltimore 1983) and Nathalie Zemon-Davis (*Women on the Margins. Three Seventeenth-Century Lives*. Cambridge, MA 1995; *The Return of Martin Guerre*. Cambridge, MA 1983) are good examples of this field of investigation into issues of everyday life. Scholars using this methodology practice what Clifford Geertz called “thick description” as a way of demonstrating the multiplicity and variety of opportunities that existed for peoples living in the past, even within the context of closed systems. In their research, scholars often, and quite correctly refute stories based on larger social groups such as classes. The protagonists for historians of this type are individuals, and specifically those who have particular biographies, experiences, and wishes. Another way of narrating the stories of people who lived in the past is to paint a sort of collective portrait drawn from a kaleidoscope of scattered, often contradictory, testimonies. Bezgin’s book takes this approach.

The rural women from the Russian provinces who are described in the book are portrayed as a universal category. Their lives, as Bezgin depicts them, did not differ greatly across regions or over time. The author uses sources that span a long period of time and a large amount of space – ranging from Arkhangel’sk to Voronezh and from the post-reform 1870s to 1914. At the same time, the category of “empire”, which is used in the title of the book and which has a multiplicity of associations and meanings, remains unclear. The book is not about the empire at all but rather about one aspect of it: the lives of two types of peasant living in the empire’s vaguely defined geographic area, in other words, Russia. The two categories of peasants are serfs who were emancipated in 1861 and state peasants who never belonged to a landowner. The specifics of their circumstances are not elucidated by the author.

Recent social research includes a number of books investigating different aspects of the lives of Russian peasant women. Unfortunately, the author completely neglects to mention any of these books (e. g. Laura J. Olson / Svetlana Adonyeva: *The Worlds of Russian Village Women. Tradition, Transgression, Compromise*. Madison, WI 2012; Natalia

Pushkareva: *Women in Russian History. From the Tenth to the Twentieth Century*. New York 1997; Jane Burbank: *Russian Peasants Go to Court. Legal Culture in the Countryside, 1905–1917*. Bloomington, IN 2004 etc.). The result of this self-isolation is a very poor conceptualization of gender-related issues. Although the book draws on a large a number of archival and literature sources, the lack of engagement with scholarly research, in my opinion, undermines most of its merits.

According to Bezgin, the everyday life of a Russian peasant included gender-related practices, which he describes in 16 sections and combines into three unequal parts entitled: “In the Family”, “In the World”, and “From the Evil One”. In the first part, he describes the life cycle of the ‘average’ peasant woman in the central regions of Russia and the main milestones in her life: childhood, marriage, childbearing, and old age, as well as issues around property and family relations. The second section includes chapters on litigation, public punishment, and the participation of women in rural protests. The third part includes chapters describing crimes against women and the practices of women who were marginalized within village communities. The practices Bezgin refers to include prostitution, drunkenness, and suicide.

The book is divided into different parts describing the ‘internal’ and ‘external’ lives of peasant women. The author himself acknowledges that this division is artificial, noting that, at the turn of the century, the boundary between the private and the public or common realm was often blurred (p. 5). At the same time, however, he does not offer any alternative concepts or explanations as to why he framed his study in the way he did or why he chose this particular set of topics as the basis for exploring women’s everyday life. For instance, he decides to write about sexual contacts between some peasant women and their fathers-in-law, yet he neglects to mention, say, women’s crafts and handicrafts. It is also not clear how (and whether) women’s daily lives differed, if their biographies or circumstances were ‘atypical’. How were the everyday lives of disabled women, widows or women abandoned by their husbands due to urban migration, for instance? The author makes no references to these scenarios. However, as many researchers have noted, there were dynamic changes in the rural world at the turn of the century, when significant transformation was a distinctive feature of the time (e. g. V. P. Danilov: *Sud’by sel’skogo khoziaistva v Rossii (1861–2001)*, in: *Istoriia krest’ianstva v Rossii v XX veke. Izbrannye trudy. V dvukh chast’iakh*. Moskva 2011, pp. 630–648). In this sense, the key research question should in fact be: What was a ‘typical’ biography of a Russian peasant woman at the turn of the century? Is it only the routine created by traditional roles, as described by the author of the study, that makes her typical? Or is it her specific biography? And what happens when her biography is filled with extraordinary events such as devastation, relocation, employment, and so on? Events like this strongly influence everyday life. Unfortunately, none of these critical points feature in this book. The author describes a universal life cycle, which does not tell us anything about a particular place at a particular time. All the important changes that occurred

within the lives of peasant women during the late 19th and early 20th centuries remain peripheral in this book.

Another important issue leaves this book open to criticism. This is the broader theoretical and methodological question of how a “women’s history” should be written. What does it mean to write social history through the lens of gender? For experts specializing in gender studies, gender is distinct from biological sex. Gender is a social concept and not simply the physical difference between men and women (Raewyn W. Connell: *Gender*. Cambridge 2002). Gender is defined and assigned meaning through social practices and social roles in a given society. Most of these meanings revolve around issues of power and hierarchy, whether in the local communities or in the context of the country at large. The main category that Bezgin focuses on in his work is female physiology and physicality, not gender. Perhaps this is why he exhibits such strong interest in subjects such as women’s sexual relations, cohabitation with older relatives of their husband (p. 76), women’s masturbation (p. 133), and rape (pp. 147–167). It is striking that the author devotes 20 pages of his text just to recounting court documents about rape. He uses direct quotes accompanied by descriptions of scenes of rape. However, he does not explain what these scenes illustrate. He does not elaborate on what claims the documents are supposed to confirm or refute. How can these scenes help readers understand rural daily life? It seems that the author considers rape a key component of a “women’s history” of 19th-century Russia, and yet he does not appear to know how to conceptualize it. If he had placed questions about the distribution of power in rural society and the gender roles associated with this at the heart of his investigation, then the impact and meaning of these 20 pages would have been completely different. The existing scholarly literature presents a myriad of ways that researchers can interpret such data (e. g. Natal’ia Pushkareva: *Bytovoie nasilie v istorii Rossijskoi povsednevnosti (XI–XXI vekov)*. S.-Peterburg 2012).

Thus, this book reduces the history of rural women – as stated in the title – to a description of the collective biography of Russian peasant women during the late 19th and early 20th centuries. It was written in a specific light and without regard for or attention to the changes that occurred in women’s lives during this era of rapid social and economic transformation. In this sense, the answer to the question of how ‘external’ events in Russian history influenced the ‘internal’, everyday lives of peasant women is not clear. Although in the book’s conclusion the author draws a connection between the “deformation of moral principles” of the peasant women with the modernization processes in the village, the readers have to work hard to find a confirmation of this thesis in the text. Finally, the author’s methodological approach to women lacks any connection to social and gender theory, making this monograph one of the worst examples of how historians write about women. His approach is excruciating for readers and definitely does not help them understand how Russian peasant women lived their

lives in the late 19th and early 20th centuries. This book would be put to best use as an example for young researchers of how not to write a research monograph.

TATIANA VORONINA

Zürich

Die Deutschen und die Polen. Geschichte einer Nachbarschaft

Hrsg. von Dieter Bingen, Hans-Jürgen Bömelburg, Andrzej Klamt und Peter Oliver Loew. Stuttgart: Theiss, 2016. 192 S., 57 Abb., 6 Ktn.
ISBN: 978-3-8062-3295-0.

Die deutsch-polnische Geschichte war insbesondere im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert eine Konfliktgeschichte. Daher gerät rasch aus dem Blick, dass zuvor die deutsch-polnische Grenze über Jahrhunderte bis zu den Teilungen Polens eine der stabilsten in Europa war. Die häufig in der Beziehungsgeschichte beider Staaten beschworene „tausendjährige Nachbarschaft“ war und ist jedoch seit dem 19. Jahrhundert ein ideologisch befrachtetes Objekt historischer Darstellungen gewesen. Daher verwundert die plakative Feststellung des bekannten polnischen Journalisten ADAM KRZEMIŃSKI in seinem Vorwort (S. 7–12) zum Band nicht, dass Deutsche und Polen „merkwürdige“ Nachbarn seien und dass die Geschichte des „tausendjährigen Ringen[s]“ beider Länder als ein „kreatives Neben- und Miteinander“ nacherzählt werden solle. Wie schreibt man daher auf knapp 180 Seiten eine Geschichte tausendjähriger wechselseitiger Beziehungen? Wie stellt man diese Beziehungsgeschichte in einem vierteiligen Dokumentarfilm dar? Diese Fragen werden im hier rezensierten Werk beantwortet: Es stellt die Begleitpublikation zu einer vierteiligen Serie dar, die anlässlich des 25-jährigen Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages im Herbst 2016 in Deutschland und Polen ausgestrahlt wurde.

Der Herausforderung, diese Geschichte einem Massenpublikum bekannt zu machen, stellten sich die Herausgeber sowie Autoren und Autorinnen dieses TV-Begleitbandes, der durch eine Chronologie zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte und eine Auswahlbibliografie abgerundet wird. Dies kann nur mit der Materie sehr vertrauten Autorinnen und Autoren gelingen, so dass die TV-Produzenten für die Beiträge des Bandes ausgewiesene Experten und Expertinnen heranzogen.

Zeichnet sich dieses Genre einerseits durch den Verzicht eines umfangreichen wissenschaftlichen Apparates aus, so besticht die Vielfalt der abgedruckten Materialien wie neu gezeichnete Karten, neuere und ältere Fotografien und Reproduktionen von älteren Gemälden. Als Begleitpublikation konzipiert, beinhaltet der anzuzeigende Band

eben nicht nur historisch-chronologische Abrisse, sondern auch kürzere Aufsätze, die besondere Episoden aus der Beziehungsgeschichte bzw. besondere Themenbereiche für ein Massenpublikum schlaglichtartig fass- und (emotional) begreifbar machen. Als Beispiele seien genannt die Darstellung der tragisch endenden Liebesgeschichte zwischen dem jungen preußischen Kronprinzen Wilhelm und Eliza Radziwill, die Ausführungen über die deutsch-polnischen Alltagskontakte oder die biografische Skizze zu der in Zamość geborenen Jüdin Rosa Luxemburg.

Untergliedert sich die von Andrzej Klamt, Zofia Kunert und Gordian Maugg produzierte Filmreihe, die im ZDF, auf Sat 3 und im polnischen Privatsender TVN ausgestrahlt wurde, in vier Teile (*Frieden und Krieg, Feinde und Freunde, Schicksalsverbunden, Breslau/Wroclan*), so wird der Band ebenfalls in vier, sich jedoch vom Film unterscheidende, letztlich aber deutlich systematisierende Hauptkapitel untergliedert, deren Unterkapitel von unterschiedlichen Autoren und Autorinnen verfasst wurden. Das erste und längste Kapitel gibt einen Überblick über „1000 Jahre deutsch-polnischer Geschichte“ und behandelt darin nicht nur die chronologische Entwicklung, sondern auch die nationalen Stereotypen, die bereits angesprochenen Episoden über die Beziehung zwischen Wilhelm und Eliza sowie die deutsch-polnischen Alltagskontakte. Den Wanderungen zwischen den Kulturen ist das nächste Kapitel gewidmet, in dem es um die Migration von Deutschen nach Polen (Ostkolonisation) und umgekehrt (Arbeits- und Zwangsmigration) ebenso geht wie um Rosa Luxemburg und die Münchener Polenschule in der Kunst. Da die jüdische Bevölkerung seit dem Hochmittelalter in Polen einen erheblichen Bevölkerungsanteil (in der Zwischenkriegszeit ca. 8 Prozent) ausmachte und ihr – nicht zuletzt wegen der *Schoah* – ein besonderer Stellenwert in der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte zukommt, thematisiert das nächste Kapitel „Juden zwischen Ost und West“. Hierin wird die Wanderung von Juden nach Polen im Mittelalter, die *Haskalah*, die *Schoah* und nicht zuletzt der Antisemitismus bis in die Gegenwart behandelt, zugleich wird Marcel Reich-Ranicki, der in Polen wegen seiner Zusammenarbeit mit dem polnischen Geheimdienst eher kritisch gesehen wurde, als ein Mensch skizziert, der wie viele andere auch im Westen ein besseres, ein neues Leben suchte. Das letzte Kapitel widmet sich verschiedenen Orten des Austausches, aber auch des Konfliktes, z.B. dem Fußball, der Kaschubei und zwei ehemals deutschsprachigen Städten: Danzig und Breslau.

Dem Genre „TV-Begleitband“ ist es daher geschuldet, dass die Darstellungen einem Fachhistoriker wie der Rezensentin eher skizzenhaft anmuten. Gerade deshalb gelingt es aber immer wieder, die verschiedenen Phasen der Beziehungsgeschichte thesenhaft zuspitzend und dennoch für ein breites Publikum verständlich zu charakterisieren – eine nicht leichte, aber durchaus sehr gelungene Herausforderung.

HEIDI HEIN-KIRCHER
Marburg/Lahn

The Wars of Yesterday. The Balkan Wars and the Emergence of Modern Military Conflict, 1912–13

Ed. by Katrin Boeckh and Sabine Rutar. New York, Oxford: Berghahn, 2018. VIII, 438 S., 4 Tab. ISBN: 978-1-78533-774-1.

Der hier zu besprechende Sammelband geht auf eine Tagung zurück, die 2012 anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Ausbruchs der Balkankriege der Jahre 1912–1913 an der Yildiz Technical University Istanbul stattgefunden hat. In der Einleitung ordnen die beiden Herausgeberinnen, KATRIN BOECKH und SABINE RUTAR, die insgesamt 15 Einzelbeiträge des Bandes methodologisch in das Feld der „Neuen Militärgeschichte“ (*New Military History*) ein: Begründet wird dies damit, dass in den Beiträgen die Balkankriege in ihren soziopolitischen und soziokulturellen Kontexten untersucht und die gesellschaftlichen, politischen und militärischen Akteure im Zentrum der Analyse stehen würden. Dadurch nehme man im Sammelband Felder in den Blick, die über die traditionelle Kriegs- und Militärgeschichte hinausgingen. Für die Mehrzahl der im Buch versammelten Beiträge trifft diese Aussage zu, wobei eine ausführlichere und vor allem konkretere Bestimmung des methodologischen Zugangs der „Neuen Militärgeschichte“ hilfreich gewesen wäre.

Im ersten Beitrag „Modern Wars‘ and ‚Backward Societies‘. The Balkan Wars in the History of Twentieth-Century European Warfare“, der die Funktion einer zweiten Einleitung einnimmt, stellt WOLFGANG HÖPKEN den „hybriden“ Charakter der Balkankriege vor. Diesen macht er vor allem an der Ambivalenz fest, dass die Balkankriege einerseits von hoch modernisierten und zahlenmäßig starken Armeen geführt wurden, andererseits sich diese Armeen im Dienst von Staaten befanden, die in infrastruktureller, wirtschaftlicher, politischer, rechtlicher und sozialer Hinsicht den Modernisierungsstand anderer europäischer Staaten noch nicht erreicht hatten. Dies hatte beispielsweise zur Folge, dass die Betreuung und der Transport verwundeter und kranker Soldaten durch die in der Entstehungsphase befindenden Sanitätsdienste der an den Balkankriegen beteiligten Staaten nicht zeitgemäß waren.

Der darauffolgende Beitrag von GÜL TOKAY, mit dem Teil II „Beyond the Balkans: Diplomatic and Geopolitical Aspects“ eingeleitet wird, handelt von der Sicht der osmanischen Diplomatie auf die Entwicklungen in Südosteuropa am Vorabend des Ausbruchs des ersten Balkankriegs („Ottoman Diplomacy on the Origins of the Balkan Wars“). Bemerkenswert ist die aus den osmanischen Quellen hervorgehende Verknüpfung der Anfang des 20. Jahrhunderts erfolglos gebliebenen kretischen Unabhängigkeitsbestrebungen mit dem Ziel des Anschlusses der Insel an Griechenland und der Eskalation des den Balkankriegen vorangegangenen Bandenkriegs im osmanischen Makedonien, an dem zahlreiche Kreter beteiligt waren.

Im nächsten Beitrag „Austria-Hungary, Germany and the Balkan Wars: A Diplomatic Struggle for Peace, Influence and Supremacy“ arbeitet ALMA HANNIG die unterschiedliche Bedeutung heraus, welche Wien und Berlin den Balkankriegen beimaßen, und geht den Ursachen dafür nach. Während Österreich-Ungarn der Frage der Verdrängung der Osmanen aus Südosteuropa und der Aufteilung der „befreiten“ Gebiete unter den Nationalstaaten der Region absolute Priorität einräumte und auf die Unterstützung Berlins bei der Durchsetzung der Wiener Interessen in dieser „existenziellen“ Angelegenheit hoffte, betonte das Deutsche Reich in alle Richtungen – und vor allem gegenüber London – seinen leitenden Grundsatz der Nicht-Einmischung in die aktuellen Entwicklungen auf dem Balkan.

Der dritte und letzte Beitrag des zweiten Teils („Not Just a Prelude: The First Balkan War Crisis as the Catalyst of Final European War Preparations“), verfasst von MICHAEL HASSELHOLT CLEMMESSEN, geht der Frage nach, wie die Balkankriege, insbesondere der Erste Balkankrieg (Oktober 1912 – Mai 1913), die Armeen der Großmächte sowie anderer europäischer Staaten (Dänemark, Schweden) in ihren strategischen Planungen, Vorbereitungen und Aufrüstungsprogrammen beeinflussten. Insbesondere der Einsatz neuer Waffen (Militärflugzeuge, U-Boote etc.) und militärischer Taktiken wurden von den deutschen, britischen, schwedischen und dänischen Militärstäben mit großer Sorgfalt beobachtet, wobei sie zugleich in ihrer Überzeugung bestärkt wurden, dass ein Krieg zwischen den europäischen Großmächten, möglicherweise als direkte Folge der Intervention einer oder mehrerer dieser Mächte in die Balkankriege, bevorstehe.

In Teil III des Bandes „Armies, Soldiers, Irregular“ werden verschiedene Aspekte der Kriegsführung thematisiert. Der erste Beitrag von MEHMET BEŞİKÇI „The Ottoman Mobilization in the Balkan War: Failure and Reorganization“ geht der Frage nach, warum das Rekrutierungs- und Mobilmachungssystem der osmanischen Armee gescheitert ist, mit der Folge, dass nur 1,11 Prozent der Bevölkerung mobilisiert werden konnte, während Griechenland mit 3,0 Prozent, Serbien mit 4,33 Prozent, Bulgarien mit 5,41 Prozent und Montenegro mit 12,4 Prozent weit bessere Ergebnisse auf diesem Gebiet erzielten. Die Gründe lagen vor allem in der fehlenden Infrastruktur, dem unterentwickelten Straßen- und Schienennetz und den vielen Ausnahmeregelungen der Wehrpflichtgesetze.

RICHARD C. HALL widmet sich in seinem militärhistorischen Beitrag „The Thracian Theater of War 1912“ den Kriegshandlungen an der Thrakien-Front und analysiert insbesondere die Ursachen dafür, dass Bulgarien die im Ersten Balkankrieg auf dem Schlachtfeld erzielten Erfolge nicht in dauerhafte territoriale Gewinne ummünzen konnte.

Im darauffolgenden Aufsatz „Morale, Ideology and the Barbarization of Warfare among Greek Soldiers“ erkundet SPYRIDON TSOUTSOUMPIS die Hintergründe der inhumanen und völkerrechtswidrigen Kriegsführung der griechischen Armee. Er gelangt zum Ergebnis, dass die in der griechischen Nationalideologie tief verwurzelten

Feindbilder vom „minderwertigen Slawen“ und „unzivilisierten Muslimen“ ein wichtiger Faktor für die Brutalisierung der griechischen Soldaten darstellte. Von entscheidender Bedeutung sei auch die Radikalisierung unerfahrener und auf den Krieg psychisch unvorbereiteter Rekruten durch die erstmalige Erfahrung von Gewalt auf dem Schlachtfeld.

CLAUDIU-LUCIAN TOPOR untersucht im nächsten Beitrag „A Forgotten Lesson: The Romanian Army between the Campaign in Bulgaria (1913) and the Tutrakan Debacle (1916)“, inwiefern Rumänien die Erfahrungen aus der Teilnahme an den Balkankriegen im Ersten Weltkrieg militärisch und politisch zu nutzen versuchte. Am Beispiel der desaströsen Niederlage der rumänischen Streitkräfte in Tutrakan zeigt er, dass es der Führung Rumäniens nicht gelang, die richtigen Erkenntnisse aus den Erfolgen im Ersten Balkankrieg gegen Bulgarien zu ziehen, so dass es drei Jahre später zu einer schweren Niederlage gegen denselben Gegner kam.

Im letzten Aufsatz von Teil III zu „Serbian Chetniks. Traditions of Irregular Warfare“ untersucht ALEXEY TIMOFEEV die Rolle der irregulären *četnici* bei der serbischen Kriegsführung. Die *četnici* – wie auch die irregulären Verbände der anderen an den Balkankriegen beteiligten Staaten – wurden durch die reguläre Armee mit modernen Waffen ausgestattet und für Operationen hinter der Front eingesetzt. Timofeev rekonstruiert auf der Grundlage von Memoiren die vielfältige Tätigkeit der *četnici*, die teils in Absprache mit der Armee, teils auch autonom die Hinrichtung serbienfeindlicher Führungspersönlichkeiten in den ‚befreiten‘ Gebieten und die Zerstörung muslimischer Dörfer als Vergeltungsmaßnahme miteinschloss.

Teil IV ist mit „Civilians, Wounded, Invalids“ überschrieben und setzt sich aus sechs Aufsätzen zusammen, die sich teils gut ergänzen, teils aber auch inhaltlich weit auseinanderliegen. Sabine Rutar beschreibt im Kapitel „The Future Enemy’s Soldiers-To-Be: Fear of War in Trieste, Austria-Hungary“, wie im noch habsburgischen Triest der Ausbruch des Ersten Balkankriegs Ängste vor einem bevorstehenden großen Krieg in Europa aufkommen ließ. Davon waren neben den Sozialdemokraten mit ihrer antimilitaristischen Grundhaltung vor allem diejenigen betroffen, die aufgrund einer vielschichtigen Identität weder für den Erhalt der imperialen Ordnung noch für einen der Nationalstaaten der Region kämpfen wollten.

Der nächste, von VERA GOSEVA und NATASHA KOTLAR-TRAJKOVA verfasste Kapitel „The Plight of the Muslim Population in Salonica and Surrounding Areas“ beschäftigt sich mit den Plünderungen und Gewalttaten, denen die muslimische Bevölkerung Thessalonikis sowie die in der Stadt Zuflucht suchenden osmanischen Soldaten seitens griechischer und bulgarischer Irregulärer nach der Kapitulation ausgesetzt waren. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs verließen ca. 140.000 Muslime die mazedonische Hafenstadt in Richtung Kleinasien, Konstantinopel, Bursa und Antakya.

Im gut den vorhergegangenen Beitrag ergänzenden Aufsatz „Cleansing the Nation: War-Related Demographic Changes in Macedonia“ beschreibt IAKOVOS D.

MICHAILIDIS, wie die zentralbalkanische Region Makedonien, das Hauptobjekt der Begierde in den Balkankriegen, zum Schauplatz „ethnischer Säuberungen“ wurde. Während sich im Ersten Balkankrieg vor allem Muslime im Visier einer durch Griechen, Bulgaren und Serben betriebenen Vertreibungspolitik befanden, richtete sich die völkerrechtswidrige Kriegsführung von Griechen und Bulgaren im Zweiten Balkankrieg gegeneinander.

Anschließend widmet sich EYAL GINIO einer weitgehend unbekannt Dimension der Balkankriege. Sein Beitrag „Jewish Philanthropy and Mutual Assistance. Between Ottomanism and Communal Identities“ handelt von dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung Makedoniens und Thrakiens, die im Zuge des Krieges nach Saloniki und Konstantinopel flüchtete und dort entweder von einflussreichen Einzelpersonen, wie etwa dem Hauptrabbiner des Osmanischen Reiches, Rabbi Haim Nahum, oder jüdischen philanthropischen Einrichtungen Unterstützung erhielt.

OYA DAĞLAR MACAR beleuchtet in ihrem Beitrag „The Assistance of the British Red Cross to the Ottoman Empire“ einen ebenfalls bis dato unterbelichteten Aspekt der Balkankriege, nämlich den Beitrag von freiwilligen Ärzten, Chirurgen und Krankenschwestern des Britischen Roten Kreuzes und des Britischen Roten Halbmonds zum militärischen Sanitätswesen der Osmanen.

Schließlich untersucht HEIKE KARGE in „War Neurosis and Psychiatry in the Aftermath of the Balkan Wars“, dem letzten Aufsatz von Teil IV, die Gründe für die sehr wenigen statistisch erfassten psychiatrischen Krankheitsfälle serbischer Soldaten, die an den Balkankriegen teilgenommen hatten. Sie führt die niedrigen Zahlen vor allem auf die seinerzeit limitierten Kapazitäten der Einrichtungen, in denen psychische Krankheiten behandelt werden konnten, sowie auf den unterentwickelten Stand der militärischen Psychiatrie in Serbien und Kroatien, zurück.

Abgerundet wird der Sammelband durch ein Nachwort der beiden Herausgeberinnen, in dem der Frage nach der Bedeutung der Balkankriege für die europäische und globale Geschichte nachgegangen wird. Ausgehend von dem Ansatz Wolfgang Höpkens zum hybriden Charakter der Balkankriege weisen Boeckh und Rutar auf Aspekte dieser Kriege hin, die auch im darauffolgenden Ersten Weltkrieg in Erscheinung traten.

Der Sammelband leistet keine Synthese der Geschichte der Balkankriege, was aber auch nicht die primäre Zielsetzung der beiden Herausgeberinnen war. Ihnen ging es vor allem darum, nationalstaatlich-zentrierte historiographische Einengungen zur Geschichte der Balkankriege durch europäische und globale Perspektiven zu überwinden. Zudem sollte der Band den Austausch zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die insbesondere in Südosteuropa zu den Balkankriegen forschen, stärken. Mehrere Beiträge sind tatsächlich transnational angelegt, es gibt aber auch solche, die dieses Kriterium nur bedingt erfüllen. Ein zusätzlicher Aufsatz, in dem der Versuch unternommen worden wäre, für jeden der vier Teile auf der Grundlage der einzelnen Beiträge Vergleiche

vorzunehmen, Verflechtungsgeschichten deutlich zu machen und transnationale Ergebnisse herauszuarbeiten, wäre wünschenswert gewesen. Die Belichtung mehrerer und teils sehr unterschiedlicher Dimensionen der Balkankriege ist zugleich die Stärke wie auch die Schwäche dieses Sammelbands. Einerseits eröffnet sich der Leserin und dem Leser durch die vielen spannenden und teils auch sehr originären Beiträge ein in der Forschungsliteratur bis dato nicht vorhandenes Panorama, andererseits bleiben die einzelnen Teile in inhaltlicher Hinsicht etwas vage und methodologisch disparat. Trotzdem handelt es sich bei der vorliegenden Publikation um ein Buch, das überwiegend sehr gute und differenzierte Einzelbeiträge liefert und neue Impulse für die weitere Erforschung der Balkankriege in einem europäischen und globalen Kontext gibt.

ADAMANTIOS THEODOR SKORDOS

Leipzig

Johann Böhm

Einfluss des Nationalsozialismus auf die Presse der deutschen Volksgruppen in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Zeitungsstrukturen und politische Schwerpunktsetzungen

Frankfurt a.M. [usw.]: Peter Lang, 2016. XII, 374 S., 36 Abb. ISBN: 978-3-631-67311-9.

Die Lage der deutschen Volksgruppen in den Jahren 1918–1945 gehört zu den am intensivsten behandelten Themen der Geschichte der Ost- und Mitteleuropas. Dennoch vermag das im Folgenden besprochene Buch von Johann Böhm, der als Experte für die Geschichte der Deutschen in Rumänien gut bekannt ist (Siehe z.B. Johann Böhm: *Die Gleichschaltung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien und das Dritte Reich 1941–1944*. Frankfurt/Main 2003.), auf diesem Themenfeld Neues zu präsentieren.

Für seine Untersuchung setzt sich Böhm das Ziel, „die inneren politischen Auseinandersetzungen zwischen den NS-Erneuerungsbewegungen und den alten Volksgruppenführungen von 1933 bis 1940 [...], die sich häufig in polemischen Artikeln in der Presse der NS-Erneuerungsbewegung und der liberal-konservativen Presse niederschlugen, sowie die Gleichschaltung der deutschen Presse nach 1940“ zu untersuchen (S. X).

Der Verfasser rezipierte zu diesem Zweck sowohl die einschlägigen Zeitungen und Zeitschriften als auch die für das Thema relevanten wissenschaftlichen Arbeiten, die im Untersuchungszeitraum auf Rumänisch, Ungarisch und Serbokroatisch im Druck erschienen. Außerdem machte er sich die Mühe, die zahlreichen auf dem Gebiet

Rumäniens, Ungarns und Jugoslawiens im Untersuchungszeitraum erschienenen deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften zusammenzutragen und auszuwerten. Als Ergebnis vermochte der Autor ein Buch vorzulegen, das sowohl seinem wissenschaftlichen Anspruch entspricht als auch spannend zu lesen ist. Es besteht aus fünf Teilen, die insgesamt 374 Seiten in Anspruch nehmen. Abschließend ist dem Werk ein Personenregister beigelegt.

Im ersten Teil „Die Anfänge der NS-Presse und ihr Gegenpol im deutschen Siedlungsraum von Rumänien von 1922 bis 1940“ (S. 1–66) bietet der Verfasser eine allgemeine Einleitung zum Forschungsthema. Er charakterisiert die Machtkämpfe innerhalb der deutschen Presse in Rumänien, schildert deren Suche nach nationaler und politischer Identität und berichtet über die Lage der zur deutschen Volksgruppe zählenden Journalisten. Eine wichtige Rolle für den deutschsprachigen Journalismus und für die deutsche Volksgruppe in Rumänien insgesamt spielte der rumäniendeutsche Politiker Fritz Fabritius. Er gründete 1922 das ‚Kampfblatt‘ *Selbsthilfe*, durch das er die nationalsozialistische Ideologie in den deutschen Siedlungsgebieten Rumäniens verbreitete. Der Verfasser betont aber, dass die nationalistische Bewegung mit der Zeitung *Selbsthilfe* von Fritz Fabritius an ihrer Spitze noch jahrelang recht unbedeutend war (S. 3). Eine erste Intensivierung der nationalsozialistischen Propaganda datiert der Autor auf die Jahre 1929/30 (S. 27 f.).

Im zweiten Teil „Gleichschaltung der deutschen Presse in Rumänien durch Volksgruppenführer Andreas Schmidt ab September 1940“ (S. 67–162) geht es um die sogenannte Säuberung der deutschen Presse in Rumänien in den Jahren 1940–1944. Der Verfasser betont, dass „bis 1935 [...] die Blätter der NS-Erneuerungsbewegung innerhalb des Zeitungswesens [in Rumänien – S.K.] nur ein geringes Gewicht hatten“ (S. 68). 1940 wurde Andreas Schmidt (ein Mitglied der SS aus Siebenbürgen) zum „Volksgruppenführer“ der Deutschen in Rumänien ernannt. Er war schließlich verantwortlich für die Zentralisierung und den Neuaufbau des Pressewesens der Rumäniendeutschen. Das führende ‚Kampfblatt‘ wurde für Andreas Schmidt die *Südostdeutsche Zeitung*. Der Autor vertritt die Ansicht, diese sei keine Zeitung im eigentlichen Sinne, sondern ein Mittel der nationalsozialistischen Agitation und Propaganda gewesen (S. 83). Eine wesentliche Rolle spielte der Leiter des Presse- und Propagandaamts Walter May, der ganz im Sinne der nationalsozialistischen Pressepolitik und -kontrolle tätig war.

Eine ausführliche Darstellung des Themas „deutsche Presse in Rumänien“ finden wir im von KLAUS POPA verfassten fünften Teil des Buches „Zeitungsstrukturen und politische Schwerpunktsetzungen – die Monatsschriften ‚Sachsenspiegel‘ und ‚Volk im Osten‘ und die ‚Südostdeutsche Tageszeitung‘ der Deutschen Volksgruppe in Rumänien“ (S. 297–368). Der Schwerpunkt dieser Untersuchung liegt auf den bisher wenig erforschten deutschen Zeitungen und Zeitschriften der Kriegszeit (1940–1944). Auch hier werden zunächst ausführlich die Hintergründe der Politik der Volksdeutschen

Mittelstelle (VoMi) in Rumänien dargelegt. Wohl mit Recht ist behauptet worden, dass die deutsche Presse in Rumänien die Aufgabe hatte, „Volksdeutsche“ für Einheiten der Waffen-SS zu rekrutieren. So traten nach 1943 etwa 50.000 Rumäniendeutsche als Freiwillige in die „Hitler-Armee“ ein.

Im dritten Teil „Pressewesen der Deutschen Volksgruppe in Ungarn von 1933 bis 1944“ (S. 163–224) charakterisiert Böhm den Einfluss der *Volksdeutschen Mittelstelle* auf die Presse der Ungarndeutschen zur Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. Die führende Organisation der Deutschen in Ungarn war der *Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein (UDV)* unter Jakob Bleyer, der das *Sonntagsblatt für das deutsche Volk in Ungarn* als offizielles Sprachrohr des UDV gegründetete. Seit 1935 erschien diese Zeitung unter dem Namen *Neues Sonntagsblatt* (S. 182–183). Die nationalsozialistische „Machtergreifung“ 1933 in Deutschland und der Tod von Jakob Bleyer brachten eine bedeutsame Wendung für die Deutschen in Ungarn im Allgemeinen und für die Presse der Ungarndeutschen im Besonderen. Die Presse des UDV unter Jakob Bleyer hatte in erster Linie für die Bekräftigung des Deutschungar-Bewusstseins gekämpft. Zeitungen und Zeitschriften der *Volksdeutschen Kameradschaft (Volksbund)* unter Franz Basch wurden „nicht nur politisch, sondern auch finanziell aus dem Reich unterstützt“. Böhm schreibt: „Mit Hilfe des ‚Deutschen Volksboten‘, Organ der Kameradschaft und von Deutschland gefördert, festigte er [d. h. Franz Basch] von Tag zu Tag seine Position in den deutschen Ortschaften.“ (S. 168)

Der vierte Teil informiert uns über das Pressewesen der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien in den Jahren 1922–1944. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebte rund eine halbe Million Deutsche im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, das ab 1929 den Namen Königreich Jugoslawien trug. Böhm betont, dass die deutsche Bevölkerung in Jugoslawien „nun wegen der staatlichen Neuordnung des neuen Jugoslawien zu einer enttäuschten Minderheit [wurde], was sie bewog, ein besonderes Gruppenbewusstsein zu entwickeln“ (S. 226). Die Haltung der Belgrader Regierung gegenüber der deutschen Minderheit war feindselig, und die deutsche Presse in Jugoslawien bezog dagegen Position. Ebenso wie in Rumänien erlebte auch das deutsche Pressewesen in Jugoslawien eine Zentralisierung und einen Neuaufbau, hier vorangetrieben von den Volksgruppenführern Sepp Janko (Serbien) und Branimir Altgayer (Kroatien). Nach der Kapitulation Jugoslawiens (1941) wurde das Land besetzt und aufgeteilt. Die Deutschen in Serbien sahen sich durch die deutsche Besetzung in einer privilegierten Position. Ihre Zeitungen und Zeitschriften wurden nach nationalsozialistischem Vorbild reorganisiert. Der *Banater Beobachter* war das publizistische Organ der deutschen Volksgruppe in Serbien. Böhm vertritt die Meinung, diese Zeitung sei weit davon entfernt gewesen, journalistischen Standards zu entsprechen. Sie sei stattdessen vor allem ein Organ der nationalsozialistischen Propaganda und des Antisemitismus gewesen (S. 276).

Dem Buch fehlt bedauerlicherweise eine abschließende Zusammenfassung. Trotzdem versucht der Verfasser, eine eigene Sicht auf die Geschichte der deutschen Presse in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien zu entwickeln und zu vermitteln:

Es steht außer Zweifel, dass in der Presselandschaft der deutschen Volksgruppen in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien ursprünglich praktisch alle bedeutenden politischen Richtungen von sozialdemokratisch/sozialistisch bis konservativ – hier ist vor allem an katholische Zeitungen zu denken – vertreten waren. So berichtet Böhm über den katholisch-deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Wochenblatt *Die Donau* (S. 262–264). Es wäre aber wünschenswert gewesen, wenn darüber hinaus in dem rezensierten Werk auch der Kampf der linken Presse gegen die NS-Bewegung in Rumänien und Jugoslawien vorgestellt worden wäre. So existierten beispielsweise nach 1918 in sämtlichen neu von Rumänien erworbenen Gebieten eigenständige sozialdemokratische resp. sozialistische Organisationen mit ihren jeweiligen Presseorganen: die *Sozialistische Partei des Banat* (*Arbeiter-Zeitung*, Temeschburg, rum.: Timișoara), die *Sozialdemokratische Partei von Siebenburgen* (*Der Kampf*, Hermannstadt, rum.: Sibiu), die *Sozialdemokratische regionale Organisation der Bukowina* (*Vorwärts*, Czernowitz, ukr.: Černivci). In Jugoslawien spielten die Zeitungen *Vorwärts* (Gurkfeld, slow.: Krško) und *Volksstimme* (Marburg an der Drau, slow.: Maribor) eine wichtige Rolle als linke, antifaschistische Presse-Organe.

Trotz der genannten Einschränkung wird das Buch von Johann Böhm mit Recht sicherlich viele Leserinnen und Leser finden, die sich speziell mit der Geschichte Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigen.

SERGEJ KRETININ

Voronež

Biscriptality. A sociolinguistic typology

Ed. by Daniel Bunčić, Sandra L. Lippert and Achim Rabus. Heidelberg: Winter, 2016. 425 S., 128 Abb. = Akademiekonferenzen, 24. ISBN: 978-3-8253-6625-4.

Der gleichzeitige Gebrauch von zwei Schriftsystemen in derselben Sprache ist bisher in seinen sozialen Dimensionen wenig systematisch untersucht worden. Dabei ist dieses Phänomen keineswegs ein marginaler Sonderfall des Schriftgebrauchs, wie die Autoren und Autorinnen dieser kollektiven Monographie in einer beeindruckenden Zusammenschau von Fallstudien zeigen. Vielmehr tritt hier die Gleichzeitigkeit zweier

oder mehrerer Schriftsysteme, die in einer Sprache in Gebrauch sind, als eine globale sowie zeitübergreifende Erscheinung zutage. Die aus der Habilitationsschrift von DANIEL BUNČIĆ sowie einer von SANDRA LIPPERT, ACHIM RABUS und Daniel Bunčić organisierten interdisziplinären Tagung hervorgegangene Monographie erfüllt damit nicht nur durch den Erweis dieser weitreichenden Dimension des untersuchten Phänomens ein Forschungsdesiderat. Sie stellt darüber hinaus ein Modell vor, mit dessen Hilfe die aufgefundenen Fälle in ihrer soziolinguistischen Dimension systematisch erfasst werden können. So erreicht die Studie zugleich eine weitere Aufarbeitung des Schriftgebrauchs als Forschungsgegenstand, der allgemein in der Soziolinguistik bisher vernachlässigt wurde. Diese Problematik stellt der Autor Daniel Bunčić einleitend in den Kontext der nach Ferdinand de Saussure erfolgten linguistischen Fokussierung des mündlichen Sprachgebrauchs. Damit lässt sich die Monographie als ein weiterer Beitrag zur Schrift- und Schriftlichkeitsforschung begreifen, die in den letzten Jahrzehnten vor dem Hintergrund einer zunächst poststrukturalistisch motivierten Aufmerksamkeit für die kulturelle Bedeutung der Schrift in Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaft verfolgt wurde.

Um das Ziel einer typologischen Erfassung der untersuchten Fälle des Doppelgebrauchs von Schriftsystemen zu erreichen, führen die Autorinnen und Autoren den Begriff *biscriptality* ein: Er bezeichnet den gleichzeitigen Gebrauch von zwei (oder mehr) Schriftsystemen (inklusive mehrerer Orthographien) für Varietäten derselben Sprache (S. 54). Das von Daniel Bunčić diesem Begriff zugeordnete heuristische Modell, das nach einer weitreichenden historischen Verortung der soziolinguistischen Forschungsthematik *biscriptality* vorgestellt wird, dient der typologischen Einordnung der untersuchten Fälle zugleich über soziolinguistische und graphematische Kategorien. So zeigt die soziolinguistische Perspektive auf die verschiedenen Fälle von *biscriptality*, dass die Wahl eines bestimmten Schriftsystems, das innerhalb zweier oder mehrerer möglicher Systeme zur Verfügung steht, durch Ausschlussprinzipien bestimmt ist. Deren spezifische Kriterien gehen mit verschiedenen Typen soziolinguistisch erfasster *biscriptality* einher. In der diese Typen genauer bestimmenden spezifischen Begrifflichkeit, die im Band nicht immer direkt übersichtlich eingeführt wird, spiegelt sich die Komplexität des Gegenstands: Die Typologie sucht sowohl funktionale Aspekte wie Formalität/Informalität oder Benutzer-/ Gebrauchsorientiertheit als auch die ethische, konfessionelle oder räumliche Orientiertheit sowie weitere, über eindeutig zu bestimmende Entscheidungskriterien hinausgehende Erscheinungen von *biscriptality* zu erfassen. Durch die Einbeziehung der graphematischen Ebene von *biscriptality* werden die soziolinguistisch identifizierten Kategorien jeweils *script* (Schrift), *glyphic variant* (etwa der Unterschied zwischen Fraktur und Antiqua) und Orthographie zugeordnet. Es ergibt sich daraus ein Modell mit neun Situationstypen der *biscriptality* (S. 67).

Die folgenden Fallstudien werden unter diese neun Typen von *biscriptality* eingeordnet. Neben vielen Fällen sowohl des weiteren europäischen (Englisch, Deutsch,

Irish, skandinavische Sprachen) als auch des außereuropäischen Raumes (Chinesisch, Japanisch, Hindi-Urdu, die parallele Nutzung der arabischen Schrift [Ajami] und der lateinischen Schrift in verschiedenen afrikanischen Sprachen) erfahren etliche osteuropäische bzw. in slawischen Sprachen auftretende Phänomene von *biscriptality* in Einzelstudien Beachtung: An deren verschiedenen Erscheinungsweisen im Russischen, Belarussischen, Serbokroatischen, Bosnischen, Tschechischen und Sorbischen werden die komplexen sozialen Dynamiken deutlich, die verschiedene Typen von *biscriptality* bedingen. Vor allem zeigt sich in diesen Studien die ungeweine Vielfalt der historisch spezifischen Entstehungskontexte, die diese diversen sozialen Situationen hervorrufen. Ein deutliches Beispiel für diese Komplexität sind die in verschiedenen Einzelstudien erfassten Formen von *biscriptality* im Serbokroatischen, das sowohl unter Digraphia als auch unter *scriptal pluricentricity*, *orthographic pluricentricity* und *bigraphism* aufgeführt wird (Daniel Bunčić). Das Modell erfasst dabei territorial und zeitlich gebundene soziale Kontexte und spiegelt deren komplexes Zusammenwirken wider, das die Einordnung unter verschiedene Typen erfordert. Der schriftsystematische und der orthographisch relevante Doppelgebrauch von glagolitischer und kyrillischer resp. lateinischer Schrift resultiert hier aus verschiedenen sozialen Konstellationen, die historisch einen liturgischen bzw. säkularen Schriftgebrauch und/oder nationale bzw. politische sowie mit diesen einhergehende assoziative Zuordnungen bestimmten. Zuweilen wird deutlich, dass die Komplexität der biskriptalen Situationen das vorgeschlagene Modell übersteigt und Zuordnungen erschweren kann. So etwa, wenn die Nutzung der altkyrillischen Schrift im Russischen und der durch Peter I eingeführten „Bürgerlichen Schrift“ (*graždanskij šrifl*) im 18. Jahrhundert zunächst als Diglyphia eingeschätzt, dann jedoch zugleich eine Situation von Biglyphism angenommen wird (S. 117). Die Nutzung des Altkyrillischen bzw. der Typen „Bürgerlicher Schrift“, so stellen Daniel Bunčić, EKATERINA KISLOVA und Achim Rabus damit fest, scheint also nicht immer als eindeutig durch sich gegenseitig ausschließende Kategorien (liturgisch/säkular) bestimmt: Vielmehr könnten wohl weitere, nicht nur einem der beiden Schrifttypen zuzuweisende Entscheidungsfaktoren angenommen werden. Das Kapitel hätte noch weiteren Fragen Raum bieten können, die sich im Zusammenhang mit der vorhergehenden Schriftlichkeit des Altkirchenslawischen und der im 18. Jahrhundert beginnenden ‚Verschriftlichung‘ des Russischen stellen. Dabei scheint sich das Verhältnis von gesprochener Sprache und Schrift zu verschieben; die zuvor vornehmlich religiös besetzte Schrift wird selbst durch die Typen „bürgerlicher Schrift“ allmählich säkularisiert und damit dem profanen Charakter der außerhalb religiöser Kontexte gesprochenen Sprache angenähert. Mit der zunehmenden Besetzung der Schrift durch das Russische und ihrer damit einhergehenden Säkularisierung werden Altkirchenslawisch und Russisch seit dem späteren 18. Jahrhundert zunehmend als zu trennende Sprachen wahrgenommen, die in den jeweiligen nach säkularem bzw. religiösem Gebrauch unterteilten Schrifttypen repräsentiert werden (S. 116).

Ein Kapitel zu diachronen Befunden und ein Evaluationskapitel schließen die Monographie ab. Insgesamt ist sie durch die systematische Gliederung in einen Teil, der sowohl theoretische Grundlagen aufarbeitet als auch solche neu legt, und in den folgenden Studienteil ebenso für Soziolinguisten und -linguistinnen mit einem theoretischen Interesse an der Thematik gewinnbringend wie für Philologen und Philologinnen sowie Kulturwissenschaftlerinnen und Kulturwissenschaftler, die sich gezielt über Praktiken des Schriftgebrauchs in den einzelnen behandelten Sprachregionen informieren wollen.

CAROLINE SCHUBERT

Berlin

Marianna Butenschön

Die Hessin auf dem Zarenthron. Maria, Kaiserin von Russland

Stuttgart: Theiss, 2017. 320 S., 42 Abb. ISBN: 978-3-8062-3436-7.

Marianna Butenschön legt mit diesem Buch ihren dritten Band über deutsche Prinzessinnen auf dem „Zarenthron“, der eigentlich ein „Kaiserthron“ war, vor. Zuvor erschienen *Die Preußin auf dem Zarenthron. Alexandra, Kaiserin von Russland* (2011) über die preußische Prinzessin Friederike Louise Charlotte Wilhelmine (im Russischen Reich Aleksandra Fedorovna), die seit 1817 mit Kaiser Nikolaj I. verheiratet war, und *Maria, Kaiserin von Russland. Die Württembergerin auf dem Zarenthron* (2015) über Sophie Dorothea (im Russischen Reich Maria Fedorovna), die 1776 die zweite Ehefrau des späteren Kaisers Paul, des einzigen Sohnes Katharinas II., wurde. Die Historikerin und Journalistin Butenschön publizierte auch einen Band über die Eremitage in St. Petersburg sowie Reiseführer über das Baltikum und kennt sich in der russischen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts recht gut aus.

Im vorliegenden Band erzählt die Verfasserin Geschichte als Familiengeschichte. Wie viele andere Familien erlebte das Haus Romanov, das von 1613 bis 1917 in Russland herrschte, Höhen und Tiefen. Heute würde vieles davon die Yellow Press der östlichen und westlichen Welt mit Schlagzeilen versorgen, damals erzählte man sich die Geschichten eher hinter vorgehaltener Hand. Der Band ist chronologisch aufgebaut und folgt den Irrungen und Wirrungen des Lebens der beiden Protagonisten der Erzählung: Marie von Hessen und bei Rhein aus dem Hause Hessen-Darmstadt (1824–1880) und ihrem Ehemann, dem Kaiser und Zaren Alexander II. von Russland (1818–1881).

Wie alle ausländischen Prinzen und Prinzessinnen, die in die kaiserliche russische Familie einheirateten, trat Marie vor ihrer Heirat zur Orthodoxie über und erhielt den

Namen Maria Aleksandrovna. Diese Regelung galt bis zum sogenannten Toleranzedikt von 1905 für alle Andersgläubigen, die ein Mitglied der russisch-orthodoxen Kirche ehelichten.

Als Quellen liegen dem Buch vor allem publizierte Korrespondenzen, Tagebücher, Memoiren und Biographien zugrunde. Neuere wissenschaftliche Literatur wird eher spärlich genutzt. Auch Günther Stöckl *Russische Geschichte* wird noch nach der Auflage von 1965 zitiert, nicht nach der von Manfred Alexander überarbeiteten 7. Auflage von 2009. Bei einem Buch für die breitere Öffentlichkeit wirkt es ein wenig merkwürdig, dass Solomon Volkovs Kulturgeschichte St. Petersburgs nach einer russischen Ausgabe von 2001 und nicht nach der englischen Übersetzung von 1995 zitiert wird.

Die Ehegeschichte von Maria Aleksandrovna und Alexander II. ist hinlänglich bekannt. Maria, seit 1841 verheiratet, gebar zwischen 1842 und 1860 sieben Kinder. Nach dem frühen Tod des Thronfolgers Nikolaj 1865, gerade 22 Jahre alt, an einer tuberkulösen Meningitis entfremdete sich das Herrscherpaar zunehmend voneinander. Der 47-jährige Kaiser verliebte sich im gleichen Jahr in die gerade einmal 18-jährige Fürstin Ekaterina (Katja) Dolgorukova, die ein Jahr später seinem beständigen Werben nachgab. Als die Affäre ruchbar wurde, gab es einen Skandal, der nicht nur die kaiserliche Familie zutiefst erschütterte. Im Laufe der Jahre gebar Katja drei Kinder und zog schließlich 1879 in den kaiserlichen Palast ein. Als Maria Aleksandrovna ein Jahr später starb, heiratete der Kaiser kaum zwei Monate später seine Geliebte in morganatischer Ehe und ernannte sie zur Fürstin Jur'evskaja. Sie verließ Russland nach der Ermordung ihres Mannes und ließ sich mit der Familie an der Côte d'Azur nieder.

In die Geschichte ging Alexander II. allerdings als Reformers und als „Zar-Befreier“ ein, als derjenige, der das ziemlich marode Reich nach dem Tode seines konservativ-reaktionären Vaters Nikolaj I. durch die „Großen Reformen“ der 1860er und 1870er Jahre zumindest oberflächlich an die neueren europäischen Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft anpasste, allerdings auf halbem Wege stehenblieb und das in Gang gesetzte Werk nicht vollendete. Für die wachsende revolutionäre Bewegung im Russischen Reich wurde er zum Hassobjekt. Sie verfolgte ihn und verübte seit der Mitte der 1860er Jahre mehrere Anschläge. Schließlich erlag Alexander II. am 1./13. März 1881 seinen Verletzungen nach einem weiteren Attentat des terroristischen Flügels der *narodniki*.

Butenschön stellt die Familiengeschichte in den Mittelpunkt, vergisst aber die Rahmenbedingungen der großen Politik und deren Bedeutung für das Familienleben nicht. Neue Erkenntnisse sind nicht zu erwarten, aber wer am Leben der kaiserlichen Familie interessiert ist, für den ist dieses Buch genau richtig. Es ist das, was im anglo-amerikanischen Raum ein „coffee-table book“ genannt wird, mit zahlreichen Abbildungen. Immerhin gibt es auch Anmerkungen, eine nicht ganz zuverlässige und bisweilen veraltete Bibliographie, ein Glossar, ein Personenverzeichnis und eine Zeittafel

für den Zeitraum von Alexanders II. Geburt bis zum Tode seiner zweiten Frau 1922 in Nizza. Das Buch ist flüssig geschrieben und gut erzählt, nicht mehr und nicht weniger.

DITTMAR DAHLMANN

Bonn

Musik am russischen Hof. Vor, während und nach Peter dem Großen (1650–1750)

Hrsg. von Lorenz Erren. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2017, XIV, 244 S., Tab., Abb., Notenbeisp. = Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Moskau, 7. ISBN: 978-3-11-052022-4.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts entdeckten die Geisteswissenschaften immer neue Quellengattungen für ihre Fragestellungen. Rituale, Festlichkeiten, visuelle Quellen wie Gemälde, Ikonen und Fresken, Skulpturen und Architektur werden nun in den geisteswissenschaftlichen, interdisziplinär angelegten Abhandlungen genauso selbstverständlich herangezogen wie einst narrative Quellen. Eine Quellengattung bleibt aber bisher im Großen und Ganzen fast ausschließlich das Terrain der Fachspezialisten: Die Rede ist von Musik. Das ist unverständlich, wenn man bedenkt, welch ein Erkenntnispotential die Musikwerke und die Musikkultur der verschiedenen Epochen für deren Erforschung in sich bergen. Umso begrüßenswerter ist das Erscheinen des hier rezensierten Sammelbandes, weil er uns eine frische Perspektive auf eine der veränderungsreichsten Epochen der russischen Geschichte anbietet – das Zeitalter Peters des Großen, das im Mittelpunkt der Publikation steht. Die Tatsache, dass diese Epoche aus der Musikperspektive noch unzureichend erforscht ist, verleiht dem Band eine besondere Bedeutung. In so gut wie allen Beiträgen wird dementsprechend auf unzureichende Forschungsliteratur und nicht edierte Quellen hingewiesen.

Das Ziel der im DHI Moskau 2013 durchgeführten Konferenz, auf die der 2017 erschienene Sammelband zurückgeht, war das Musikleben im Russischen Reich, als dieses noch keine bedeutenden Komponisten aufweisen konnte. Auch wenn in einzelnen Beiträgen versucht wird, diese allgemein akzeptierte Wahrheit zu relativieren, trägt der Sammelband eher dazu bei, diese Feststellung mit zahlreichen Beispielen zu untermauern. Bis Glinka war die russische Musik nur ein blasser Schatten der westeuropäischen Musik. Dies bedeutet aber keineswegs, dass das Musikleben im Russischen Reich vor Glinka kein lohnenswertes Untersuchungsobjekt ist.

Thematisch lässt sich der Sammelband in zwei große Abschnitte aufteilen – die vorpetrinische und die petrinische Zeit. Mit der ersten Epoche beschäftigen sich die

Beiträge von NORBERT ANGERMANN, LJUDMILA SUKINA, ALEKSANDR ROGOŽIN, ANDREJ TOPYČKANOV, IRINA POLOZOVA und KRZYSZTOF ROTTERMUND. Norbert Angermann behandelt die deutsch-russischen Beziehungen aus der Perspektive der Musik und weist unter anderem auf einen in der Geschichtswissenschaft weitestgehend unberücksichtigt gebliebenen Aspekt dieser Kulturbeziehungen hin, nämlich auf den deutschen Ursprung vieler russischer Kirchenglocken, die doch ein zentrales Element der russisch-orthodoxen Kirchenarchitektur und Glaubenspraxis darstellen. Ljudmila Sukina analysiert ein noch allzu wenig erforschtes kulturpolitisches Phänomen aus der Regierungszeit des Zaren Aleksej Michajlovič, nämlich den mit neuer Intensität geführten Kampf des Staates und der Kirche gegen die volkstümliche Musikkultur. Der Aufsatz von Aleksandr Rogożyn wirkt wie eine schlüssige Fortsetzung des vorherigen Beitrags: Rogożyn beleuchtet ästhetische Besonderheiten und funktionale Aufgaben der vorpetrinischen Militärmusik und erklärt überzeugend, warum die Kirche zwar Einwände gegen die Volksmusik, nicht jedoch gegen die Militärmusik hatte. Andrej Topyčkanovs Beitrag über die Musikkultur in den Residenzen der Romanov-Dynastie entspricht leider nicht ganz dem Niveau der vorherigen Beiträge und präsentiert zum großen Teil in der Forschung schon bekannte Informationen hinsichtlich der für das kulturelle Leben des Zarenhofs während der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts zunehmenden Bedeutung des Partes-Gesangs und der Instrumentalmusik. Außerdem berücksichtigt Topyčkanov offenkundig nicht die von Sukina in ihrem Beitrag formulierten Untersuchungsergebnisse, sonst wäre er nicht, ohne auf deren Aufsatz einzugehen, auf der Grundlage derselben Beobachtung zu einer ganz anderen, nämlich falschen Schlussfolgerung gekommen: So schließt er den Hauptteil seines Beitrags mit dem folgenden Satz: „Es ist bezeichnend, dass 41 Jahre zuvor, auf der Hochzeit des Zaren Aleksej Michajlovič mit Il'inišna Miloslavskaja, anstatt Instrumentalmusik ausschließlich Kirchengesang zu hören gewesen war.“ (S. 53) Sukina hat aber überzeugend gezeigt, dass es Stefan Vonifat'ev, der Beichtvater des jungen Zaren, war, der ihn dazu bewog, auf das Spiel der Wanderkomödianten (*skomorochy*) zu verzichten, damit seine Hochzeit den orthodoxen Sitten entspricht. Das Fehlen von Instrumentalmusik war somit keine Selbstverständlichkeit im 17. Jahrhundert. Auch der Beitrag von Irina Polozova ist zum großen Teil überaus allgemein gehalten, bietet aber interessante Einblicke in neue Tendenzen im gottesdienstlichen Gesang der Altgläubigen. Der Aufsatz von Krzysztof Rottermund stellt für den Sammelband keinen allzu wertvollen Beitrag dar und wird darüber hinaus auch seinem Titel nicht gerecht, weil der Autor den polnischen Einflüssen auf die russische Musikkultur, wie eigentlich im Titel angekündigt, nur wenig Aufmerksamkeit schenkt. Stattdessen findet man im ohnehin recht kurzen Aufsatz allgemein bekannte Informationen zur Geschichte Polen-Litauens und des Russischen Reichs sowie lexikonartige Anmerkungen zu Biographien bedeutender polnischer Komponisten jener Zeit. Am besten lässt sich dies am Beispiel von Nikolaj Diletsky beobachten: Rottermund merkt an, dass dieser die „Musikalische

Grammatik“ verfasste, die „eine entscheidende Grundlage für die Reform des russischen Kirchengesangs durch den Patriarchen Nikon“ bildete. Das wäre doch ein wichtiges Thema im Rahmen des Aufsatzes! Leider lässt er aber diesen Satz einfach so – ohne Fußnoten und weitere Ausführungen – stehen und diskutiert stattdessen ausführlich die Frage nach der nationalen Zugehörigkeit des Komponisten.

Mit der Musikkultur des petrinischen Russlands beschäftigen sich die Beiträge von MARIA DI SALVO, LJUDMILA POSOCHOVA, NATALIJA OGARKOVA, SABINE EHRMANN-HERFORT, ROLAND PFEIFFER, ANNA GIUST, LARISA KHALFINA, FRANCESCO PAOLO RUSSO und CHRISTOPH FLAMM. Maria Di Salvo gewährt Einblicke in ihr laufendes editorisches Projekt – die erste Edition der bisher in der Forschung nur wenig beachteten Memoiren des Kastraten Filippo Balatri über seinen zweijährigen Aufenthalt im Russischen Reich (*Vita e viaggi die Filippo Balatri*), die ganz neue Einblicke ins kulturelle Leben des russischen Hofes erlauben. Ljudmila Posochova beschäftigt sich mit dem ebenso wenig erforschten Kulturtransfer im Bereich der Musik aus der 1654 russisch gewordenen linksufrigen Ukraine ins Russische Reich. Anhand von zahlreichen Beispielen und Quellenangaben werden die Karrieren ukrainischer Sänger von ihren Anfängen als Schüler der Kiever Mohyla-Akademie bis zu ihrer Tätigkeit als Sänger im petrinischen Hofchor detailreich geschildert. Im Beitrag von Natalija Ogarkova wird ein neues Phänomen im kulturellen Leben des russischen Zarenhofs, nämlich die Gattung der musikalischen Panegyriken, thematisiert. Die Autorin untersucht dazu die Widmungsblätter des russischen Dichters, Philosophen und Musikers Vasilij Trediakovskij für die Zarin Anna, die Trediakovskij in der Absicht verfasste, die Gunst der Monarchin zu gewinnen. Diese Seite des ansonsten gut erforschten Lebens und Wirkens von Trediakovskij fand in der Forschung bisher wenig Aufmerksamkeit. Eine Spiegelperspektive bietet der erste Teil des Aufsatzes von Sabine Ehrmann-Herfort, in dem es um die Rezeption der italienischen Musik durch die nach Italien gesandten russischen Adligen geht. Im zweiten Teil werden die westeuropäischen Einflüsse auf das russische Kulturleben in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts thematisiert sowie die ersten Aufführungen italienischer Opern am Zarenhof detailreich geschildert. In einem musiktheoretisch angelegten Aufsatz beschäftigt sich Roland Pfeiffer mit den stilistischen Besonderheiten der Opern von Francesco Araja, der wohl die wichtigste Rolle im Musikleben am Zarenhof in den 1730er und 1740er Jahren spielte. Pfeiffer zeigt die enorme Bedeutung, die der italienischen Oper in offiziellen Festlichkeiten und Krönungszeremonien zukam. Ebenso stellt er fest, dass „am Ende der 1730er Jahre noch keine italienische Oper Sankt Petersburger Prägung“ (S. 157) existierte. Wohl in der Tradition von Richard Wortman stehend, untersucht Anna Giust die Rezeption der italienischen *Opera seria* durch russische Adlige aus der kulturhistorischen Perspektive, indem sie die machtpolitische und machtlegitimierende Bedeutung, die der Oper am Zarenhof zukam, analysiert. Die Verlegung der Handlungsorte der Opern ins Russische Reich und die Übersetzung ihrer Libretti ins Russische hatten das Ziel, die Rezeption der

für die zarischen Untertanen immer noch fremden Musikform zu erleichtern. Die machtpolitische Bedeutung der Oper wird ebenso in den Aufsätzen von Larisa Khalfina und Francesco Paolo Russo thematisiert. Larisa Khalfina macht anhand von zahlreichen Beispielen deutlich, dass die vielen Operaufführungen, die unter der Zarin Elizaveta Petrovna eine besondere Popularität genossen, unter anderem das Ziel hatten, die Macht der Herrscherin zu feiern sowie die politischen Veränderungen im Land zu legitimieren. Francesco Paolo Russo behandelt die machtpolitische Dimension der Verwendung von *Festa teatrale* im Rahmen der Festlichkeiten, welche die russische Zarin glorifizierten. Manchmal wurde die Herrscherin sogar in die Geschichte der Oper selbst aufgenommen, in der sie dann verherrlicht wurde. Der dramaturgischen und musiktheoretischen Analyse der *Festa teatrale* wird ebenso große Aufmerksamkeit geschenkt. Im den Sammelband abschließenden Aufsatz thematisiert Christoph Flamm eine Frage, die in der Forschung bisher vernachlässigt blieb, – nämlich die Frage nach der Bedeutung Peters III. für die russische Musikgeschichte – und stellt am Ende seines Beitrags eine sehr provokative These auf: Katharina II. die Große habe sich als Gegenbild zum an der Musik sehr interessierten Peter III. positioniert, wodurch sich auch ihre zur Schau gestellte „Unmusikalität“ erklären lasse. „Vielleicht wäre Petersburg nicht nur ein, sondern das europäische Musikzentrum des 18. Jahrhunderts schlechthin geworden. Vielleicht hat Katharinas Kulturpolitik, betrachtet aus der Perspektive Peters III., keine Beschleunigung, sondern eine gewisse Drosselung der russischen Musikentwicklung bewirkt, womöglich gespeist aus dem in ihrer eigenen Biographie wurzelnden Wunsch nach Invertierung der Werte des gemeuchelten Gatten, nach einer Auslöschung seiner Person über den Tod hinaus.“ (S. 213) Diese anregende These verdient es, diskutiert, vertieft und weiterentwickelt zu werden, weil sie einen völlig neuen Blick auf die kulturpolitische Selbstpositionierung der bedeutendsten russischen Zarin werfen lässt.

Abgesehen von der Kritik an einigen etwas schwächer ausgefallenen Beiträgen, die vielleicht nicht jede Leserin und jeder Leser mit dem Rezensenten teilen wird, gibt es auch einen Kritikpunkt, der nicht relativierbar ist. Die Rede ist von unzähligen sprachlichen Fehlern, in denen das Narrativ ertrinkt, von falsch geschriebenen Namen (Gorsay statt Horsey), von falscher, irreführender Kommasetzung, von Syntax- und Grammatikfehlern. All das führt dazu, dass einige Sätze nahezu unlesbar sind. Dies wundert umso mehr, als der Sammelband das Siegel des wissenschaftlichen Verlags Walter de Gruyter trägt. Dies alles wirft einen unnötigen Schatten auf den ansonsten sowohl thematisch als auch inhaltlich wichtigen Sammelband, der hoffentlich zur Heranziehung der Musik als einer wichtigen Quelle für geisteswissenschaftliche Forschungen animieren wird.

DAVID KHUNCHUKASHVILI

München

Mež dvuch vosstanij. Korolevstvo Pol'skoe i Rossija v 30-50-e gody XIX v.

[Zwischen zwei Aufständen. Das Königreich Polen und Russland in den 30er bis 50er Jahren des 19. Jahrhunderts]

Otv. red. Svetlana M. Fal'kovič. Moskva: Indrik, 2016. 775 S. ISBN: 978-5-91674-369-2.

Historically, relations between Poland and Russia have always been uneasy. Since the events of spring/summer 2014 in Ukraine, however, they have been virtually frozen. Each new publication devoted to studying historical experience in these very difficult times, therefore, makes an important contribution to establishing future cooperation between the two states.

The book being reviewed here is “the first work in Russian historiography covering a comprehensive set of problems that had a significant impact on the relations between Russia and the Kingdom of Poland which coexisted within the Russian Empire in the thirties till fifties of the 19th century” (URL: <https://inslav.ru/publication/mezh-dvuh-vosstanij-korolevstvo-polskoe-i-rossiya-v-30-50-e-gody-xix-v> [last accessed on: 21.10.2019]). The collective monograph was prepared by senior staff at the Institute of Slavic Studies, which is a part of the Historical and Philological Sciences Division of the Russian Academy of Sciences (RAS). It is important to note that the book is a thematic continuation of the study *Pol'sha i Rossiia v pervoi treti XIX veka. Iz istorii avtonomnogo Korolevstva Pol'skogo* (Poland and Russia in the first third of the 19th century. From the history of the autonomous Kingdom of Poland) (Moscow 2010), published as a part of the research project *Pol'sha i Rossiia v XIX veke* (Poland and Russia in the 19th century).

The editor-in-chief of the publication, Svetlana M. Fal'kovich (a leading researcher at the Institute of Slavic Studies), and Boris V. Nosov (a deputy chairman of the Russian half of the Commission of Historians of Russia and Poland and the head of the department at the Institute of Slavic Studies) outline the research aims in the preface of the book. They encompass the issues of centralization, constitutionalism, autonomy, the relationship of the national political centres with the suburbs and peripheral regions, the delineation of the functions and powers of central and local authorities, and their interaction with different social strata and groups, which is expressed in the formation of social movements and their ideological and political positions (p. 9). The maxim that staying “under one imperial roof” has led to close social and cultural ties between the two peoples is stressed throughout all the chapters. However, in this regard, it is important to note that the fundamental aspect that influenced the entire history of Polish-Russian relations from the end of the 18th until the beginning of the 19th century is the participation of the Russian Empire in the partitions of the Polish state. In the context of Polish statehood, this period is unambiguously characterized as *zabór rosyjski*

(“Russian annexation”). It is, therefore, impossible to talk about mutual and equal relations in different spheres of public life, since the loss of independence a priori deprived such relationships of equality. The authors of the publication omit this, concealing the openly predatory policy of the Russian Empire on Polish lands. It should be pointed out, that Jerzy Zdrada’s book *Historia Polski 1795–1914* (History of Poland. 1795–1914), which first appeared in print in 2005 and then again in 2015 (with both editions issued in Warsaw) unfortunately remains outside the historiographical field of view of the Russian authors, despite the fact that Jerzy Zdrada is one of the leading historians of that period.

Several other points about the book are also worth highlighting. Firstly, despite repeatedly stressing the common history of the peoples of Poland and Russia, the texts refer to a sort of opposition between the Poles and Russians, which was even reflected in the “common slogan of the liberation movement for both countries ‘For your and our freedom!’” (p. 10). Secondly, the texts answer the key question of how the second Polish uprising (the January uprising of 1863) became possible without mentioning the Poles’ struggle for their ethnic liberation and the restoration of their statehood. Thirdly, the book’s conclusions contain the rather debatable maxim that “the masses of the Russian and Polish people [in the singular!] were not yet ready to conclude a fraternal union [sic!]: too many negative stereotypes and prejudices coming from historical memory separated them” (p. 740). Today, with the considerable baggage of historical knowledge we now bear, it seems a little strange to use propaganda clichés from the times of the USSR. It is difficult to imagine that this is just the result of old Soviet thinking due to force of habit. The use of the rhetoric from a past epoch may in fact reflect the ideological convictions and self-image of Russia’s current ruling elite in relation to other orthodox Slavic peoples in Eastern Europe.

The publication has a clear structure that is in keeping with its objectives. Following the preface, which introduces the subject of the book, there are eight chapters in chronological order. The text of the “Ogranicheskii statut Tsarstva Pol’skogo” (the “Manifesto of February 14, 1832. On the New Order of Administration and Education of the Kingdom of Poland”), adopted by Nicholas I after the suppression of the November Uprising of 1830/31, is presented in the appendices (pp. 741–751). The book also has an index of names.

The first chapter, “Podavlenie vosstaniia 1830–1831 gg. i ustanovlenie rezhima chrezvychainogo upravleniia” (“The suppression of the uprising of 1830–1831 and the establishment of the emergency management regime”) by Boris V. Nosov examines the causes of the uprising and the impact of the European revolutionary crisis on the situation in Poland. The main reason for the uprising, according to the author, was the unresolved peasant issue, which made the protest movement in the occupied Polish lands similar to the protest movements in the Russian provinces. “In the insurgent Kingdom of Poland they [peasant reforms – L. Zh.] acquired special significance, since

both the character of the uprising and its prospects, in particular, the replenishment of the Polish Army and other rebel forces, depended on the position of the peasantry” (p. 56). The author also draws on rich factual material to portray the uprising, the assault of Warsaw and the suppression of the rebellion. “In spring and summer of 1831, the Berlin and Vienna courts helped the tsarist government in suppressing the uprising in Poland, particularly on the grounds of their general participation in the division of the country [...]” (p. 65) According to a Russian historian at the turn of the 19th century, one of the results of the defeat of the uprising was the emergence of Polish emigration – a new evil for Russia, since the Poles “carried a scream” against Russia to Paris, London, Belgium and America showing themselves as victims of tyranny at every opportunity (p. 82).

The second chapter, “Politika carskogo pravitel’stva v Korolevstve Pol’skom vremeni namestnichestva I. F. Paskevicha” (“The tsarist government policy in the Kingdom of Poland at the time of the governorship of I. F. Paskevich”), also by Boris V. Nosov, is devoted to the tsarist government repression of the rebels, the main methods used to implement the “appeasement” policy, e. g. the trial of the uprising participants, etc. Particular emphasis is placed on the analysis of Nicholas I’s Manifesto on the formation of the Kingdom of Poland (February 14, 1832) as a subject of the Russian state without any significant changes to its legal status. Important aspects of Nicholas’ policy towards the Kingdom of Poland after the suppression of the uprising were the dissolution of the Polish army as an attribute of sovereignty, the replacement of “nationality” with “citizenship” (p. 106 f.), the elimination of a separate Catholic church and the recognition of the Mogilev metropolitan’s primacy among Catholic bishops.

The third chapter by LIUDMILA P. MARNEI is devoted to the economic development of the Kingdom of Poland and the Russian Empire in the 1830s, ‘40s and ‘50s. It depicts leading industries, transport, and the specific nature of agricultural development at the time. The chapter concludes that the Kingdom of Poland “still remained one of the most industrialized parts of the empire” (p. 247). The fourth chapter, “Patrioticheskoe obshchestvennoe dvizhenie v Korolevstve Pol’skom v 1830-ch – nachale 1860-ch gg.” (“The patriotic social movement in the Kingdom of Poland from the 1830s to the early 1860s”) by GALINA V. MAKAROVA focuses on the attempts of the Poles to resume the activities of the conspiratorial patriotic movement, the role of the “Spring of Nations of 1848” and the influence of the Crimean War on the social movement in the Kingdom of Poland, etc. The conclusion that “the authorities’ attempts to establish positive contacts with the Polish nobility [...] [and] representatives of the emerging bourgeoisie, despite of their interest in economic relations with the whole empire, did not produce the expected results”, also deserves the reader’s attention. According to the author this was a consequence of the fact that the awareness of the loss of national independence was passed on from generation to generation in Poland and remained the dominant narrative in social consciousness (p. 373).

The fifth chapter, “Pol’skii vopros v mezhdunarodnoi politike 1830-ch – nachala 1860-ch gg.” (“The Polish question in international politics from the 1830s to the early 1860s”) by OL’GA S. KASHTANOVA considers the positions of the leading countries in relation to the rebels as well as the impact of the activities of Polish emigrant diplomacy on shaping European public opinion in favour of Poland and its attempts to include the Polish question in the international diplomatic game (p. 449).

A significant part of the book is devoted to the “Pol’skaia ‘Velikaia emigratsiia’ 1831 – nachala 1860-ch gg.” (“The Polish ‘Great Emigration’ from 1831 to the beginning of the 1860s”). This comprises the sixth chapter, written by Svetlana M. Fal’kovich. “The mass exodus of Polish patriots from their homeland” was the logical result of the defeat of the November uprising. The author examines the dynamics of this phenomenon, highlights the main centres of emigration and provides an overview of its activities.

The development of education and culture in the Kingdom of Poland from the 1830s until the early 1860s is depicted in the seventh chapter by Ol’ga S. Kashtanova. It is slightly surprising that the writer does not begin by indicating the real reasons for the closure of Polish higher and secondary educational institutions. Not a word is mentioned about the Russian Empire’s russification policy. The author appears not to find the transformation of Polish Catholic churches into Orthodox churches in any way unusual (p. 642).

The last chapter, “Nakanune Ianvar’skogo vosstaniia (1856–1862 gg.)” (“On the eve of the January uprising [1856–1862]”) by Boris V. Nosov, is dedicated to the events in the run-up to a new uprising against the Russian Empire. However, the chapter seems unfinished, though this could also reveal the author’s intention of writing a new book starting from this point.

Thus, when it comes to the generalizing characteristics of the book reviewed here, the well-known Polish proverb appears fitting: “Punkt widzenia zależy od punktu siedzenia”, which means: “The point of view depends on the location.” In other words, the principles of the foreign policy pursued by the modern Russian state have had an impact on the interpretation of the history of Russia’s relations with Poland. At the same time, it is necessary to recognize the fact that the Russian historians contributing to this volume, collected rich factual material and offered the reader a broad reconstruction of the events of the “common history of Russia and Poland in the 19th century”. In so doing, they sought to portray the relationship processes in a holistic manner, to sketch the interconnections, and to depict a complete image of the era.

LJUBOV’ N. ŽVANKO
Char’kiv

Konzepte des Slawischen

Hrsg. von Tomáš Glanc und Christian Voß. Leipzig: Biblion Media, 2016. 320 S., Abb. = Studies on Language and Culture in Central and Eastern Europe (SLCCEE), 29. ISBN: 978-3-86688-595-0.

Spätestens seit der Veröffentlichung des *Slawenkapitels* in Johann Gottfried Herders *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit* (1791) war die Vorstellung einer durch Sprache, Abstammung, Mentalität und Kultur verbundenen slawischen Welt fest in den Köpfen europäischer Gelehrter und Politiker verankert. Herders Überlegungen fielen gerade bei den Intellektuellen im Osten Europas auf fruchtbaren Boden, nicht zuletzt im Zeitalter des „nationalen Erwachens“. Welche konkreten politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Konsequenzen die sogenannte Slawische Idee indes haben sollte, darüber herrschte weitgehend Uneinigkeit. Auf einen gemeinsamen Nenner („Panslawismus“), wie in der Außensicht häufig suggeriert, ließ sie sich schwerlich bringen. Vielmehr handelte es sich um eine „diffuse Projektionsfläche“ (S. 7) unterschiedlicher Ansätze, wie die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes treffend bemerken.

In der deutschsprachigen Forschung spielte diese „diffuse Projektionsfläche“ seit den späten 1950er Jahren weder bei den Historikern, sieht man von Andreas Moritschs Sammelbänden *Die Slawische Idee. Beiträge am Matija-Ziljski-Symposium vom 6. bis 10. Juli 1992 in Tratten/Posjšče, Kärnten* (1992) und *Der Prager Slavenkongress 1848* (2000) ab, noch bei den Slawisten eine größere Rolle. Dies änderte sich erst, als 2009 Heft 12 der von Manfred Sapper und Volker Weichsel herausgegebenen Zeitschrift *Osteuropa* als Themenheft mit dem Titel *Gemeinsam einsam. Die Slawische Idee nach dem Panslawismus* erschien, dem sich am GWZO Leipzig ein Forschungsprojekt (2011–2013) anschloss. (Siehe dazu: *Post-Panslawismus. Slawizität, Slawische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert*. Hrsg. von Agnieszka Gašior, Lars Karl und Stefan Troebst. Göttingen 2014.) Personell wie inhaltlich knüpft der vorliegende Konferenzband, der auf eine interdisziplinäre Tagung in Prag (März 2013) zurückgeht, an diese Arbeiten an. In ihm finden sich 15 Beiträge, davon rund die Hälfte in englischer Sprache, die sich mit der Inszenierung und Instrumentalisierung der Slawischen Idee in verschiedenen slawischsprachigen Ländern auseinandersetzen. Thematisch sind die Beiträge in die „Panels“ „Politische Ebene“, „Körperpolitik“, „Sprachpolitische Ebene“ sowie „Literarische und künstlerische Ebene“ gegliedert.

Um es kurz zu sagen, die Lektüre lässt den Leser mit einem zwiespältigen Gefühl zurück. Dies fängt bereits bei der Einleitung an, in der sich prononcierte Betrachtungen mit einem Feuerwerk an Terminologien und Neologismen („ostrandpolnisch[e] Gebiete“, S. 12) abwechseln, welches der Inhaltspräzisierung leider allzu oft abträglich ist. Hinzu kommen vermeidbare sachliche Fehler bei der Zusammenfassung der

Beiträge. So ist es nicht der *Komintern*-Konflikt (S. 12) – die *Komintern* wurde 1943 aufgelöst –, sondern der *Kominform*-Konflikt zwischen Tito und Stalin im Jahr 1948, im Zuge dessen die sowjetische Instrumentalisierung der Slawischen Idee ihr Ende fand. Hätte hier nicht ein kurzer Blick in den betreffenden Artikel genügt? Offen bleibt überdies, welchen Sinn die Infragestellung der bisherigen Unterteilung der Slawistik in West-, Ost-, und Südslawia hat (S. 9), wenn man wenige Seiten später zu ebendieser zurückkehrt (S. 11) und dies, ohne zuvor einen Alternativvorschlag unterbreitet zu haben.

Klar und pointiert ist dagegen der Beitrag zu „Panslawismus und Antislawismus“ von LARS KARL und ADAMANTIOS SKORDOS (S. 21–44). In ihm zeichnen die beiden Leipziger Historiker die Evolution des panslawischen Konzepts vom 19. bis zum 20. Jahrhundert nach. Selten, so ihre Beobachtung, habe das Konzept den Rückhalt der Regierenden besessen. Dies habe besonders für den vermeintlichen Hauptprofiteur, das zarische Russland gegolten, dessen Herrschern der tendenziell demokratische und antilegitimistische Charakter des Panslawismus lange Zeit zuwider gewesen sei. Außerhalb der slawischsprachigen Länder seien diese Dissonanzen jedoch selten wahrgenommen worden. Infolge dessen sei hier die „panslawische Gefahr“ in der Regel bei Weitem überschätzt worden. Letztlich sei der Antislawismus, der nach 1945 zudem eine dezidiert antikommunistische Note besaß, weit wirkmächtiger als der Panslawismus selbst gewesen und habe bis heute (z.B. in Italien und Griechenland) nach.

Insgesamt stellt der Beitrag von Lars Karl und Adamantios Skordos eine komprimierte Fassung eines bereits zuvor veröffentlichten Aufsatzes dar. Und auch JAN CLAAS BEHREND'S Beitrag über den Rückgriff Stalins auf die Slawische Idee knüpft in vielem an einen andernorts publizierten Text an. Freilich spricht dies nicht gegen seine luzide Erörterung, in welcher er der Slawischen Idee in der Sowjetunion einen vorrangig utilitaristischen Charakter zuschreibt. Dabei verortet Jan C. Behrends das Konzept im weiteren Kontext der Kräftenmobilisierung gegen das nationalsozialistische Deutschland, zu welchem die Aufwertung der russisch-orthodoxen Kirche und das Wiederaufgreifen russisch-imperialer Traditionen gehörten. Der kommunistischen Lehre sei die Beschwörung slawischer Solidarität hingegen fremd gewesen. Lenin selbst habe dem Panslawismus feindlich gegenübergestanden und ihn als „reaktionäre Ideologie“ verworfen. Aus diesem Grunde habe es für die sowjetische Propaganda nach dem Ausscheren Jugoslawiens aus dem sozialistischen Block (1948) auch keiner größeren Verrenkungen bedurft, um slawische Akzente aus der offiziellen Rhetorik zu streichen und zu klassenbezogenen, sozialistischen Erzählweisen zurückzukehren. Schließlich habe es sich bei der beschworenen slawischen Solidarität lediglich um ein Mittel zum Zweck und um kein höheres ideologisches Ziel gehandelt.

Im „Panel“ „Körperpolitik“ beschäftigt sich VERENA BUNKUS anhand der polnischen und ukrainischen *Sokol*-Vereine im galizischen Lemberg mit dem Verhältnis zwischen nationalem und gesamtslawischem Denkhorizont. In Prag 1862 als slawisches

Pendant zur deutschen Turnbewegung gegründet, trat der *Sokol* bereits wenige Jahre später auch außerhalb Böhmens seinen Siegeszug an. Sowohl der erste polnische (1867) wie der erste ukrainische *Sokol* (1894) wurden in der galizischen Hauptstadt Lemberg gegründet. Bunkus macht deutlich, dass beide *Sokol*-Organisationen anfangs miteinander kooperierten, nach der Jahrhundertwende aber zunehmend auf Konfrontationskurs gingen. Beide Seiten hätten zunehmend das Nationale vor dem Slawischen akzentuiert, was im polnischen Fall u. a. auf den massiven Zustrom von Mitgliedern aus dem nationaldemokratischen Lager zurückzuführen gewesen sei, und sich in einer sinkenden Beteiligung an internationalen Zusammenkünften des *Sokol* niederschlug. Soweit das Fazit dieses Aufsatzes, der sich durch den nahezu konsequenten Gebrauch des „Binnen-I“'s auszeichnet. Letzteres verwendet Verena Bunkus auch für rein männliche Gruppen, „um ironisch auf die fehlende weibliche Beteiligung“ (Fußn. 2, S. 113) hinzuweisen. Eifer bei der Abfassung eines wissenschaftlichen Textes ist an und für sich begrüßenswert, sollte aber vorrangig der inhaltlichen Korrektheit zugutekommen. Vielleicht wäre der Autorin dann aufgefallen, dass ein sorbischer Sokol nicht „schnell nach dem Prager Beispiel“ (S. 113) entstand, sondern erst zur Zeit der Weimarer Republik (1920) gegründet wurde.

Als spezielle Warnung vor dem Panslawismus verstand sich die Arbeit des liberalen bayerischen Historikers Jakob Philipp Fallmerayer *Geschichte der Halbinsel Morea während des Mittelalters* (1830), in welcher dieser die These aufstellte, dass „nicht ein Tropfen ächten und ungemischten Hellenenblutes [...] in den Adern der christlichen Bevölkerung des heutigen Griechenlands“ (S. 183) fließe. Denn die ursprüngliche Bevölkerung Hellas', so sein Befund, sei vollständig durch eingewanderte Slawen und Albaner verdrängt worden – ein Schicksal, vor dem der Gelehrte die Völker Westeuropas bewahren wollte. Mit diesem „Kassandraruft“ beschäftigt sich der Berliner Slawist CHRISTIAN VOSS in seinem dem „Panel“ „Sprachpolitische Ebene“ zugehörigen Aufsatz. Er untersucht dabei sowohl die historische wie sprachwissenschaftliche Argumentation Fallmerayers und bewertet sie als weitgehend unplausibel. So weit so gut, originell ist eine solche Bewertung indes nicht. Dort, wo der Artikel Neues bietet, vermag er hingegen nicht immer zu überzeugen. Wie Voß den Bogen von den – in Griechenland bis heute unpopulären – Theorien zur angeblichen slawischen Abstammung der moderne Hellenen hin zur vermeintlich slawo- oder russophilen Politik der SYRIZA-geführten Regierung schlagen will, bleibt sein Geheimnis. Auch an anderer Stelle steht die Argumentation auf wackligem Grund. Etwa wenn Voß über den geographischen Schwerpunkt von Fallmerayers Arbeit sinniert. Es sei denkbar, „dass sich Fallmerayers politische Motivation auf das Griechenland König Ottos und somit vor allem auf Attika, Bötien und die Peloponnes bezog und er nicht ahnen konnte, dass sich Griechenland mit den Balkankriegen 1912/1913 über die ethnisch griechischen Siedlungsverhältnisse hinaus nach dem byzantinischen Raumbild der *megali idea* erweitern würde.“ (S. 186). Dass Fallmerayer beim Verfassen seiner Arbeit das seit kurzem unabhängige

Griechenland vor Augen gehabt hatte, ist durchaus plausibel. Nur handelte es sich dabei nicht um „das Griechenland König Ottos im Jahre 1830“ (S. 195), sondern um den sogenannten Hellenischen Staat des Ioannis Kapodistrias, eine Republik. Zwar vereinbarten die Großmächte bereits im Londoner Protokoll vom 3. März 1830, das junge Staatswesen in eine Erbmonarchie umzuwandeln, doch fiel die Entscheidung zugunsten des Wittelsbachers Otto erst zwei Jahre später (Londoner Vertrag vom 7. Mai 1832). Einen Otto von Griechenland gab es im Jahr 1830 nicht. Auch dürfte die politische Motivation des damaligen Landshuter Lyzealprofessors Fallmerayer v. a. den deutschen Fürsten, darunter seinem hellenophilen Landesherrn Ludwig I., und der deutschen Öffentlichkeit gegolten haben, die er vor allzu großer Griechenland-Euphorie sowie der „slawischen Gefahr“ und ihren Konsequenzen warnen wollte.

Dem Werk eines der bekanntesten künstlerischen Interpreten der Slawischen Idee, des Malers Alfons Mucha, widmet sich TOMÁŠ GLANC, dessen Beitrag einen gelungenen Abschluss des Bandes bildet. Im Fokus der Ausführungen steht Muchas *Slawisches Epos*, an dem der tschechische Maler zwischen 1910 und 1920 arbeitete. Glanc thematisiert den Entstehungskontext des Gemäldezyklusses und geht auf die dahinterliegenden geschichtsphilosophischen Überlegungen ein. Mucha erscheint dabei als Künstler, für den jedes historische Ereignis, das einen Bezug zu einem Volk mit slawischer Sprache hat, in einen gesamtslawischen Kanon aufgenommen werden konnte (S. 278). Der zuerst in den USA gezeigte Zyklus habe dabei mehrere Ziele verfolgt. Einerseits richtete er sich an die slawischen Völker, denen es zur Besinnung auf ihre gemeinsamen Grundlagen und zu einem besseren Verständnis füreinander dienen sollte. Andererseits sieht Glanc in den Bildern, die sich auf Farbtafeln im Anhang des Artikels befinden, den Versuch, der Außenwelt ein geeintes Slawentum zu präsentieren.

Sammelbände bieten in der Regel sowohl gänzlich neue Beiträge wie komprimierte Fassungen bereits andernorts erschienener Artikel. In dieser Hinsicht handelt es sich bei dem vorliegenden Band um keine Ausnahme. Dies ist kein Manko, sondern gerade bei der Suche nach einer konzisen Überblicksdarstellung ein Plus. Auch lässt sich das Fehlen einer einheitlichen Begriffsdefinition, das bereits bei Besprechungen der Vorgängerpublikationen moniert wurde (Martina Winkler: *Rezension von: Osteuropa [2009], H. 12: Gemeinsam einsam. Die Slawische Idee nach dem Panlawismus*. Hrsg. von Manfred Sapper, Volker Weichsel, Stefan Troebst und Agnieszka Gašior, in: *Bohemia 50 [2010], H. 1, S. 239–240*; Martin Munke: *Rezension von: Post-Panlawismus. Slawizität, Slawische Idee und Antislawismus im 20. und 21. Jahrhundert*. Hrsg. von Agnieszka Gašior, Lars Karl und Stefan Troebst. Göttingen 2014, in: *sehpunkte 16 [2016], Nr. 11 [15.11.2016]*, URL: <http://www.sehpunkte.de/2016/11/29469.html> [letzter Zugriff: 21.10.2019]), bei genauerer Betrachtung nur bedingt als Schwäche bewerten, da die Herausgeber bereits im Titel auf die Vielschichtigkeit des Slawischen und die damit einhergehenden Definitionsschwierigkeiten aufmerksam machen. Allerdings drängt sich bei manchem Beitrag die Frage nach der allgemeinen Relevanz für die Slawische Idee auf; es fehlt eine

Kontextualisierung. Andere Aufsätze wiederum liefern zwar interessante Denkanstöße, ohne diese jedoch argumentativ untermauern zu können. Das Fazit fällt dementsprechend ambivalent aus. Viele Rosinen, viele Steine – es liegt am Leser, sich das Richtige herauszupicken.

MATTHIAS E. CICHON
Münster

Neuer Nationalismus im östlichen Europa. Kulturwissenschaftliche Perspektiven

Hrsg. von Irene Götz, Klaus Roth und Marketa Spiritova. Bielefeld: Transcript, 2017. 295 S., zahlr. Abb. = Ethnografische Perspektiven auf das östliche Europa, 3. ISBN: 978-3-8376-3962-9.

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer gleichnamigen internationalen Tagung in München 2016, auf der „die einschlägigen Formen und Praktiken, die Intentionen, Ideologien und Inszenierungen der ‚Wiederentdeckung des Nationalen‘ [Irene Götz: *Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989*. Köln, Weimar, Wien 2011]“ (S. 7) betrachtet wurden. Er versammelt 14 Beiträge über neun Länder des östlichen Europas mit vier Schwerpunkten. Diese Einteilung ist m. E. eher willkürlich und trägt wenig zur inhaltlichen Aufwertung bei. Das ist aber auch schon die negativste Kritik, die zu äußern wäre, denn sowohl die einzelnen Aufsätze als auch die kurze und prägnante Einführung bieten viel interessanten Stoff und nachvollziehbare Interpretationen. Wie häufig bei Sammelbänden bleibt die Bündelung und Synthese des Stoffes allerdings weitgehend dem Leser resp. der Leserin überlassen. Ein paar mehr zusammenfassende Gedanken hätten weder in der Einführung noch in einem möglichen zusammenfassenden Nachwort geschadet. So stehen die einzelnen Beiträge etwas unverbunden nebeneinander, einzig durch die Klammer „kulturwissenschaftliche Perspektiven“ zusammengehalten.

Deutlich wird jedoch in der Zusammenschau, dass der neue Nationalismus – in welcher Erscheinungsform auch immer – meist gegen die EU, die Globalisierung und ‚Multikulti‘ gerichtet ist, weswegen Fremdenhass, Ausgrenzung und Patriotismus auf der Gegenseite groß geschrieben werden. Durchgehend zu beobachten ist auch die Rückwärtsgewandtheit der Bewegung, die z. B. durch die wichtige Rolle von Historikern und (erfundenen) Traditionen sowie durch eine ausgeprägte Erinnerungskultur zum Ausdruck kommt. Der Nationalismus fungiert in Zeiten von Verunsicherung und Orientierungslosigkeit als Ersatzreligion und schafft Zusammenhalt, wo alte Strukturen

zerstört wurden oder ihre Geltung eingebüßt haben. Aus unserer westlich pluralistischen Sicht geradezu erschreckend ist die Rolle von Politik und Staat bei der Förderung und Finanzierung national(istisch)er Konstrukte, seien es Bauwerke, Geschichten oder sogenannte Helden. Gerade die kulturwissenschaftlich-ethnografische Sicht auf die verschiedenen Ausdrucksformen des neuen Nationalismus zeigt eindrucksvoll seine Veralltäglichen, die Durchdringung des Alltags mithilfe von Mode, Hochglanzmagazinen, Musik oder Fußball.

MARKETA SPIRITOVA stellt in „Die Inszenierung des Nationalen in der Populärkultur“ den tschechischen Rockmusiker Daniel Landa vor und zeigt, wie der Nationalismus in seiner Musik sogar sinnlich-körperlich erfahrbar wird und in der Mischung der begleitenden Elemente (Kleidung, Texte, Videos, Plakate) seine breitenwirksame Kraft entfalten kann.

„Symbolische Marker des Nationalen“ sieht KLAUDIJA SABO in den Darstellungen kroatischer Soldaten. Durch die Stilisierung der Soldaten als Helden bekomme die nationale Identität ein Gesicht. Als auffällig und in seiner Bedeutung doppeldeutig sieht sie in den Darstellungen die häufige Kombination der soldatischen Helden mit dem V-Zeichen, das einerseits für den Sieg, andererseits für Frieden stehe. Die Friedensbekundung gehe mit einer Selbstviktimsierung einher, gleichzeitig werde mit dem „V“ auch Stärke und Verteidigungsbereitschaft signalisiert.

Entsprechend eingebettet kann sogar das Fan-Verhalten während der Fußball-EM 2012 im polnischen Poznań in Anwendung des von Gerd Baumann in dessen *Grammatiken der Identität/Alterität* formulierten Konzepts untersucht werden, wie ALEXANDRA SCHWELL in ihrem Aufsatz „Mehr als nur ein Spiel: Fußball und die Inszenierung nationaler Loyalitäten und Rivalitäten“ anschaulich darstellt. Fußball werde einerseits zum Vehikel politischer Botschaften, verankere aber andererseits den Nationalismus im Alltag und mache ihn dadurch unpolitisch in der Wahrnehmung.

Zwei außerordentlich anschauliche Beispiele stellt KLAUS ROTH aus Bulgarien und Mazedonien vor: „Die Nation bauen“. Die Konstruktion der Nation aus Antike und Mittelalter“. Nach einem sehr gut strukturierten Einleitungstext, der die Gründe für den neuen Nationalismus aufführt und die verschiedenen Ausprägungen der Rückwendung zur Vergangenheit auflistet, geht der Autor konkret auf zwei Projekte ein: In Bulgarien habe sich der Nationalisierer und Propagandist der Vergangenheit, der Historiker und Minister B. Dimitrov für das Projekt der 20 Festungen stark gemacht. Durch die Restaurierung oder gar den Neubau von Objekten aus verschiedenen Epochen – finanziert übrigens aus EU-Regionalentwicklungsgeldern – solle der Stolz auf die eigene Nation gefördert und erlebbar gemacht werden. In Mazedonien habe das Projekt *Skopje 2014*, die „überwältigende Denkmalisierung“ (S. 93) der Hauptstadt, große Aufmerksamkeit (und auch Kritik) auf sich gezogen. Bei beiden Projekten liege der Schwerpunkt ganz eindeutig auf den christlichen Perioden, die osmanische mit ihrem islamischen Erbe werde weitgehend ausgeblendet. Sowohl in Bulgarien als auch in

Mazedonien werde der neue Nationalismus von oben befördert, um das Versagen der eigenen Eliten zu kaschieren, spielten doch Korruption und Klientelismus innerhalb dieser Eliten eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Eine Veränderung der Erinnerungskultur habe der EU-Beitritt der ehemals sozialistischen Ostblockstaaten ausgelöst. ANA LULEVA zeigt in „Das Nationale versus das Europäische in der bulgarischen Gedächtniskultur“, wie im Kontext des neuen Nationalismus „die beiden transnationalen europäischen *memory topics* – kommunistischer Terror und Holocaust – in Bulgarien thematisiert werden“ (S. 102). Ihre Darstellung der theoretischen Grundlagen zum Thema Erinnerungskultur hätte dank der präzisen Klarheit und Allgemeingültigkeit für die Gesamtheit der Beiträge auch gut am Anfang des Sammelbandes stehen können. Neben dem „Boom des Bulgarischen“ (S. 104) wie er in Folklore, Trachten, Hochzeiten, Tänzen etc. seinen Ausdruck finde und gerne auch von einer „Welle des Erfindens bulgarischer Traditionen“ (S. 106) begleitet werde, hätten es die europäischen Erinnerungspolitiken schwer, stellt Luleva fest. Wenn überhaupt Ereignisse im Zusammenhang mit der Judenverfolgung erinnert würden, dann sehr selektiv und dahingehend interpretiert, dass eher die Retter als die jüdischen Opfer selbst hervorgehoben würden. Statt in Debatten für Aufklärung, Diskurs und Verantwortung zu werben, würden Klischees transportiert und die Homogenität der Nation als Ideal gepriesen. Da pikante Themen zu politischer und ideologischer Konfrontation führten, sei der neue, erfundene Ethnonationalismus weniger umstritten und zur Legitimation und Identitätsbildung besser geeignet.

Auch in Polen flirte die Politik offen mit rechtsgerichteten Patrioten, oft Fußballfans, die auch vor offenem Fremdenhass, vor Ausgrenzung und Gewalt nicht zurückschreckten, mit dem Ziel, die Geschichte vor ‚falschen‘ Interpretationen zu schützen und das ‚Polentum‘ zu verteidigen. MALGORZATA SWIDER führt das anhand der ‚verstoßenen Soldaten‘, die zu neuen Helden stilisiert würden, vor. Historische Fakten würden durch Umbenennung dahingehend uminterpretiert, dass ein neuer politischer Mythos entstehe, der als „ideelles und moralisches Fundament“ für politische Zwecke genutzt werden könne (S. 130).

In Ungarn sind, wie LASZLO SIMON-NANKO in „Politische Mythologie in Ungarn? Zu Kontinuitäten paralleler Geschichtsschreibung im Kontext von Archäologie und Sprachwissenschaft“ beschreibt, auch Sprachwissenschaftler und Archäologen an der Pflege nationaler Geschichtskulte beteiligt. Simon-Nanko schildert den schon lange währenden Streit zwischen Finno-Ugristen und Turanisten und konstatiert, dass der Turanismus zwar nicht akademisch wissenschaftlich, wohl aber als politischer Mythos in der Zeit nach der politischen Wende wieder an Bedeutung gewonnen habe.

Der Beitrag von SIMON SCHLEGEL „Ethnische Minderheiten an der ukrainischen Peripherie. Diversität ohne kulturelle Unterschiede?“ fällt hinsichtlich seines Befundes komplett aus dem Rahmen aller anderen Beispiele des Sammelbandes. Es ist der einzige Fall, in dem ethnische Unterschiede nicht zu Ausgrenzung führen, sondern vielmehr

bewusst kultiviert werden. Die Rede ist vom südlichen Bessarabien. Schlegel geht der Frage nach, wie und warum es zum „Stolz auf die ethnische Diversität“ kommt und wie diese zum erstarkenden Nationalismus passe. Er vermutet zweierlei Gründe: Zum einen diene die gefeierte Multiethnizität den lokalen Patronage-Netzwerken, zum anderen könne sie als Trotzreaktion gegen den nationalistischen Zentralstaat verstanden werden. Im Laufe seiner Untersuchungen kann er allerdings nur bestätigt finden, dass die innerethnische Toleranz der vom Klientelismus geprägten Lokalpolitik als Ablenkung von echten Problemen diene und somit eine politische Funktion erfülle, während die Vermutung einer erzwungenen Solidarität gegen den Zentralstaat nicht zuträfe, da der sogar als Garant der Minderheitenrechte auftrete.

Gefördert durch den russischen Staat werden als *sootečestvenniki* („Mit-Landsleute“) bezeichnete Russen, die ihren Wohnsitz aus anderen früheren Sowjetrepubliken in die Russische Föderation verlegen, an ausgewählten Orten angesiedelt, wo sie als Remigranten sowohl „dankbare Rezipienten des erstarkenden russischen Nationalismus“ (S. 181) als auch Akteure würden, die zum nationalen Narrativ beitragen, wie uns SARA REITH in „Der Duft der Traubenkirsche“ darlegt.

Einen weiteren Aspekt des russischen Nationalen untersucht JULIA PERSON in ihrem Aufsatz über die „Konstruktion und Funktion des ‘Nationalen’ in erfolgreichen populärkulturellen Produkten“. Sie widmet sich „Glokalisierungsprozessen auf Medieninhaltebene“ (S. 185) und betrachtet dabei z. B. Motive und Methoden der Nationalisierung von Hochglanzmagazinen oder die berühmte Serie *Mascha und der Bär*. Sie erarbeitet eine lange Liste von Lokalisierungsstrategien und kommt zu dem Ergebnis, dass „das Russische“ ein sehr vielfältiges Marketingtool darstelle, das die Medienprodukte zu Identitätsressourcen für das russisch Nationale werden lasse.

Dienten einige der bislang geschilderten Bemühungen um die Beförderung einer nationalen Identität nur indirekt dem *nation branding*, so zeigt uns PETRA STEIGER in „Slovakia as a Good Idea. The Politics of Nation Branding and the Making of Competitive Identities“, dass auch ganz offen und gezielt am Image der eigenen Nation zwecks Neudefinition desselben gearbeitet wird. In jedem Fall könne jedoch beobachtet werden, dass die Wichtigkeit symbolischer Macht proportional zum Niedergang der faktischen stünde.

Vor diesem Hintergrund wirken die Mechanismen und Auswirkungen des „Antiziganismus in der Slowakei“ (S. 229) noch bestürzender, als es uns NOEMI SEBÖK-POLYFKA in ihrem Beitrag „Es schwebte immer vor ihren Augen, dass sie es mit einem Zigeuner zu tun haben“ schon vor Augen führt.

Wie eng jedoch (medialer) Diskurs und Alltagswelt verknüpft sind, wird im Aufsatz von MARGIT FEISCHMIDT „Nationalismus und die Darstellung der ‘Anderen’. Die diskursive Konstruktion von Rassismus in der ungarischen Provinz“ deutlich. Im Laufe der Zeit würden persönliche Erfahrungen durch den politischen und medialen Diskurs so überlagert, dass es zu massiven Verhaltensänderungen der Menschen führe. Sie stellt

dar „wie die Angst vor Fremden durch die diskursive und emotionale Manipulation allgemeiner sozialer Ängste entstehen konnte“ (S. 263).

Besonders gefährlich werde es, wenn „zeichenhaft-vereinfachte Vergegenständlichungen“ (S. 277) in Form von Mode, Accessoires, Street Art etc. in den Alltag eindringen, gezeigt bei Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen oder Konzerten. Dies veranschaulicht auf eindruckliche Weise AGNIESZKA BALCERZAK in ihrem Aufsatz „Gott, Ehre, Vaterland‘. Das Wiederaufleben rechtsextremer Strömungen in Polen nach der Wende von 1989“.

Insgesamt ein sehr gutes Buch, dem man ein westeuropäisches Pendant wünschte, denn Erscheinungen und Methoden des Nationalismus sind nicht auf eine Region beschränkt.

JANA BÜRGERS

Ulm

Elisabeth Gruber / Christina Lutter / Oliver Jens Schmitt

Kulturgeschichte der Überlieferung im Mittelalter. Quellen und Methoden zur Geschichte Mittel- und Südosteuropas

Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2017. 510 S., 33 Abb., 10 Ktn. = UTB für Wissenschaft, 4554. ISBN: 978-3-8252-4554-2.

Titel und Klappentext des vorliegenden Werkes versprechen dem Leser eine „Einführung in die Geschichte der mittelalterlichen Überlieferung Mittel- und Südosteuropas in ihrem politischen und soziokulturellen Kontext“. Dies ist hinsichtlich des Untersuchungs(-zeit-)raumes ein äußerst ambitioniertes Vorhaben. Elisabeth Gruber, Christina Lutter und Oliver Jens Schmitt, die in Salzburg respektive Wien forschen und lehren, haben deshalb 22 weitere Autorinnen und Autoren mit der Abhandlung bestimmter Teilaspekte betraut. Im räumlichen Fokus des Werkes steht Südosteuropa, das gängigen Einteilungen folgend vollständig bearbeitet wird. Mitteleuropa hingegen wird leider nur gestreift bei gleichzeitig starker Betonung der Entwicklungen in Österreich, im süddeutschen Raum und in Norditalien. Obwohl üblicherweise Osteuropa zugerechnet, wird auch die Kiever Rus’ dezidiert angesprochen. Ob gewollt oder ungewollt bewegen sich die Ausführungen somit räumlich auf dem machtpolitischen Spielfeld der Habsburger Doppelmonarchie des „langen 19. Jahrhunderts“. Und das, obwohl die Problematik räumlicher Abgrenzungen von den Autoren bereits in der Einleitung thematisiert wird (vgl. S. 19 f.). So stellen die Autoren und Autorinnen zu Recht fest, dass um die Begriffe einerseits erbittert gekämpft wurde,

dass sie aber andererseits nicht *a priori*, nicht ohne vorherige Kenntnisse, nutzbar sind und somit schon ihr bloßer Gebrauch Wertung und Abgrenzung bedeutet. Umso bedauerlicher, dass hier eine eigene klare Definition fehlt.

Das Buch will offenbar eine Mittelposition zwischen Einführung und Handbuch einnehmen. Es richtet sich laut Bewerbung durch den Verlag in erster Linie an Studierende. Gegliedert ist es in drei knappe einleitende Kapitel, vier Hauptteile, einen Kartenteil, einen lediglich drei Seiten umfassenden Ausblick sowie einige Anhänge. Das Buch enthält keine Fußnoten. Belege sind im Wesentlichen kapitelweise geordnet und nur online in einer 90-seitigen Bibliographie abrufbar. Eine Zuordnung insbesondere gedanklicher Zitate ist so selbst für erfahrene Nutzer nicht durchgängig möglich. Studierende werden, gerade wenn kein Internetzugang zur Hand ist, wahrscheinlich nicht erkennen, von wem einzelne Aussagen stammen. So wird es dem Leser erschwert, seine durch die Lektüre gewonnenen Kenntnisse zu vertiefen, zumal nicht einmal die Hauptautorinnen und der Hauptautor den von ihnen verfassten Textabschnitten namentlich zugeordnet werden können. Ob es sinnvoll ist, in einer vor allem für Studierende gedachten Einführung so nachlässig mit wissenschaftlichen Standards umzugehen, ist fragwürdig.

Auch die Gliederung des Buches dürfte manchen Studierenden verzweifeln lassen. Keiner der drei Hauptteile trägt eine Überschrift, und die unter ihnen subsumierten Teile hängen – abgesehen von Kapitel 1, welches sich mit der Forschungsgeschichte auseinandersetzt – nicht erkennbar so stark zusammen, dass dies eine Abgrenzung von den anderen Kapitel erklärt. Zwar geht jedem Kapitel eine chronologische Abhandlung zu den vorrangigen Veränderungen zwischen 500–900, 1000–1300 und 1300–1500 voraus – wobei rätselhaft bleibt, warum das 10. Jahrhundert in diesen Abhandlungen unberücksichtigt blieb, – doch greifen die nachgestellten Teilkapitel munter und keineswegs geringfügig über den jeweiligen Zeitrahmen hinaus. „Chronologische, geographische und soziale wie kulturelle Aspekte“ (S. 27) sollen „verschränkt“ den Aufbau der Darstellung bestimmen. Dies wäre durchaus berechtigt, ist doch für die inhaltliche Abgrenzung von Einzelkapiteln nie nur ein Kriterium maßgeblich. Allerdings könnte man erwarten, dass der postulierte Zusammenhang der Abschnitte begründet und dem Leser eines Handbuches, der oft gezielt nach bestimmten Informationen für ein bestimmtes Gebiet oder einen bestimmten Zeitraum sucht, auch explizit erklärt wird. Die intensive Verschränkung der genannten Aspekte wird jedoch nur beiläufig thematisiert, so dass sie sich nur bei durchgängiger Lektüre des Werks erschließt. Eine solche dürfte aber bei einer über 500 Seiten starken Einführung eher die Ausnahme sein, und die – auch durch die Zahl von insgesamt 25 Autoren und Autorinnen bedingten – Wiederholungen bestimmter Sachverhalte in verschiedenen Kontexten machen deutlich, dass eine kontinuierliche Lektüre nicht intendiert war. Wenig stimmig wirkt auch der Umgang mit bestimmten Fachtermini. Einige (z. B. *plaga orientalis*) werden zunächst ganz selbstverständlich genutzt und dann zu einem späteren Zeitpunkt plötzlich erklärt.

Manche (z. B. *Koiné*) werden wiederkehrend, andere (z. B. *Privilegium maius*) auf zwei aufeinander folgenden Seiten doppelt und noch andere (z. B. „stratigraphisch“ und das im Fachsprachlichen vom Umgangssprachlichen abweichende Wort „illuminiert“) wiederum gar nicht erklärt. Hier fehlt es dem Buch meines Erachtens an konzeptioneller Klarheit.

Ähnlich verhält es sich hinsichtlich des vorausgesetzten und erklärten Fachwissens. Niemand – erst recht nicht der Rezensent – wird für sich in Anspruch nehmen, die 13 Jahrhunderte und den gewaltigen Raum, die der Band in den Blick nimmt, vollständig zu überschauen. Soweit der Rezensent dies aber beurteilen kann, sind die Abschnitte für sich genommen mehrheitlich sachlich fundiert und für sich allein genommen mit Gewinn lesbar. Besonders positiv stechen die meisten Unterkapitel zur „Materialität der Quellen“ (S. 110 ff.) hervor. Die Ausführungen zu „Fundinterpretationen in der Mittelalterarchäologie“, zu „Inschriften als Quelle für Herrschaftsgebiete“, zu „Bildkultur und Schriftlichkeit“ und zu „Siegel in Bulgarien zwischen 864 und 971“ überzeugen formal wie inhaltlich in besonderem Maße.

Insgesamt ist die Darstellung aber nicht immer so ausgewogen wie in diesen Teilkapiteln. Oberstufengeeignetes Schulbuchwissen und tiefgründige fachwissenschaftliche Diskussion stehen oft nicht nachvollziehbar nebeneinander. Verallgemeinerungen im eigenen Forschungsgebiet werden z. T. prominent angeprangert und gleichzeitig bezüglich fremder Untersuchungsräume und Gegenstände selbst weiterverbreitet. Und unnötige Vereinfachungen lassen manchmal Abschnitte in einem Zwielicht zurück, das diese wahrscheinlich nicht verdienen. Dies soll exemplarisch an drei Beispielen verdeutlicht werden.

Im Abschnitt zur Aussagekraft linguistischer Quellen zum Frühmittelalter von JOACHIM MATZINGER (S. 71–81) werden die gesicherten Erkenntnisse, die man laut seiner Aussage mithilfe der historisch-vergleichenden Sprachwissenschaft bezüglich einer Vielzahl von Sprachen auf dem Balkan gewinnen kann, nicht vorgestellt, obwohl diese Erkenntnisse keinem Studierenden, der eine Einführung zur Hand nimmt, geläufig sein dürften. Stattdessen wird auf sieben Seiten ein detaillierter Überblick über den Forschungsstand inklusive verschiedener wissenschaftlicher Kontroversen bezüglich des Albanischen gegeben. Gehört eine solche Debatte, die noch dazu ohne echten Fußnotenapparat für den Leser kaum nachvollziehbar ist, in eine Einführung?

Das Problem der Verallgemeinerungen wird deutlich am Kapitel „Das mittelalterliche Stadtrecht an der östlichen Adriaküste und in Mitteleuropa“ (S. 208–219). So wird hier darauf hingewiesen, dass die Siedlungen im „Betrachtungsraum“ (S. 208) – ob hier nur die östliche Adriaküste, ganz Mitteleuropa oder aber beides zusammen gemeint ist, wird nicht ausgeführt – hinsichtlich ihrer Genese unterschiedlichen Typen zuzurechnen seien. Hier finde sich – ebenso wie bei dem Umstand, dass es „zwei Grundtypen“ der „Rechtsverfassung der Städte und den Rechtsstatus ihrer Bürger“ betreffend gäbe – ein „bedeutsamer Unterschied“ (S. 209). Doch wo liegt dieser

Unterschied? Dem Rezensenten ist keine auch nur einigermaßen bedeutende mittel- und osteuropäische Städtelandschaft bekannt, in denen die Städte sich nicht hinsichtlich Genese, Rechtsverfassung und Rechtsstatus ihrer Bürger untereinander massiv unterscheiden.

Das Problem unnötiger Vereinfachungen kann anhand eines Beispiels im Abschnitt „Handelsregister als quantitative Quelle: Dalmatien“ veranschaulicht werden. Dort heißt es, im späten 15. Jahrhundert hätten „kleinere Schiffstypen“ und nicht etwa „Galeeren und große Koggen“ (S. 460) den inneradriatischen Handel dominiert. Eine Vorstellung vom Ladevolumen oder dem üblichen Höchstgewicht bei der Zuladung wird durch solch unpräzise Aussagen nicht vermittelt. Einige schlichte Zahlen (oder Schätzungen) hätten hier mehr ausgesagt. Bei der Leserschaft bleibt eine höchst subjektive Vorstellung der Ladekapazitäten im adriatischen Handel zurück und das ausgerechnet nach der Vorstellung einer quantitativen Quellengruppe.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass der Band zwar eine Vielzahl wertvoller Informationen enthält, aber aufgrund konzeptioneller Mängel und verlagsseitiger Versäumnisse nur mit gewissen Vorbehalten als Einführung zu empfehlen ist.

RAOUL ZÜHLKE

Neuss

Estnisches Mittelalter. Sprache – Gesellschaft – Kirche

Hrsg. von Kadri-Rutt Hahn, Matthias Thumser und Eberhard Winkler.
Berlin: LIT, 2015. 217 S., 1 Kte. = Schriften der Baltischen Historischen Kommission, 20. ISBN: 978-3-643-13259-8.

Im Jahr 2011 trafen sich deutsche und estnische Wissenschaftler zu einer Tagung der Baltischen Historischen Kommission in Göttingen, um Fragen zur Geschichte des estnischen Mittelalters nachzugehen. Die Mehrzahl der in Göttingen gehaltenen Vorträge haben in Gestalt von Aufsätzen Eingang in den vorliegenden Konferenzband gefunden, die Beiträge von MART LÄTTE, MARTEN SEPPEL und SIIRI REBANE wurden zur Bereicherung der Hauptthemen „Sprache“, „Gesellschaft“ und „Kirche“ noch hinzugefügt. Das Erkenntnisinteresse von deutschen und estnisch-lettischen Wissenschaftlern war lange Zeit auf Fragen zur Geschichte der deutschen Oberschicht respektive der zwar minderprivilegierten, aber zahlenmäßig die Bevölkerungsmehrheit bildenden, autochthonen Völker gerichtet. Diese Wissenschaftstraditionen haben sich inzwischen deutlich einander angenähert. Grundlage hierfür ist die Einschätzung, dass

„Deutsche“ und „Undeutsche“, so wie man sie aus dem mittelalterlichen Livland kennt, keine homogenen, gegeneinander abgeschlossenen Einheiten bildeten, sondern dass es einen regen Austausch zwischen ihnen gegeben hat. Die Aufgabe des Tagungsbandes ist es, genau dieses Miteinander zu demonstrieren, indem man das Augenmerk auch auf soziale Gruppen richtet, denen bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dabei mussten die Beiträge dezidiert eine estnische oder autochthone Perspektive adoptieren. Die Hauptthemen „Sprache“, „Gesellschaft“ und „Kirche“ halfen, die Beiträge enger miteinander zu knüpfen, da sie für die wichtigsten Lebensbereiche der autochthonen Ethnien im mittelalterlichen Livland stehen.

MATTHIAS HARDT richtet sein Interesse auf gentile Ursprungsgeschichten der Spätantike und des frühen Mittelalters und dekonstruiert – der Wiener Schule der Frühmittelalterforschung von Herwig Wolfram und dessen Schüler Walter Pohl folgend – die frühen gentilen Herrschaftserzählungen. In ihnen wurden langobardische und gotische Ursprünge durch klassisch gebildete Gelehrte mit antiken und biblischen Strukturelementen verbunden, um die ‚barbarischen‘ Ursprünge den römisch-christlichen Identitäten anzunähern. Die dahinter stehende Absicht war eine *imitatio imperii*, die durch die Übernahme von römisch-christlichen Formen gekennzeichnet ist. Die tief verwurzelte Vorstellung von wandernden Völkern mit klarer Identität ist durch die Wiener Schule massiv in Frage gestellt worden. Dafür ist die von ihr formulierte Auffassung von frühmittelalterlichen *gentes*, derzufolge diese Menschen mit anderer Herkunft, Sprache und Kultur in ihre Mitte aufgenommen haben und dadurch zur ethnischen Mehrstimmigkeit gelangten, in den Vordergrund gerückt. Der Beitrag ist dafür zu loben, dass der Autor mit der Kritik, die der Wiener Schule inzwischen zuteil geworden ist, mit großer Offenheit umgeht.

EBERHARD WINKLER macht es sich zur Aufgabe, die verschiedenen finnougri-schen Sprachen auf dem Gebiet des heutigen Estland und Lettland zu untersuchen. Insgesamt werden, je nach Grad der Politisierung, 15 bis 20 finnougri-sche Sprachen gezählt, von denen jedoch nur vier – Estnisch, Livisch, Wotisch und Ingrisch – im Baltikum gesprochen wurden und zum Teil noch werden und die allesamt dem ostseefinnischen Zweig der finnougri-schen Sprachen zugehören. Der Autor hat es eilig festzuhalten, dass „Finnougri-sch“ ein rein mit der Sprache verbundener Begriff ist, mit dem keine anthropologischen oder genetischen Konzeptionen verknüpft werden dürfen.

KRISTIINA ROSS behandelt in Ihrem Beitrag die standardisierte estnische Gemeinschaftssprache anhand von frühprotestantischen Schriftzeugnissen. In der Entwicklung der estnischen Schriftsprache wurde den Esten selbst anfangs eine passive Rolle zugeteilt: Die Begründer der Schriftsprache waren deutschbaltische Geistliche, die keine Muttersprachler waren. Dies bedeutet nur, dass sie die Sprache erst im Erwachsenenalter gelernt hatten. Der Wunsch, biblische und andere religiöse Texte in estnischer Sprache zu verfassen, kam mit der Reformation auf und hat seine Wurzel in der protestantischen Grundüberzeugung, dass jeder Gläubige die Heilige Schrift

eigenständig lesen können sollte. Außerdem sollte auf diese Weise die protestantische Mission unter den Esten befördert werden. Die ersten Texte haben die Esten nicht selbst gelesen, sondern sie wurden ihnen von den deutschen Pastoren vorgetragen – von lesekundigen Esten kann erst ab Ende des 17. Jahrhunderts die Rede sein. Das bedeutet aber nach Meinung von Kristiina Ross nicht, dass nicht schon vor der Reformation eine mündliche standardisierte estnische Sprache existierte. Davon würden die vielen Wörter zeugen, die wahrscheinlich im Mittelalter aus verschiedenen Sprachen, darunter auch vor allem aus dem Deutschen, entlehnt wurden. Dabei stehen die frühprotestantischen Übersetzungen sehr stark unter dem Einfluss der deutschen Sprache. Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts näherte sich die estnische Schriftsprache der estnischen Volkssprache an. Zugleich reichen viele dem kirchlich-sakralen Bereich zuzuordnende Sprachformen in die katholische Zeit zurück.

HEIKI VALK wirft einen archäologischen Blick auf Nord- und Südostland und fragt anhand materieller und sprachlicher Quellen sowie anhand von Daten der Populationsgenetik nach den ethnischen Identitäten der „undeutschen“ Landbevölkerung Estlands. Für seine Argumentation nutzt er unter anderem mittelalterliche Begräbnisstätten und analysiert sowohl die Bestattungskultur als auch die archäologischen Funde wie z. B. Schmuck oder Textilien. Valk kommt zu dem Ergebnis, dass die geographischen Grenzen zwischen den verschiedenen Sprachgebieten mit den festgestellten Unterschieden im archäologischen Fundmaterial übereinstimmen. Er sieht auch die Trennlinie zwischen den „Deutschen“ einerseits und den „Undeutschen“, also hauptsächlich Esten, Letten und Liven, andererseits im Sprachgebrauch wiedergespiegelt. An dieser Stelle ist allerdings daran zu erinnern, dass „deutsch“ und „undeutsch“ als Konstrukte betrachtet werden sollten und dass die Unterschiede zwischen diesen Konstrukten in der zeitgenössischen Forschung als rechtliche und soziale Unterschiede verstanden werden. Das bedeutet, dass die Zuordnung zu „deutsch“ oder „undeutsch“ sich nicht immer mit dem zu erwartenden Sprachgebrauch deckt, auch wenn dies dem etablierten Verständnis der beiden Termini widerspricht.

Der bislang wenig untersuchten sozialen Gruppe der häuslichen Dienstboten widmet KADRI-RUTT HAHN ihre Aufmerksamkeit, die dafür rund 300 Revaler Testamente des 14.–16. Jahrhunderts analysiert hat. Die Dienstboten bildeten in den Städten eine beachtliche, meist estnische Bevölkerungsschicht. Hinsichtlich des oben erwähnten Problems der Unterscheidung zwischen „undeutsch“ und „deutsch“ weist gerade Hahn in ihrem Aufsatz darauf hin, dass der Terminus „undeutsch“ sich auf die Esten vom Land und nicht auf die Stadtbewohner bezog. Auch wenn wir sonst vermuten würden, dass die Dienstboten aus minderprivilegierten Schichten stammten, zeigen die Quellen, dass die Mägde unter ihnen in Testamenten erwähnt wurden, in denen Erbschaften von erheblichem Wert geregelt wurden. So entspricht dieser Aufsatz mehr als andere dem Ziel der Tagung, aus der Perspektive der autochthonen Esten zu erzählen und dabei deutlich zu machen, dass eine sehr enge Kommunikation zwischen „Deutschen“ und

„Undeutschen“ stattgefunden hat und dass daraus auch die Minderprivilegierten Gewinn ziehen konnten.

MART LÄTTES Aufsatz hat die schon kurz nach der Eroberung Livlands eingeführte Verpflichtung der livländischen Landbevölkerung zum militärischen Dienst für die neuen Landesherren zum Gegenstand. Sie musste gegebenenfalls sowohl an Feldzügen teilnehmen als auch die Grenzen des eroberten Territoriums verteidigen. Wahrscheinlich war die Verpflichtung zum militärischen Dienst Bestandteil der Unterwerfungsverträge der Esten, und zwar als Pflicht und als Recht aller freien Männer. Erst im 15. Jahrhundert verlor die Verpflichtung zum militärischen Dienst infolge grundlegender Veränderungen im Militärwesen in jener Zeit an Bedeutung. Im Zuge der zunehmenden Verbreitung von Feuerwaffen stützte man sich immer mehr auf Söldner, die im Vergleich zu Bauern eine bessere militärische Ausbildung besaßen. Hand in Hand mit dem Rückgang der militärischen Bedeutung der Bauern verschlechterte sich auch ihre soziale Position.

Die Kreditbeziehungen der leibeigenen Bauern im Livland des 16. Jahrhunderts stehen im Fokus des Beitrages von MARTEN SEPPEL. Die Leibeigenschaft hinderte die Bauern nicht, sich verschiedener Kreditmöglichkeiten zu bedienen. Die Darlehen dienten nicht ausschließlich dazu, Brot- oder Saatgetreide zu kaufen. Sie konnten auch für den Kauf von Tieren oder anderen Waren oder für die Pacht von Tieren des Gutsherrn genutzt werden. Bei den Darlehen handelte es sich hauptsächlich um Naturalkredite. Die Bauern handelten selten mit Bargeld und beglichen ihre Schulden mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Aus den Quellen ist auch zu entnehmen, dass die Schuldenlast der leibeigenen Bauern nicht wuchs, auch wenn diese jährlich neue Darlehen aufnahmen, weil die Schulden auch beglichen wurden. Die Darlehen ermöglichten den Bauern trotz der Einschränkungen der Leibeigenschaft, selbständig ihre Bauernwirtschaften zu führen.

NELE RAND untersucht die Statuten der Rigaer Provinzialsynoden mit dem Hauptziel, die livländische Bauernschaft hinsichtlich ihres Glaubenslebens zu analysieren. In den Statuten erscheinen die Bauern des 15. Jahrhunderts als noch nicht vollkommen bekennende Christen, die immer noch heidnische Bräuche praktizieren. Die Autorin ist sich dabei vollkommen bewusst, dass die Statuten selbstverständlich die Perspektive des Verfassers vermitteln und deshalb mit entsprechender Vorsicht interpretiert werden sollten. Den Bauern wurde vorgeworfen, sie würden ohne kirchliche Trauung als Mann und Frau zusammenleben und ihre Kinder nicht taufen lassen. Die Kinder, die aus solchen Verhältnissen entstammten, seien deswegen illegitim. Auch Götzendienste, Aberglaube und Gleichgültigkeit gegenüber Reliquien wurde der livländischen Bauernschaft vorgeworfen. Der Inhalt der Statuten stand sehr stark unter dem Einfluss der allgemeinen Konzile. Was die Beschreibung der Bauern anging, stützte man sich auch auf vorgefasste normative Texte. Deswegen steht in Frage, wie

wahrheitsgetreu das Bild von den noch im 15. Jahrhundert heidnisch gebliebenen autochthonen Ethnien ist.

Die Dominikaner in Estland sind das Thema des Beitrages von SIIRI REBANE. Sie widmet sich kritisch der von verschiedenen Historikern bearbeiteten Frage, ob bei der Gründung des Revaler Ordenskonvents der Wunsch nach Missionierung im Norden eine Rolle gespielt haben mag. Auch die Frage nach der Gründungszeit des Konvents in Reval ist für ihren Beitrag wichtig, obschon sie auf diese Frage wegen mangelnder Quellen keine sichere Antwort geben kann. Rebane hält 1439 als Jahr der Konventsgründung für sehr wahrscheinlich – eine Datierung, die auch von Tiina Kala vertreten wird, deren Monographie über die Dominikaner in Estland wohl noch nicht erschienen war, als Rebane ihren Beitrag für den hier rezensierten Sammelband abgefasst hat (Tiina Kala: *Jutlustajad ja hingede päästjad: dominiiklaste ordu ja Tallinna Püha Katariina konvent*. Tallinn 2013). Kala vertritt aber die Ansicht, dass die Rolle der Dominikaner in der Mission nicht allzu bedeutend war, da sie ihre Hauptaufgabe in der Seelsorge sahen. Im zweiten Teil ihres Aufsatzes geht Rebane auf die Predigtstätigkeit der Dominikaner in Estland ein und stützt sich dabei auf die wenigen erhaltenen Handschriften, die mit dem Bettelorden in Verbindung gebracht werden können.

Der empfehlenswerte Tagungsband ermöglicht eine Nahsicht auf verschiedene Bereiche des estnischen Mittelalters, lenkt den sonst vor allem auf die Oberschicht gerichteten Blick des Historikers auf wenig bekannte Aspekte der autochthonen Ethnien, nimmt neue soziale Gruppen in den Fokus und zwingt die frühere Forschung zur Überprüfung ihrer Ergebnisse.

KERTTU PALGINÖMM

Tartu

Bolschewistische Ordnung in Georgien. Der Große Terror in einer kleinen kaukasischen Republik

Hrsg. von Marc Junge und Bernd Bonwetsch. Berlin, Boston: de Gruyter, 2015. 604 S., 63 Tab., 28 Abb., 1 Kte. = Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Moskau, 5. ISBN: 978-3-11-041029-7.

Der vorliegende Band gehört zu den letzten, die der ehemalige Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Instituts in Moskau und Ordinarius der Universität Bochum, BERND BONWETSCH, herausgebracht hat. Dieser 5. Band in der Reihe *Veröffentlichungen des DHI Moskau* ist dem Großen Terror in der Kaukasusrepublik Georgien gewidmet und hat seither zu umfangreichen Diskussionen vor allem in georgischen

Wissenschaftskreisen geführt. Insofern ist die vorliegende Publikation zusammen mit dem ‚Protokollband‘ der Debatte zu lesen, der zwei Jahre nach dem zu besprechenden Band erschienen ist und ebenfalls von dessen beiden Herausgebern sowie Daniel Müller zusammengestellt wurde (Mark Junge / Bernd Bonwetsch / Daniel Müller (Hrsg.): *Gruzija v puti. Teni staliniizma*. Moskva 2017. Eine Internetversion findet sich unter: <https://studfiles.net/preview/6855410/> [letzter Zugriff: 21.10.2019].).

Die vorliegende Publikation enthält die Ergebnisse eines von 2009 bis 2015 durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projektes zum Großen Terror von 1937/38 in der Sowjetrepublik Georgien. Beteiligt waren neben dem Projektleiter Bernd Bonwetsch und dem Hauptbearbeiter MARC JUNGE weitere deutsche (OLIVER REISNER, WOLFGANG FEURSTEIN, DANIEL MÜLLER) und georgische Historiker (GEORGIJ KLDIAŠVILI, LEVAN AVALIŠVILI, IVAN DŽUCHA, DALI KANDELAKI).

Der zu besprechende Band ist mit 604 Seiten recht umfangreich und in der Zusammenstellung der einzelnen Kapitel ungewöhnlich. Neben einer Einleitung (S. 11–32) und einem Schlussteil (S. 393–399) wird die eigentliche Datenauswertung (S. 33–276) ergänzt durch Interviews mit Angehörigen von Opfern (S. 277–316) und als „Nachbemerkungen“ deklarierte Auszüge aus Gutachten und Diskussionen über das Kapitel „Ethnos und Terror“, welche im Vorfeld der Publikation stattgefunden hatten. Der eigentliche Anhang enthält zudem Fotos und statistische Übersichten (S. 401–564), eine Bibliographie, ein Glossar, das Autorenverzeichnis und den Index (S. 573–604).

Die Thematik des Großen Terrors ist an sich gut aufgearbeitet. Seit der Öffnung der Archive Anfang der 1990er Jahre entstanden gewichtige Standardwerke und zahllose Einzelstudien über staatliche Gewalt in der frühen Sowjetunion. (Siehe u.a. Jörg Baberowski: *Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*. München 2004; ders.: *Zivilisation der Gewalt. Die kulturellen Ursprünge des Stalinismus*. Berlin 2005; ders.: *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*. München 2012; ders. / Anselm Doering-Manteuffel: *Ordnung durch Terror. Gewaltexzess und Vernichtung im nationalsozialistischen und stalinistischen Imperium*. Bonn 2006; Jörg Baberowski / Robert Kindler: *Macht ohne Grenzen: Herrschaft und Gewalt im Stalinismus*. Frankfurt/Main 2014; James Harris: *The Great Fear. Stalin's Terror of the 1930s*. Oxford 2016.) Zugleich bleiben viele Fragen immer noch unzureichend beantwortet, darunter die nach Sinn und Zweck, Planung und/oder Spontanität, Zielgruppenauswahl, rationaler Strategie und subjektivem Faktor und vor allem nach dem Verhältnis von zentralen und regionalen Entscheidern.

Bernd Bonwetsch und Marc Junge sind ausgewiesene Forscher und schließen mit der vorliegenden Arbeit an einen Trend an, den sie selbst gemeinsam mit Rolf Binner durch frühere Projekte initiierten. (Siehe hierzu Rolf Binner / Bernd Bonwetsch / Marc Junge: *Massenmord und Lagerhaft. Die andere Geschichte des Großen Terrors*. Berlin 2009; Rolf Binner / Bernd Bonwetsch / Marc Junge (Hrsg.): *Stalinismus in der sowjetischen Provinz 1937–1938. Die Massenaktion aufgrund des operativen Befehls № 00447*. Berlin 2010; Rolf Binner / Bernd Bonwetsch / Marc Junge (Hrsg.): *Stalinizm v sovetskoj provincii 1937–1938 gg. Massovaja*

operacija na osnovu prikaza № 00447. Moskva 2009.) Sie untersuchen die Massenrepressionen der Jahre 1937/38 in einem regionalen bzw. lokalen Kontext. Im Unterschied zu den sogenannten Säuberungen, die sich vor allem gegen „Abweichler“ in der Kommunistischen Partei, gegen Militärs und gegen Kader im Staatsapparat und in der Wirtschaft richteten und über Schauprozesse auch Teilen der Öffentlichkeit bekannt wurden, blieben die „Massenoperationen“ relativ unbekannt, obwohl sie hinsichtlich der Opferzahlen als auch der gesellschaftlichen Breite den eigentlichen Kern des Großen Terrors bildeten. Die mehrmonatigen Aktionen umfassten die sogenannte Kulaken-Operation (gegen ehemalige Kulaken und andere „antisowjetische Elemente“), die sogenannten nationalen Operationen (gegen nationale Minderheiten und Ausländer) und die Tätigkeit der Miliz-*trojka* gegen sozial marginalisierte und deklassierte Personengruppen (Kriminelle, Obdachlose, jugendliche Rowdies usw.). In diesem Fall stellten die Autoren die Kaukasusrepublik Georgien in den Mittelpunkt, um mit einem statistisch-prosopographischen Ansatz die geretteten Massenquellen der Operationen und die „Stalinschen Listen“ „zum Sprechen zu bringen [...] und ein auf Georgien zugeschnittenes Bild der Verfolgungen im Großen Terror zu zeichnen“ (S. 395). Die vorgelegten Ergebnisse sind dabei durchaus ambivalent.

Zunächst verweisen Bonwetsch, Junge und Reisner in ihrer Einleitung auf den noch begrenzten Forschungsstand zur Geschichte des Großen Terrors in Georgien. Zwar fanden Führungsfiguren wie Stalin und Berija in der internationalen Forschung breite Beachtung, aber nur „die georgische Geschichtsschreibung [thematisiert] die Repressionen der dreißiger Jahre [auch] jenseits der beiden Persönlichkeiten“. „[I]m Vordergrund stehen [hier] die verfolgten georgischen Eliten, wobei die Republik Georgien [...] ausschließlich als Opfer dasteht“ (S. 15).

Ausgehend von einer soliden Skizze des Forschungsstandes in Georgien hinterfragen Junge, Reisner und Bonwetsch dieses Bild und leiten daraus ihre Frage ab, inwieweit Georgier während des Großen Terrors nicht nur Opfer, sondern auch Täter waren und die Parteiführung mit den Säuberungsaktionen möglicherweise auch eigene Ziele verfolgte. Die Quellenlage für die Untersuchung der Massenrepressionen in Georgien ist jedoch durchaus eingeschränkt: Während des georgischen Bürgerkrieges wurden etliche wichtige Archivbestände vernichtet. Es brannte das Gebäude des Geheimdienstes, wo Täterakten der 20er und 30er Jahre sowie die Untersuchungsakten von Personen, die abgeurteilt und später rehabilitiert wurden, aufbewahrt worden waren. Auch Teile des Archivs der Miliz fielen den Flammen zum Opfer (S. 24). So stützen sich die Untersuchungen im Wesentlichen auf die Bestände des georgischen Innenministeriums, welche Dokumente zu nichtrehabilitierten Personen, Erschießungslisten, Teile des Milizarchivs mit normativen Akten und Materialien zu den Massenverfolgungen 1937/38 (Protokolle der Kulaken-*trojka*, Dokumente zu den „nationalen Operationen“ und zur nationalen *trojka*, Protokolle der *dvojka*-Urteile sowie Untersuchungsakten zu den fehlenden Protokollen der Miliz-*trojka*) umfassen. Da im Innenministerium auch das

ehemalige Archiv der KP Georgiens untergebracht ist, fanden sich hier die sogenannten Sondermappen mit Anweisungen zur Durchführung sowohl der Massenaktionen als auch der Schauprozesse gegen leitende Kader, die es ermöglichten, einen Zusammenhang zwischen der Sozial- und Wirtschaftspolitik und der Zielgruppenauswahl herzustellen, sowie Akten der Grundorganisationen des NKVD mit biographischen Daten, die auch Akten der Parteiuntersuchungsverfahren gegen die Täter nach der Entmachtung und Erschießung Berijas 1953 einschließen. Ergänzend konnte auf Akten der Spezialabteilung der Staatsanwaltschaft im Zentralen Archiv für Neuere Geschichte zurückgegriffen werden. Auf der Basis dieser Quellen habe sich den Autoren zufolge „zum ersten Mal die Möglichkeit [ergeben], den Kern des Großen Terrors [...] gemeinsam zu betrachten und außerdem die Wechselseitigkeit mit der Verfolgung der Eliten zu analysieren“ (S. 28).

In den ersten Kapiteln führt Marc Junge in die Spezifik der drei Massenoperationen kurz ein (S. 33–39) und erläutert die Datenbanken (S. 40–46), um sie anschließend quantitativ (25.430 Personen) und qualitativ auszuwerten (S. 47–84). Junge und sein Forscherteam kommen zum Ergebnis, dass bei einer Bevölkerung in Georgien von damals rund 3,4 Millionen Menschen „der Anteil der durch die Massenoperationen und Elitenverfolgungen produzierten Opfer bei mindestens 3% [lag und] die meisten davon (mehr als 90%) [...] Männer zwischen 20 und 69 Jahren“ waren (S. 57). Im Vergleich mit anderen Regionen der Sowjetunion wurden keine wesentlichen Abweichungen hinsichtlich des Umfangs der Verfolgungen und der sozialen Zusammensetzung der betroffenen Gruppe festgestellt, allerdings hätten „nationale Operationen“ eine untergeordnete Rolle gespielt. Dafür sei eine bemerkenswerte Kontinuität bezüglich der Täter festzustellen, was mit dem Netzwerk Berijas erklärt wird. Erweitert wird der vergleichende Ansatz durch den Abschnitt „Regionalisierung der Verfolgungsmacht“ (M. Junge / G. Kldiašvili), der zum Ergebnis kommt, dass der in der Forschung geltende Befund „Entindividualisierung durch Kategorisierung“ erweitert werden müsste durch „Kategorisierung durch Bürokratisierung“ – was bedeutet, dass dem NKVD die Schlüsselrolle bei der Durchführung der Massenoperationen zukam, während der Justiz und der Partei „nur“ eine Mittäterschaft vorzuwerfen ist (S. 125) – eine Schlussfolgerung, die nicht wirklich als neu und überraschend gelten kann.

Auch L. Avališvili kommt in seinem Kapitel über die Durchführung der „nationalen Operationen“ zu keinen grundsätzlich neuen Ergebnissen. Er erläutert das statistische Material zu den einzelnen ethnischen Gruppen (u.a. Polen, Deutsche, Iraner, Griechen, Türken – insgesamt 2.119 Personen), beschreibt vor allem die Verfahrenswege und relativiert für den Fall Georgien die Forschungsthese von der Ethnisierung der Repressionspolitik im Großen Terror (S. 155). Zugleich verweist der Autor darauf, dass die vergleichsweise geringen Opferzahlen unter Berücksichtigung anderer „Operationen“ (insbesondere der „Kulaken- und Milizoperationen“ oder der Entscheidungen des Militärkollegiums der UdSSR) gelesen werden müssen, da zahlreiche Angehörige

ethnischer Gruppen nicht als solche, sondern als „soziale Schädlinge“ oder „Volksfeinde und Spione“ in anderen Kategorien abgeurteilt wurden. Der Autor setzt die Ergebnisse zwar in ein Verhältnis zu den „nationalen Operationen“ in anderen Teilen der Sowjetunion, aber einen ausgewogenen Vergleich mit der georgischen Mehrheitsbevölkerung vermisst man. Diese Kritik gilt insbesondere auch für das zentrale und umfangreichste Kapitel „Ethnos und Terror“ von M. Junge, D. Müller, W. Feurstein und I. Džucha (S. 157–276), welches für Georgien die Frage stellt, „ob er [d. h. der Große Terror] außer politischen, ökonomischen und sozialen nicht auch ethnische oder sogar rassistische bis hin zu genozidalen Komponenten hatte“ (S. 157). In Auseinandersetzung mit entsprechenden Thesen von J. Baberowski, T. Martin, F. Hirsch, N. Naimark, E. Weitz u. a. versuchen sich die Autoren an einer Kontextualisierung der ethnischen Komponente, wobei sie sich von den Schlagworten „ethnische Säuberung im Zentrum des Stalinschen Terrors“ und „wachsende Kriegsgefahr“ lösen möchten, um den Blick auf unterschiedliche Interessen des Moskauer Zentrums und der georgischen Peripherie zu lenken. In die Untersuchung eingeschlossen werden dabei nicht nur a) die Diasporanationalitäten, sondern auch b) die Titulernationalität, also die Georgier inklusive aller Untergruppen mit Ausnahme der Lazen, die in den Akten separat auftreten, c) die Mindertitulernationalitäten, also die Abchazen und Osseten, nicht jedoch die Adžaren, die nicht extra in den Akten erfasst wurden, und schließlich d) die Nationalitäten, die über keinen Staat außerhalb Georgiens verfügen.

Die Auswertungen belegen, dass all diese Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß verfolgt wurden, was zunächst keine Verwunderung hervorruft. Allerdings geht es den Autoren um die Gewichtung von Interessen und Kontexten, deren regionale, spezifisch georgische Komponenten (S. 169), was als Anliegen durchaus gerechtfertigt und dringend notwendig ist. Allerdings entsteht der Eindruck, sich kräftig ‚verhoben‘ zu haben. Ohne ausreichende historische Hintergrundinformationen scheinen die Jahre 1937/38 und damit sowohl die gesamtsovjetsche als auch die georgische Nationalitätenpolitik ohne Vorgeschichte, bleiben die Besonderheiten des Umgangs mit den einzelnen Ethnien fragmentarisch. Nicht zuletzt steht die Fülle an statistischem Material einem Jonglieren mit unterschiedlichsten Vergleichsebenen und den Versuchen, Teilbefunde in alte Theorien und neue Thesen zu zwingen, gegenüber. Gerade diese Überfrachtung, gepaart mit widersprüchlichen Aussagen und gewagten Verabsolutierungen, durch die „in Georgien Nationsbildung stalinscher Prägung zum Glutkern der Massenverfolgung“ (S. 269) gemacht wurde, hat sicher zu zahlreichen Missverständnissen im Projektteam und später in den eingangs angemerkten, äußerst scharf geführten Auseinandersetzung zwischen den deutschen Autoren und georgischen Historikern geführt. Aussagen wie die, dass „die nationale Differenzierung bei den Verfolgungen 1937/38 als der radikale Teil einer langfristigen ethnischen Homogenisierungspolitik durch die Partei und Staatseliten der Zentralregierung des

georgischen Staates aufzufassen“ ist (S. 275), oder die, dass man die weitere Entwicklung einer auf Abstammung gegründeten georgischen Nation „mit der weiten Definition von Eric Weitz als latent rassistisch bezeichnen“ könnte (S. 276), oder die, dass ethnische Minderheiten stark verfolgt worden seien, weil sie sich einer „Georgisierung“ verweigerten oder als Konkurrenten für Georgier ausgeschaltet werden sollten (Abschnitt 11: „Stalinistische Nationsbildung: Ein Ende dem ‚nationalen Zirkus‘“ S. 261–269), konnten in Anbetracht ihrer Brisanz nicht unwidersprochen stehen bleiben. Allerdings sind die Reaktionen darauf (siehe Junge / Bonveč / Mjuller (Hrsg.): *Gruzija v puti. Teni stalinizma*. Moskva 2017, S. 318–393) – die abschließende Stellungnahme T. Blauvelts ist hier die Ausnahme – Dispute in einer äußerst aggressiven Form, die einen selbstkritischen Umgang mit der Vergangenheit vermissen lassen und eher eine Unkenntnis internationaler theoretischer Diskurse und methodischer Standards beweisen. Dieser Abschnitt sei auf jeden Fall all jenen als Lektüre empfohlen, die sich mit Erinnerungskulturen im postsowjetischen Raum befassen und sich selbst an Forschungsk Kooperationen wagen.

Aber neben mangelhafter Sensibilität der Autoren gibt es aufgrund sachlicher Ungenauigkeiten eben auch im methodischen Bereich Schwachpunkte. Bei sehr vielen diskussionswürdigen Aussagen, die hier nicht im Einzelnen angesprochen werden können, aber durchaus Anregungen für vertiefende Forschungen liefern, seien zusammenfassend nur einige Punkte kritisch angemerkt. Zunächst stört die Überfrachtung mit absoluten Zahlen und Prozentangaben nicht nur die Lesbarkeit, sondern es stellt sich auch die Frage, ob es methodisch tragbar ist, von statistischen Daten auf die Motive historischer Akteure zu schließen. Sich auf Datenbanken stützende, gewagte Thesen verlangen nach Kontextualisierung, aber diese fehlt oder bleibt zumindest fragmentarisch. Dem Leser werden zu den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen Georgiens in den 30er Jahren erhebliche Vorkenntnisse abverlangt. Terminologische Fehlgriffe („echte Fürsten“ im Unterschied zu „Adligen“? – „arabischer Adliger“ = *bek?* – „Missionare des Islam“ = *chodž(a)?*) und zu starke Verkürzungen (z.B. im Hinblick auf soziale Strukturen und die ‚politische Vergangenheit‘ von Nicht-Georgiern) verweisen auf Schwächen des historischen Hintergrundwissens der Autoren in Bezug auf die Gesamtregion Kaukasien. Auch über die ‚Netzwerke Berijas‘, die Rivalitäten zwischen diesem und Nestor Lakoba in Abchasien sowie zwischen Tbilissi und Moskau, die ‚personelle Kontinuität des georgischen NKVD‘, die Arbeitsabläufe zwischen Tbilissi als ‚Zentrum an der Peripherie‘ und lokalen Ebenen oder über Kooperationen im transkaukasischen Umfeld – immerhin war Georgien bis 1936 Teil der Transkaukasischen Sozialistischen Sowjetföderation – erfahren wir nichts Genaueres. Hier wäre durch die Erschließung weiteren Quellenmaterials nicht nur eine ‚Personifizierung‘ des Gewaltapparates möglich gewesen, sondern hätte vielleicht die Kritik an den Herausgebern, ‚von statistischen Daten auf vermeintlich rationale Motive historischer Akteure zu schließen‘

(Andreas Oberender: *Rezension zu: Marc Junge / Bernd Bonwetsch (Hrsg.): Bolschewistische Ordnung in Georgien. Der Große Terror in einer kleinen kaukasischen Republik. Berlin, Boston 2015*, in: *Historische Zeitschrift* 304 (2017) 1, S. 279–280; DOI: <https://doi.org/10.1515/hzhz-2017-1064> [letzter Zugriff: 21.10.2019].), abgeschwächt werden können.

Dieser grundsätzliche Zweifel an der vom Forscherteam unter Marc Junge und Bernd Bonwetsch gewählten Methode muss die Ergebnisse in Frage stellen. Er schmälert die gewaltige und äußerst verdienstvolle Arbeit, die vom Forscherteam bewältigt wurde. Die vorliegende Studie und die entstandenen Datenbanken sind auf jeden Fall eine wichtige Basis für die weitere Erforschung des Großen Terrors sowohl in Georgien als auch – in vergleichender Perspektive – in Kaukasien insgesamt.

EVA-MARIA AUCH
Berlin

Gespannte Verhältnisse. Frieden und Protest in Europa während der 1970er und 1980er Jahre

Hrsg. von Claudia Kemper. Essen: Klartext, 2017. 255 S. = Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedens- und Konfliktforschung, 23. ISBN: 978-3-8375-1696-8.

Den einleitenden Bemerkungen der Herausgeberin folgen Aufsätze zu den Themen „Ost und West in der Abwägung von Freiheit und Frieden“, „Grenzbezüge und Grenzüberschreitungen“, „Organisationsprobleme des Pazifismus“ und „Begriffe und Praktiken“. Zum ersten Themenbereich führt ERNST WAWRA aus, wie Andersdenkende in der UdSSR – der Terminus „Dissidenten“ wird hier bewusst vermieden, um sie von den „Helsinki-Gruppen“ abzugrenzen – sich unter dem Motto „All we need is love“ für Menschenrechte einsetzten und Frieden forderten. Im Detail stellt er die Entwicklung der Moskauer Gruppe „Vertrauen“ dar, die sich – nach der Zerschlagung der nach der KSZE-Schlussakte von 1975 entstandenen Opposition – neu im Zuge des Streits über die Nachrüstung des Westens gebildet hatte und gegen die nukleare Aufrüstung Stellung nahm. Obwohl sie ihre Übereinstimmung mit der amtlichen Politik behauptete, die ständig ihr Engagement für den Frieden betonte, und sich zugleich durch die Anknüpfung von Westkontakten zu schützen versuchte, war sie der Repression ausgesetzt. In Polen erlaubte, wie aus den Ausführungen von ROBERT BRIER hervorgeht, die Lage in der 2. Hälfte der achtziger Jahre die vorsichtige Veranstaltung von Treffen mit internationaler Beteiligung. Dabei zeigte sich, dass die Friedensaktivisten beiderseits

der Systemgrenze in vielerlei Hinsicht unterschiedlich dachten und fühlten. Während sie im Westen zumeist vor allem Kritik an den USA übten, führten sie im Osten das Friedensdefizit primär auf die dortige Parteidiktatur zurück, deren Fehlen sie den Staaten der anderen Seite zugute hielten. Helmut Fehr ergänzt, dass die Friedensaktivisten in den ostmitteleuropäischen Ländern Polen, Tschechoslowakei und Ungarn gegenüber den Pazifisten im Westen skeptisch waren, weil diese, so die Sorge, weithin die Repression im Osten ohne Protest hinnahmen und vor ihr kapitulierten. Frieden sei nur zusammen mit Freiheit erstrebenswert; eine bedingungslose Ablehnung des Militärischen komme daher nicht in Betracht. Als Besonderheit der DDR wird vermerkt, dass das Friedensengagement zur Basis einer sozialen Bewegung wurde.

Während in den vorstehenden Aufsätzen der Ost-West-Konflikt – und damit die zentrale Friedensfrage – immerhin noch als Hintergrund präsent ist, beschäftigen sich die folgenden Beiträge über Friedensgruppen im Westen nur mit ihrer inneren Entwicklung, ihrer Beziehung zueinander und ihrer Kritik am Vorgehen des Atlantischen Bündnisses und seiner Mitglieder, vor allem der USA. JAN HANSEN beschreibt das transnationale gegen die NATO-Nachrüstung gerichtete Netzwerk in der SPD und seitens der amerikanischen Freeze Campaign. Während die Atomwaffengegner in den USA die globale Perspektive im Auge hatten, bezogen sich die Vorstellungen ihrer Gesinnungsfreunde in der Bundesrepublik allein auf Europa. ANNA BIESCHKE befasst sich mit der Rolle der Frauen in der Friedensbewegung und stellt die Frage, ob es dabei eine über die Blockgrenze in Deutschland reichende Öffentlichkeit gab. CHRISTOPH LAUCHT stellt die Entwicklung der antinuklearen Medizinergruppe in den achtziger Jahren dar. Die Ausführungen von DANIEL GERSTER haben die katholische Friedensgruppe Pax Christi zum Thema. Diese entstand zunächst kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich als Laienbewegung, die sich um die Versöhnung mit Deutschland bemühte, mutierte dann zu einer von der Amtskirche getragenen internationalen Organisation, die gegenüber dem kommunistischen Weltfriedensrat einen theologisch-christlichen Standpunkt zur Geltung bringen sollte, und neigte – nicht selten von den kirchlichen Autoritäten missbilligt – seit den sechziger Jahren stärker zu aktuell-politischen, oft kritischen Stellungnahmen zu Themen der westlichen Abrüstungs- und Sicherheitspolitik. Im Nachrüstungsstreit wandte sich Pax Christi vielfach, zunächst vor allem in den Niederlanden und danach ebenfalls in der Bundesrepublik, gegen den Beschluss des Atlantischen Bündnisses, als Gegengewicht zu den bereits dislozierten sowjetischen SS 20-Raketen US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, sofern die UdSSR nicht auf die Bedrohung durch die SS 20 verzichtet. Christian Helm stellt dar, wie sich ein aus Parteimitgliedern der DKP, SPD, Grünen und Aktivisten verschiedener Linksrunden bestehender Kreis im Namen des Friedens für die solidarische Unterstützung der sandinistischen Guerilla in Nicaragua einsetzte, die im Ost-West-Konflikt auf Seiten der UdSSR stand. Christiane Sommia zeichnet den Protest und das Vorgehen einer radikalen niederländischen Gruppe gegen

die NATO-Nachrüstung mit Pershing II-Raketen nach. JANINE GAUMER beschreibt, wie sich aus westdeutschen Protesten gegen atomare Wiederaufbereitungsanlagen eine Entwicklung ergab, deren politisches Resultat die Grünen waren.

Die Autoren stehen den Gruppen, deren Wirken sie beschreiben, mit kritikloser Sympathie für ihre jeweiligen Anliegen gegenüber. Vor allem bei den westlichen Friedensinitiativen geht es nur um den Bezug auf sich selbst: Die Aufmerksamkeit gilt ihrem Innenleben und ihrer Opposition zur atomaren Rüstung der eigenen Seite, ohne dass deren Veranlassung – die Politik und atomare Rüstung der UdSSR – in die Betrachtung einbezogen wird. Auch die östlichen Einflussnahmen auf die Friedensbewegung im Westen bleiben unbeachtet, so dass ein völlig selbstbezogenes Bild ihrer Haltung entsteht und die zugrunde liegenden Auseinandersetzungen völlig einseitig wiedergegeben werden. Bei der Lektüre stören ständig sich wiederholende „gengerechte“ Formulierungen, mit denen die Autoren darauf bestehen, dass das grammatikalisch-formale männliche Geschlecht nicht, wie im allgemeinen Sprachgebrauch üblich, bei Männer wie Frauen umfassenden Aussagen verwendet werden darf, sondern dass das weibliche Element jeweils besonders genannt werden muss. Auf diese Weise kommt es unaufhörlich zu Wortungetümen wie „Bürgerinnen- und Bürgerrechten“ (geschrieben: BürgerInnenrechte) oder „Dissidentinnen- und Dissidentenbewegung“ (DissidentInnenbewegung), wodurch die Lektüre der Aufsätze erheblich erschwert wird.

GERHARD WETTIG

Kommen

Erinnern – Ausstellen – Speichern. Deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Beziehungsgeschichte im Museum

Hrsg. von Dušan Kováč, Miloš Řezník und Martin Schulze Wessel. Essen: Klartext, 2017. 248 S., Abb., Graph. = Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, 47; Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, 21. ISBN: 978-3-8375-1689-0.

Anfang der 1980er Jahre waren es ca. 3.200, aktuell sind es über 6.200 – allein die Anzahl der Museen in Deutschland zeigt die Bedeutung dieser kulturellen Einrichtungen als Orte der Vermittlung von Wissen über einzelne Themenbereiche z. B. der Kunst, der Naturwissenschaften und vor allem der Geschichte. Dabei hat sich die Art der Darstellung in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt, wie die Mitherausgeber

MILOŠ ŘEZNÍK und MARTIN SCHULZE WESSEL in ihrer Einleitung betonen: Die Interaktion mit und die Pluralität von verschiedenen Narrativen stellten das neue Ideal für die museale Inszenierung von Themen dar, mithin stünden kommunikative Prozesse statt Objekten im Mittelpunkt von Ausstellungen: „Geschichte“ werde so „nicht *ausgestellt*, sondern *hergestellt*“ (S. 12). Zugleich stelle diese Art der Vermittlung ein Beispiel für die „Funktion der Geschichte als Konsumgut“ (S. 10) dar, die unter dem Begriff der „angewandten Geschichte“ oder auch *public history* in der jüngeren Vergangenheit ebenfalls verstärkte Aufmerksamkeit erfahren hat. An der Schnittstelle von geschichtskultureller Forschung und Museumsforschung setzte auch eine Tagung der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission im Oktober 2010 in Liberec an, die sich besonders zwei Aspekten des Themas vor dem Hintergrund der komplizierten Beziehungen von Deutschen, Tschechen und Slowaken vor allem im 20. Jahrhundert widmete, nämlich den beziehungsgeschichtlichen – so der Titel des Bandes – und den verflechtungsgeschichtlichen – so der Titel der Einleitung.

Die neun Beiträge des Bandes zeigen eindrucklich auf, wie stark Museen „selbst [als] Akteure im Erinnerungsdiskurs“ (S. 19) wirken. Řezník und Schulze Wessel identifizieren mehrere Leitmotive in der Entwicklung nach 1989 in Ostmitteleuropa, die einander bisweilen widersprechen, aber durchaus nebeneinander existieren. Nach Ende der offiziell vorgegebenen sozialistischen Narrative sollten überarbeitete Ausstellungen in Ostmitteleuropa häufig zu einer „nationales[n] Selbstvergewisserung“ (S. 16) beitragen. Für den Typus der etwa in Ungarn und im Baltikum prominenten „Genozid-Museen“ (ebd.) mit ihren ausgeprägten Opfererzählungen, einer starken Emotionalisierung in Darstellung und Gestaltung und einer dezidiert anti-totalitären Ausrichtung finden sich in Tschechien und der Slowakei dagegen keine Beispiele. In einem gewissen Kontrast zur nationalen Perspektive steht jüngst die Herausarbeitung und Betonung von Ausprägungen von Multikulturalität in der Geschichte als eine gegenwartsbezogene Erzählung, die Beispiele für ein angestrebtes Idealbild gesellschaftlicher Entwicklung in der Vergangenheit sucht. In Verbindung damit lässt sich eine zunehmende Beschäftigung mit grenzüberschreitenden bzw. transnationalen Dimensionen von Geschichte auch in Museen erkennen.

Die Untersuchungen im Band befassen sich vor diesem Hintergrund u. a. mit der Anpassung an neue Rahmenbedingungen im Museumswesen bei bestehenden Einrichtungen oder mit Neugründungen nach politischen Brüchen wie Nationalstaatsentstehung nach dem Ersten Weltkrieg, nach Zweitem Weltkrieg und deutscher Besatzung, im Kontext der Sowjetisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nach dem Umbruch von 1989 sowie in den aktuellen Europäisierungsprozessen.

Zwei Beiträge sind der musealen Darstellung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur gewidmet. JAN BJÖRN POTTHAST stellt knapp die kurzlebige Geschichte des Jüdischen Zentralmuseums in Prag vor – einer Einrichtung, die ab 1941 unter Aufsicht der dem

Reichssicherheitshauptamt unterstellten Zentralstelle für jüdische Auswanderung entstand, mithin als Einrichtung der sogenannten Gegenforschung konzipiert wurde und somit von besonderer Ambivalenz ist. Einerseits entstand hier laut Potthast „die größte Sammlung von Judaika, die es je gegeben hatte“, andererseits war sie ein „Nebenprodukt der Deportationen“ (S. 24) im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren. Die den Deportierten und den per Dekret im März 1942 aufgelösten jüdischen Gemeinden geraubten Wert- und Sakralgegenstände bildeten gemeinsam mit den Sammlungen des 1939 geschlossenen Prager Jüdischen Museums die Sammlungen des schließlich im April 1943 eröffneten Zentralmuseums, das in den von den Nationalsozialisten geschlossenen Synagogen der Josefstadt untergebracht wurde. Für die Ausstellungskonzeption waren jüdische Mitarbeiter verantwortlich, die schließlich zum Großteil jedoch selbst deportiert wurden. KATALIN DEME widmet sich anschließend der Darstellung der jüdischen Vergangenheit nach der Trennung von Tschechien und Slowakei 1993. Im Vergleich der Dauerausstellung der jüdischen Museen in Prag und Bratislava – ersteres die Nachfolgeeinrichtung der von Potthast untersuchten Institution – arbeitet die Autorin das Bemühen der Einrichtungen heraus, „das Bild einer gemeinsamen Vergangenheit zu vermitteln, die die jüdische Minderheit und ihre Mehrheitsgesellschaft miteinander verbindet“ (S. 58). Beide wären jedoch stark durch nationale Blickwinkel und eine ethnozentrische Darstellung geprägt.

An solche Überlegungen anschließend liegt dann im Folgenden ein deutlicher Schwerpunkt des Bandes auf dem musealen Umgang mit inter- bzw. multiethnischen Beziehungen. ANNA HABÁNOVÁ untersucht die museale Präsentation der Werke deutschböhmischer Künstler in Liberec über das gesamte 20. Jahrhundert hinweg – ein weit ausgreifender Ansatz, von dem auch zahlreiche weitere Beiträge des Bandes profitieren, die mithin einen guten Überblick über die wechselvolle Geschichte der untersuchten Institutionen bieten. Habánová konzentriert sich in ihrem Beitrag auf die Erwerbungsstrategien, ohne diese stärker auf die politischen Veränderungen in diesem Zeitraum zu beziehen. Deutlich wird jedenfalls die Fragwürdigkeit der zeitgenössischen Versuche, die erworbenen Werke nach nationalen Kategorien einzuordnen – Künstler von vergleichbarer Herkunft firmierten hier teilweise als „Deutsche“, teilweise als „Tschechen“. ELENA KURINCOVÁ und ELENA MANOVÁ analysieren die Versuche, Bratislava museal als eine multiethnische Stadt zu inszenieren, wobei sie das Ausstellungsprogramm des Stadtmuseums seit dessen Gründung 1868 darstellen und einordnen. Die mannigfaltigen Inklusions- und Exklusionsprozesse über die historischen Umbrüche des 20. Jahrhundert hinweg angemessen darzustellen, sehen sie zu Recht als eine schwierige Aufgabe, die trotz aller Bemühungen, „soziale und ethnische Gruppen [zu berücksichtigen], die zuvor bewusst aus dem Gedächtnis der Stadt verdrängt wurden“ (S. 118), noch weiterer Anstrengungen bedarf.

Das deutsch-böhmisch-tschechisch-sudetendeutsche Beziehungsgeflecht wird in den Beiträgen von MARITA KRAUSS sowie von KRISTINA KAISEROVÁ und MIROSLAV

KUNŠTÁT thematisiert. Krauss stellt ein 2007/08 von ihr erarbeitetes, letztlich nicht vollständig realisiertes Konzept für das Sudetendeutsche Museum in München vor. Basis für die Ausstellung sollte die Darstellung einer „Alltagsgeschichte des Zusammenlebens“ (S. 135) sein, um den Blick auf die Beziehungsgeschichte jenseits der politischen Beziehungen zu lenken. Auf der Grundlage von Zeitzeugeninterviews sollten Empathie und Verständnis geschaffen werden, um einen Dialog über die Themenkreise „Heimat, Grenzen, Loyalitäten, Migrationen, Bruch und Austausch“ (S. 128) zu ermöglichen. Das entsprechende Zeitzeugenprojekt wurde ab 2008 umgesetzt und hat mehrere deutsch-tschechische Publikationen hervorgebracht. Deziert mit eingeschlossen war die „jüdische Dimension“ der Beziehungsgeschichte (S. 146) – ein Aspekt, der auch im von Kaiserová und Kunštát diskutierten Projekt des Collegium Bohemicum in Ústí nad Labem zum Tragen kommt, wenn auch weniger prominent. Nach langen Diskussionen, die seit den 1990er Jahren oft im Schatten der deutsch-polnischen Debatten geführt wurden, ist der Ausbau der Forschungsstelle, die 2007 ihre Tätigkeit begann, zu einem „Museum der Deutschen in den böhmischen Ländern“ (S. 138) – durchaus in Reaktion zu den Vorbereitungen für das Sudetendeutsche Museum – mittlerweile konzeptionell erarbeitet. Neben der Betrachtung der Konflikthaftigkeit von Geschichte soll auch hier „in Erinnerung [ge]rufen [werden], dass das Kulturerbe der böhmischen Länder auch von der deutschsprachigen Bevölkerung geprägt wurde, die dort über Jahrhunderte zuhause war“ (S. 144).

Aspekten der slowakisch-deutschen Beziehungen sind dann wiederum die Beiträge von IVAN KOČÁK und MAREK SYRNÝ sowie von MICHAL SCHVARC gewidmet. Kočák und Sýrný zeigen die sich wandelnde Darstellung Deutschlands bzw. „der Deutschen“ im Museum des Slowakischen Nationalaufstands im zentralslowakischen Banská Bystrica vor dem Hintergrund der Geschichte der Ersten Slowakischen Republik, des Aufstandes gegen die Okkupation durch NS-Deutschland und die Beziehungen zu den deutschen Minderheiten wie den Karpatendeutschen. Auch hier haben sich seit 1989 neue Narrative etabliert, die „sowohl die Strukturiertheit der deutschen Gesellschaft und des nationalsozialistischen Machtapparates wie auch die Komplexität der Beziehungen und die unterschiedlichen Reaktionen einzelner Gruppen der deutschen Bevölkerung auf die nationalsozialistische Politik bereits wesentlich differenzierter erfass[en]“ (S. 226), als dies in den Zeiten der ČSSR der Fall war. Schvarc untersucht daran anknüpfend museale Inszenierungen sowohl der deutschen Minderheit selbst als auch der slowakischen Seite, und zwar vom letzten Drittel des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Am Beispiel des Museums der Kultur der Karpatendeutschen in Bratislava – als Teil des Slowakischen Nationalmuseums eine vergleichsweise kleine Einrichtung mit überschaubaren Sammlungsbeständen – zeigt der Autor die Bedeutung fachlicher Forschung für eine Aktualisierung überkommener Erzählungen zwischen „ideologische[n] Konstruktionen“ und „wissenschaftliche[n] Herangehensweisen“ (S. 240).

Neben dem Beitrag von Potthast widmet sich eine weitere Untersuchung dezidiert dem musealen Umgang mit der NS-Zeit, die in anderen Beiträgen als Teilaspekt natürlich stets präsent ist. Unter dem Dreiklang „Aufarbeiten – Erinnern – Ausstellen“ beschäftigt sich BORIS BÖHM – selbst an einer Gedenkstätte als besonderer Form einer musealen Einrichtung tätig – mit dem nationalsozialistischen Euthanasie-Programm. Nach einer Zusammenfassung der historischen Ereignisse rekapituliert er kurz die Arbeit einer länderübergreifenden, deutsch-tschechisch-österreichischen Arbeitsgruppe zur Erforschung der Auswirkungen des Programmes im Sudetenland, in Böhmen und in Mähren. Als Resultat wurde u. a. eine Ausstellung erarbeitet, die sowohl in Tschechien wie in Deutschland gezeigt wurde und als gelungenes Beispiel für eine grenzübergreifende Auseinandersetzung mit schwierigen Kapiteln der gemeinsamen Geschichte gelten kann.

Ergänzt wird der Band, der über ein Personen- und Ortsregister gut erschlossen ist, durch den Abdruck eines Debattenbeitrags aus der Entstehungszeit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, an dem u. a. Schulze Wessel federführend beteiligt war. Hier zeigt sich ein Nachteil der langen Entstehungszeit des Bandes, ist doch dieser Debattenbeitrag – zumal in tschechischer, slowakischer und polnischer Übersetzung – seit 2010 online verfügbar und dort viel besser in seinen Entstehungszusammenhang einzuordnen (vgl. URL: <https://www.hsozkult.de/text/id/texte-1350> [letzter Zugriff: 21.10.2019]). Ergänzend werden dann noch die initialen Leitlinien für die Ausstellungsarbeit der Stiftung, die mittlerweile konkretisiert und weiter ausgearbeitet wurden, abgedruckt. Eine Kontextualisierung und Diskussion dieser beiden Texte unterbleibt jedoch, so dass ihr Abdruck hier auch angesichts der anderweitigen Verfügbarkeit nicht einmal aus dokumentarischen Gründen sinnvoll erscheint. Daneben wurden die Aufsätze zu unterschiedlichen Zeitpunkten zwischen 2010 und 2016 letztmals bearbeitet. Insofern wurden manche Beiträge bereits von der weiteren Entwicklung überholt. Die Ausführungen von Krauss sowie von Kaiserová und Kunštát sind „schon selbst wieder Geschichte“ (S. 119) und stellen Dokumente für die Konzeptions- und Entstehungsphase der dort behandelten Einrichtungen dar – ein Effekt, der nicht intendiert gewesen sein dürfte, in diesem Fall aber eine Kontrastierung mit dem aktuellen Stand der Projekte ermöglicht.

MARTIN MUNKE

Dresden

Велики рат – Der große Krieg. Der Erste Weltkrieg im Spiegel der serbischen Literatur und Presse

Hrsg. von Gordana Ilić Marković. Wien: Promedia, 2017. 272 S., 42 Abb.
ISBN: 978-3-85371-368-6.

Neben Trommelfeuer, Stacheldraht und Schützengräben blieben vom Ersten Weltkrieg vor allem auch jene Männer in Erinnerung, welche die Schrecken, die sie an der Front erlebten, in literarische Form gossen. Seien es die Romane von Erich Maria Remarque oder Henry Barbusse, welche fester Bestandteil des Literaturkanons deutscher und französischer Schulen sind, oder die berühmten Gedichte eines Siegfried Sassoon oder Wilfried Owen: Zumindest in Westeuropa stellen Weltkriegstexte eine weit über die akademische Welt hinaus bekannte literarische Gattung dar. Ein gänzlich anderes Bild bietet sich weiter östlich, an den vergessenen Fronten des Ersten Weltkrieges. Selbst ausgewiesene Experten dürften in Verlegenheit geraten, würden sie nur nach einer Handvoll Schriftsteller gefragt werden, welche ihr Handwerk auch noch in den endlosen Schützengräben zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ausübten. Die Gründe für diesen schwarzen Fleck der Forschung liegen mitnichten im Fehlen passender Quellen – die fälschliche Annahme, dass die Millionenheere, welche in Ost- und Südosteuropa kämpften, quasi ausschließlich aus Analphabeten bestanden und keine literarischen Zeugnisse hinterließen, ist längst widerlegt –, sondern mehr in nationalen Forschungslandschaften, welche weitestgehend isoliert vom Westen in ihrer eigenen Landessprache arbeiten und publizieren. Nur selten schaffen es herausragende Werke wie *Der vergessene Weltkrieg* der polnischen Historiker Włodzimierz Borodziej und Maciej Górný zu einer Übersetzung ins Deutsche oder Englische. Mit dem hier zu besprechenden Werk liegt nun erfreulicherweise ein neuer Sammelband zu einem wenig beachteten Nebenkriegsschauplatz in deutscher Sprache vor. Grund genug also, das Werk eingehender unter die Lupe zu nehmen.

Als erste positive Auffälligkeit ist die klare Strukturierung zu nennen: Das Buch ist in zwei Teile gegliedert, welche sinnvoll aufeinander aufbauen. Der erste Teil, der ungefähr ein Drittel des Buches ausmacht, führt den Leser mit einer Reihe von Aufsätzen an die Thematik heran, der Rest des Werkes besteht aus thematisch geordneten Ausschnitten aus verschiedensten Quellen, etwa Tagebüchern, Romanausschnitten oder Nachrichten aus Zeitungen. Der Leser soll so, nachdem er sich zunächst einen theoretischen Überblick über die Entwicklungen an der serbischen Front machen konnte, nochmals die Möglichkeit gegeben werden, die Geschehnisse anhand von Zeitzeugnissen nachzufühlen. Davon abgesehen bietet sich Historikern auch ein interessanter Fundus an ins Deutsche übersetztem serbischen Quellenmaterial, welcher in dieser Art bis dato einzigartig ist. Konzeptionell ist die Arbeit also sowohl für interessierte Laien als auch akademische Forscher interessant.

Auf Kommentare zu den Quellen seitens der Herausgeber wird indessen weitestgehend verzichtet. Man vertraut scheinbar darauf, dass das Rüstzeug, welches eingangs geliefert wird, zur Interpretation der Quellenbeispiele ausreicht. Umso wichtiger ist also, die Qualität der einführenden Aufsätze genauer zu betrachten.

Den Anfang macht die serbische Slawistin GORDANA ILIĆ MARKOVIĆ, welche auch als Herausgeberin des Sammelbands fungierte, mit ihrem Aufsatz „Ich mied es, mich zu erinnern. Schriftsteller, Künstler und Journalisten im Krieg“. Marković folgt dabei weniger einer konkreten Fragestellung, sondern liefert vielmehr ein Inventar aller serbischen Schriftsteller, Musiker, Maler, Filmschaffender und Pressearbeiter, welche in irgendeiner Art und Weise während des Krieges schöpferisch aktiv waren – beiderlei Geschlechts wohl bemerkt. Die kurzen Biographien sind zwischen einer halben und maximal einer ganzen Seite lang und liefern einen exzellenten Überblick über die eigentlichen Protagonisten des Buches. Selbstredend finden sich auch viele davon im zweiten Teil des Buches wieder, weshalb man von einem sehr gelungenen Einstieg sprechen kann.

Es folgt der serbische Historiker und Politikwissenschaftler MILE BJELAJAC mit seinem Beitrag „Serbien im Ersten Weltkrieg“. Wie der schlichte Titel bereits andeutet, liefert der Autor eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse unmittelbar vor Kriegsausbruch und während der folgenden vier Jahre des Kampfes. In seiner Darstellung der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand und ganz allgemein in der Behandlung der Frage nach dem Beitrag Serbiens zum Kriegsausbruch erweist sich Bjelajac allerdings als etwas zu parteiisch. Serbien habe zu keiner Zeit einen Konflikt gewollt oder gar provoziert, so die Grundaussage des Aufsatzes. Auch die Bezeichnung des Rückzuges der serbischen Armee nach Albanien als „Golgotha“ hinterlässt den Eindruck, dass der Autor etwas die kritische Distanz zu seinem Forschungsobjekt vermissen lässt.

Abschließend kommt noch der österreichische Historiker ANTON HOLZER zu Wort, dessen vielfach zitierte Werke zur Ostfront *Das Lächeln der Henker: Der unbekannteste Krieg gegen die Zivilbevölkerung 1914–1918* und *Die andere Front. Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg* inzwischen in jeder gut sortierten Universitätsbibliothek stehen. Auch der hier vorliegende Aufsatz „Schüsse in Šabac. Die Massaker an der Zivilbevölkerung 1914“ enttäuscht nicht und liefert einen fundierten Überblick über den vielfachen Bruch des Kriegsrechts seitens der österreichisch-ungarischen Streitkräfte unmittelbar nach dem Einmarsch in Serbien. Holzer spricht in diesem Zusammenhang gar von der Möglichkeit eines systematischen „Vernichtungskrieges“ gegen die Serben, welche allerdings noch weiterer Untersuchung bedürfte.

Mit kleineren Abstrichen kann man also von einer gelungenen Einführung in die Thematik sprechen, welche den Leser gut auf die restlichen Kapitel des Buches vorbereitet. Bezüglich letzterer soll an dieser Stelle nicht weiter ins Detail gegangen werden, da die Quellenauswahl – vom Tagebucheintrag eines deutschen Feldmarschalls

bis zu Todesanzeigen in Belgrader Tageszeitungen – doch recht heterogen ausfiel. Soviel sei allerdings gesagt: Das Material wurde treffend gewählt und bietet trotz oder gerade wegen des oft sehr düsteren Inhalts eine lesenswerte Lektüre. In diesem Sinne kann ich „Велики рат – Der große Krieg“ jedem an der Thematik Interessierten nur ans Herz legen und dem Buch eine große Verbreitung und positive Resonanz wünschen.

JEREMIAS D. SCHMIDT
Regensburg

Predstavitel'nye instituty v Rossii v kontekste evropejskoj istorii XV – seredina XVII v.

[Repräsentative Organe in Russland im Kontext der europäischen Geschichte (15. – Mitte 17. Jahrhundert)]

Sost. Vladislav D. Nazarov. Moskva: Drevlechranišče, 2017. 315 S., Tab. ISBN: 978-5-93646-299-3.

In October 2013, the German Historical Institute in Moscow and the Institute of Universal History of the Russian Academy of Sciences held a conference devoted to the late medieval and early modern representative institutions of Russia and the rest of Europe. Of the 52 abstract submitters (two of them not on the program), five came from Western and Central Europe (one originally from Belarus), one each from Belarus and Ukraine, and the other 45 from Russia, mostly Moscow. Two contributions concerned theory and terminology, one covered Europe in general, 12 covered the majority of Europe to the west of Poland, four covered Lithuanian Rus', and one the entire region of the Livonian War. Of the contributions on Russia, three focused on the period before the *Smuty* (Time of Troubles – understood as the period from 1598 to 1619), four on the time after the *Smuty*, three partially addressed the *Smuty*, and 21 concentrated solely on the *Smuty*, including two based on foreign reports and 13 on specific regions. Thus, the conference's three main areas of focus were the variety of late medieval and early modern European experiences, the *Smuty*, and Russia's early modern regional history.

Unfortunately, only 28 of the presentations were published in the volume under review, though all of the extended abstracts or *tezisy* – most with footnotes – are found in the 200-page conference book (*Soslovnoe predstavitel'stvo v Rossii v kontekste evropejskoj istorii [vtoraia polovina XVI – seredina XVII vv.] [...]. Tezisy dokladov.* [Corporate representation in Russia in the context of European history (second half of the 16th century to the mid-17th century) (...). Abstracts of lectures.] Moskva 2013). Among the

24 missing items, seven are relevant in terms of providing a comparative perspective on the Russian experience, including those on the territory of the Livonian War, the late Tudor succession issue, the Navahrudak *seimiki* (dietines) from 1598 to 1613, the 17th century Holy Roman Empire, 17th century Spanish and French ecclesiastical taxes, and the workings of the 16th–17th century Hungarian Diet. Also absent from the volume are the articles on Sibir' and the Middle Volga region, one on Vladimir, one on the southern districts of Russia, two on Nizhnii Novgorod during the *Smuty*, and one on the interplay between the state and local *zemskie miry* (land assemblies) during Vasilij Shuiskii's reign (1606–10).

In lieu of a substantial framing introduction, the volume's first four essays present contrasting approaches, which help the reader to place the subsequent information and analysis of Russia's institutions within a European context. NINA A. KHACHATURIAN's comparisons cover a wide range of perspectives arguing that the representative institutions had both variety and individuality, which both fostered and obstructed modernization via consolidation and particularism. The volume's lone and contrarian attempt to generate *Begriffsgeschichte*, MIKHAIL A. BOITSOV explores and debunks the entire notion of medieval *soslovno-predstavitel'nye instituty* (corporative-representative institutions), which was actually developed by late-Imperial liberal scholars. He claims instead that the deputies may have assembled before general sessions in the form of "houses", "chambers", or "curias", but they still represented particular entities, and the very notion of *soslovie* (estate) representation did not exist in medieval or early modern Europe. For ARNO STROHMEYER, however, *Stände* or estates stand at the core of the early modern Habsburg institutions, which he depicts as not only part of opposition movements in the four crown lands under scrutiny, but also emerging as sovereign in the Dutch States General. His concluding focus on political contractual theory and practice across Europe invites us to draw an analogy with the never mentioned Ukrainian Hetmanate, if not with Russia. However, SERGEI E. FEDOROV's generalizing description of England's bicameral parliamentary system and the systems in Scandinavia and Eastern Europe (neither of which have a Roman legacy), which he contrasts with *soslovie* (estate) systems elsewhere in Europe, is unconvincing. The volume's only other West European contribution by CORNELIA SOLDAT brings into play the four extant German printed *Flugschriften* about Russia issued in 1595, 1606, 1610, and 1614, and she notes that three of these marketed informative and disinformative propagandistic leaflets mentioned a royal council of sorts.

The volume's four Russian contributions on different Western European phenomena are thoroughly researched and soundly reasoned. Basing her contribution heavily on archival and printed original sources, ANNA A. ANISIMOVA carefully reconstructs the 14th–15th century use of appeals to Parliament by the elites of what later became Plymouth in the acquisition of full borough rights for this rising port on lands formerly under the control of the chief of the local abbey and secular manor.

ANNA A. MAIZLISH focuses on the 14th–15th centuries, analyzing the interplay between rival Burgundian and Imperial dynastic ambitions and regional estates, especially Flanders and Brabant, in the process of the founding of the Netherlands States General. SUSANNA K. TSATUROVA analyzes the interface between the French Estates General and the Parlement de Paris in the 14th–16th centuries, and describes how the latter came to see itself both as representing French society and as the guardian of monarchical legitimacy, and even exercised state power in the early 1400s, a period analogous to Russia's *Smuty*. Finally, a historiographical review by ANASTASIIA A. PALAMARCHUK depicts the specifics of late medieval–16th century Scotland's unicameral but three-estate parliament, the distinct Lords of the Articles, the sometimes distinct Court/Parliament of the Four Burls, and the fully separate MacDonald clan-dominated Council of the Isles, as well as the consistent non-participation in any of these bodies by the clan-run highlands.

The volume's three excellent native contributions on the Grand Duchy of Lithuania demonstrate the similarities and differences between Western Rus' and Muscovy in terms of overall development, although the contribution lacks specific comparisons. With recourse to the Lithuanian Metrika and reproductions of registers from 1440–92, ANDRII V. BLANUTSA explains how the chronically under-funded Lithuanian crown used land grants (94 in Smolensk, as if pre-figuring Moscow's Novgorod policies – but not stated as such) and delegated full authority to the frequently changing governors (entitled *namestnik*, *starosta*, or *derzhavets*) in order to maximize income, military service, and eastern border defense. Blanutsa does not, however, mention the Grand Duchy's *seim* (parliament) in his contribution. NINA A. SKEP'IAN illuminates the complex interplay between crown, magnates, and *shliakhta* (gentry); the offices of the senior clerk (*pisar'*), the vice-chancellor, and the Vilnius and Troki *voevody* (voivodes); the Lithuanian Statutes and the Union of Lublin; and the *pany-rada* (Council of Lords) and *seimiki* (provincial assemblies) – and the relationship of all these bodies with the office of the chancellor in the Grand Duchy over the course of the 16th century. Further, tracing the development of the *seim* and the *seimiki*, and their interface with interconfessional relations in the Grand Duchy, ANASTASIIA A. SKEP'IAN shows how Orthodox *shliakhta*, though excluded from the highest posts – which required conversion to Catholicism – retained their religion, political participation, and influence into the 1650s.

As for Muscovy's *zemskie sobory* (land/state assemblies), BORIS N. FLORIA provides a systematic account of the rise and decline of *sobor* participation in imposing and collecting extraordinary taxes in Russia from 1612 to 1682, and notes, *inter alia*, the unusual role of three archimandrites as *sobor* delegates and tax collectors in 1614. ANDREI P. PAVLOV's contribution depicts the attendees of the *sobory* who elected Mikhail Romanov in early 1613 and those who signed the loyalty pledge in May, showing the fluidity of this institution and its socially variegated delegates. He highlights that Cossacks and Moscow commoners forced the *sobor* to select Mikhail rather than the

(anti-Polish) pro-Swedish candidate favored by the predominating servicemen from southern and western town districts in attendance. Appending an unpublished *pomestnyi prikaz* (service estate office) threat to confiscate service lands as a penalty for missing combat assignments, DMITRII S. LISETSEV demonstrates how administrative documents shed new light on the 1614 *sobor*. TATIANA A. LAPTEVA then specifically elucidates the role of provincial *vybornye dvoriane* (select court-men) and *deti boiarskie* (servicemen) and their attempts to standardize and enforce service and tax obligations via the summoning and actions of the *sobory* after the *Smuty*, and especially following the death of Patriarch Filaret in 1633 up until 1648.

Despite the visible role of ecclesiastics in Russian politics at the time, the Church receives only modest attention in the volume. ANDREI S. USACHEV meticulously identifies the bishops and abbots in attendance at the Moscow synod (*Osviashchennyi sobor*) of 1556, as well at the *zemskii sobor* of the same year. Examining the participation in *sobor* activities of a specific churchman, DMITRII G. DAVIDENKO places the role played by the Greek immigrant Arsenii Elassonskii (of Thessaly) during the years 1598–1613 in the context of the ranking, staffing, and property of Moscow cathedrals, as well as the fortunes of the patriarchate.

Contributions about the regions take a different approach, with mostly locally based scholars enabling the reader to view a good deal of history ‘from below’, or at least from the middle. ELENA N. SHVEIKOVSKAIA recapitulates the rise and flourishing of local self-governing institutions and *miry* (plebeian assemblies) in the Russian North during the mid-16th–mid-17th century, noting, *inter alia*, the instructions to the Dvina region in late 1612 to form a socially mixed delegation: five clergy, five *streltsy* (musketeers), and 20 townsmen and rural folk – as if the plebeians themselves were divided into three estates. ANNA L. KHOROSHKEVICH’s essay on the *mélange* of Russians (servitors and peasants), Mordvinians, service Tatars, “Lithuanians”, and Livonian Germans involved in regularizing service lands and increasing enserfment in the Arzamas region, c. 1580–1610, sheds light on the nature of *sosloviia*, but does not provide any insights into representative institutions. Without exploring the causes of class antagonisms in southern Severia, but, similar to several other Russian scholars in assuming the aptness of the term “corporation” to cover the service strata, IGOR’ O. TIUMENTSEV credits the comparatively larger group of soldiers (including Cossacks), more weakly developed urban-civilian element, and thinner layer of *vybornye dvoriane* for the weaker representative institutions there in 1604–05 – this, except for the peasant assemblies, which defected from Tsar Boris Godunov to the Pretender Dmitrii. ANATOLII L. GRIAZNOV and ANNA N. GUSLISTOVA identify the 12 and 22 men (among the latter, three *zemskie tseloval’niki* (police-judicial officials), three “best”, seven “middle”, and seven “younger” men) from their city of Vologda, who signed, respectively, the 1608 appeal to neighboring Tot’ma (and then to Velikii Ustiug, Sol’ Vychegodsk, Viatka, and Perm’) and the 1618 petition for tax relief – thereby indicating the social and geographic inclusivity of this form of

local urban activism. LIUDMILA B. SUKINA's account of the role of her city Pereiaslavl'-Zaleskii's (then 300-year old) herring homage ritual in Jan Sapeha's futile appeal to the local Cossacks and young gentry to support Moscow and the Poles in 1611 sheds light on regional, social, and political divisions but again does not enhance our understanding of representative institutions. Accompanied by three useful tables regarding the distribution of tax burdens and collection duties in Novgorod under Swedish occupation (1611–1617), ADRIAN A. SELIN's contribution depicts the interface between local self-governing bodies and a society he views as too complex and variegated to refer to the strata as *sosloviia* (although, to rejoin Moscow, Novgorod sent a delegation headed by an archimandrite with two *dvoriane* [court servitors] and two delegates from the civilian-urban *posad* – that is, a delegation of clergy, nobility equivalent, and burgers). PAVEL V. CHECHENKOV places the two May 1613 *sobor* signatories from his city Nizhnii Novgorod (the preeminent *vybornyi dvorianin* and the brother of the *streltsy* captain) in the context of the known prosopography and allotted landholdings of the local servicemen. ANDREI V. BELIAKOV argues that the peaceful inclusion of clan-dominated eastern Meshcheriia into Muscovy explains why four Tatars (or three Tartars and a Mordvinian) signed the May confirmation in Tatar, the only example of service “foreigners” (i.e., non-Orthodox) participating in a *zemskii sobor*. From Rostov-na-Donu, NIKOLAI A. MININKOV reviews Don Cossack-Moscow relations and precisely how this host influenced the *sobory* of 1613 and 1642 without directly participating in them. From Voronezh, VLADIMIR N. GLAZ'EV illuminates the problems of the southern border towns and the selection of their *zemskii sobor* deputies in the 1630s and 1640s, as well as their remuneration for attendance and their often successful service careers.

In sum, the volume under review (improved when supplemented by the 2013 conference book) contains a great deal of useful original source-based information and interpretive food for thought, marred only by the poor English in the translated summaries in the appendices.

DAVID GOLDFRANK
Falls Church, VA

Oleg A. Nikonov

Politika Rossijskoj Imperii na Srednem Vostoke vo vtoroj polovine XIX v. Monografija

[Die Politik des Russländischen Reichs in Mittelasien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Monographie]

Moskva: Prometej, 2015. 142 S. = Istorija Rossii do 1917 goda. ISBN: 978-5-9905886-8-4.

Seit Zar Paul I. 1801 den Befehl zur Invasion Britisch-Indiens gegeben hatte, war in London und Bombay die Sorge vor einem russischen Angriff niemals zur Gänze gewichen. Tatsächlich stieß das Russländische Imperium ab 1822 in die kasachischen Chanate vor; nach dem Krimkrieg folgten die Einnahme und Errichtung der Protektorate von Kokand, Buchara und Chiva 1864–1876 sowie die Eroberung Turkmenistans 1881–1885. Zu Beginn des Jahrhunderts noch über 2000 Kilometer voneinander getrennt, näherten sich so die beiden Imperien bis auf den 17 Kilometer breiten Wakhan-Korridor an. Wenngleich mehrere britisch-russländische Abkommen zur Demarkation der afghanischen Grenze geschlossen wurden, dauerte es bis nach dem Russländisch-japanischen Krieg, dass ein dauerhafter Ausgleich erzielt werden konnte.

Das für das ‚lange 19. Jahrhundert‘ kennzeichnende *Great Game*, also der Wettlauf zwischen dem British Empire und dem Russländischen Reich um Verbesserung der strategischen Position in Zentralasien, erfreut sich seit einigen Jahren wieder großer Beliebtheit als Forschungsobjekt, wie beispielsweise Rudolf A. Marks *Krieg an fernen Fronten*, M. Nijazmatovs *Rossija na vostoke* und schließlich Evgeny Sergeevs *The Great Game*, aber auch Ulrich Hofmeisters Studie über Konstantin von Kaufmann, den Generalgouverneur von Russisch-Turkestan, illustrieren. Zum Islam im Russländischen Imperium ist Robert Crews' *For Prophet and Tsar* aufschlussreich.

Oleg A. Nikonov widmet sich Russlands Politik in Zentralasien, Afghanistan und insbesondere Persien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Schwerpunkt auf den 50er bis 80er Jahren. Dem Iran, dessen Norden nach dem Russländisch-persischen Krieg und dem Frieden von Turkmančai 1828 von der russländischen Politik in einen „Aufmarschplatz für das politische und kommerzielle Vordringen Russlands in die östlichen und südlichen Provinzen des Iran, die transkaspischen Chanate, Afghanistan und die zentralasiatischen Gebiete“ umgewandelt wurde (S. 5), kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu. Die Etablierung Russlands als einzige Militärmacht im Kaspischen Meer und die Einrichtung eines regelmäßigen Schiffsverkehrs ebenda im Jahr 1844 schufen die Voraussetzung für die Ausweitung der Aktivitäten russländischer Unternehmer in den Mittleren Osten. Diese Entwicklung wurde noch dadurch begünstigt, dass der Schah den russländischen Unternehmern auf Drängen des zarischen

Botschafters Privilegien, beispielsweise für den Handel mit Eisen, Stahl, Kupfer, Kristall, Porzellan, Emaille, Papier und Textilien, gewährte.

Dennoch blieb die zarische Politik bis zum Krimkrieg laut Nikonov relativ ineffektiv (S. 24). Erst infolge der Errichtung der nötigen Transportinfrastruktur und auch des Exports fachlicher Kompetenz konnten die Beziehungen zu lokalen Notablen, obschon nicht ohne Rückschläge (S. 29), intensiviert werden. Doch selbst dann wollten sich die persischen Machthaber nicht widerstandslos zu Marionetten der Petersburger Regierung degradieren lassen, was zu einer Abkehr vom prorussländischen Kurs in Teheran führte.

Der Krimkrieg, der vom Schah provozierte Britisch-Persische Krieg 1856/57 und die Expansion Russlands in Zentralasien vertieften die russländisch-britische Konkurrenz. Zwar bewahrheitete sich die Einschätzung Alexanders II., dass Russland sich auf einen neuen Krieg gegen England, und zwar in Asien, vorbereiten müsse, nicht. Doch begann man, wie damals der russische Orientalist A. E. Snesev feststellte, in Russland zu erkennen, dass „das in unserer Nähe befindliche Indien eine gigantische Trumpfkarte in unserer Hand darstellt und dass wir dank dieser geographischen Gunst des Schicksals gigantischen Einfluss auf England ausüben können und zwar allein, indem wir seine wertvolle Kolonie bedrohen“ (S. 72). Die Annexion von Kokand infolge des Aufstandes von 1875/76 war ein Beitrag dazu, und der zarische Botschafter in London, Graf P. Šuvalov, schrieb: „Wir müssen England Schlag um Schlag versetzen. Wenn wir uns bisher einer Expedition nach Merv enthalten haben, so nur, um einen Bruch mit [England] zu vermeiden.“ (S. 79). Bekanntlich hielt diese Enthaltensamkeit nicht lange an.

Nicht unbeteiligt an der neuen Verschärfung der anglo-russländischen Spannungen Ende der 1880er Jahre war wohl der Umstand, dass St. Petersburg, wie Nikonov zeigt, Depeschen des österreichisch-ungarischen Militärattachés in Bombay abgefangen hatte, welche die Stärke der britischen Armee in ganz Indien mit gerade einmal 50.000 Mann bezifferten, die überdies vor allem Verwaltungsdienst verrichteten und „mit Soldaten im europäischen Sinn nichts gemein“ hätten. Diese Zahl lag deutlich unter den bisherigen Annahmen. Alexander III. notierte: „Wenn sich dies im Zuge einer Überprüfung nur zur Hälfte bewahrheitet, können wir unseren Ton in den Verhandlungen mit England über asiatische Fragen völlig ändern.“ (S. 113 f.). Tatsächlich gerieten beide Imperien in den folgenden Jahren noch an den Rand eines Krieges, bevor der Ausgleich von 1907 erreicht wurde. Nikonov meint, dass erst „die harte Politik des [Russländischen] Imperiums [...] nach dem Berliner Kongress den Anfang der politischen Annäherung zwischen den Gegnern ermöglicht“ (S. 131) habe. Das ist durchaus mit Einschätzungen britischer Historiker wie Keith Neilson vereinbar, der die britischen Ausgleichsbemühungen gegenüber Russland mit der mangelnden Fähigkeit Londons, Britisch-Indien zu verteidigen, begründete (Keith Neilson: *Britain and the Last Tsar. British Policy and Russia 1894–1917*. Oxford 1995, S. 367–371). Hingegen ist auch in Rechnung zu stellen, dass britische Studien bereits im 19. Jahrhundert die Eroberung Indiens von Zentralasien aus für unmöglich erklärten. Dass die russländische Bereitschaft zu einem

Ausgleich mit London vor allem infolge der Niederlage Russlands gegen Japan massiv zunahm, ist weitgehender Konsens.

Die Motive russländischer Expansion identifiziert Nikonov im Einklang mit Sergeev und anderen als Wettlauf um Absatzmärkte und Einflussphären und die Obsession, „natürliche“, d. h. leicht zu verteidigende Grenzen zu erreichen. Auf Kartographen und Geologen folgten Unternehmer, Diplomaten, Generäle und schließlich die Eisenbahn. Die Bedeutung letzterer für die tiefgreifende Änderung der Raumbegriffe sowie für die Integration und den Erhalt des Imperiums illustriert Nikonov sehr anschaulich. Benötigte man für die ca. 300 Kilometer von Aşgabat nach Maşhad sieben Tage, ließ sich eine derartige Strecke per Eisenbahn in einem Tag bewältigen. Im Falle Persiens scheiterten die auf die 1870er Jahre zurückgehenden russländischen Projekte zu einem umfangreichen Eisenbahnbau mehrmals, da erstens der Schah sie als ausschließlich den Interessen Russlands dienlich betrachtete, zweitens die zarische Regierung angesichts der erforderlichen hohen ausländischen Anteile an der Finanzierung zurückschreckte und drittens die britische Diplomatie in Teheran umgehend ihr Veto einlegte.

Die Studie ist anhand von Akten des russländischen Außenministeriums, des Wirtschaftsarchivs und des Militärgeschichtlichen Archivs verfasst und beinhaltet wertvolle neue Informationen. Etwas ablenkend erscheinen die einleitenden Gegenwartsbezüge. Die dokumentarisch untermauerte russozentrische Perspektive prägt streckenweise die Darstellung. Während die Schritte Russlands eher als „Verteidigung staatlicher Interessen“ (S. 5) erscheinen, werden britische Aktivitäten, etwa zur Kartographierung, als „Destabilisierung der Region“ (S. 55) beschrieben. Zur Okkupation von Buchara und Kokand durch Russland heißt es lakonisch: „Die Kampfhandlungen verliefen erfolgreich [...]. Buchara und Kokand nahmen das Protektorat Russlands an.“ (S. 75) Interessant wäre gewesen, etwas mehr über die britische oder iranische Sicht zu erfahren. Doch weist Nikonov zu Recht fallweise auch auf die britische Wahrnehmung einer Bedrohung durch die russländischen Eisenbahnprojekte in Persien sowie auf Kritik an der russländischen Politik hin. Insgesamt handelt es sich um eine informative, durchwegs aus russischen Akten geschriebene Darstellung, die jeder, der sich mit der russländischen Orientpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigt, als Informationsquelle heranziehen wird.

WOLFGANG MUELLER

Wien

Nemeckie kolonii Novgorodskoj gubernii v pervoe desjatiletie sovetskoj vlasti (1918-1927 gg.). Sbornik dokumentov

[Deutsche Kolonien des Gouvernements Novgorod im ersten Jahrzehnt der Sowjetmacht (1918–1927). Dokumentensammlung]

Otv. sost.: Nikolaj V. Salonikov. Sost.: N. S. Fedoruk i dr. Naučn. red.

I. V. Čerkaz'janova. S.-Peterburg, Moskva: Nestor-Istorija, 2017. 496 S.

ISBN: 978-5-4469-1325-1.

Die hier vorzustellende Edition von Dokumenten zu den deutschen Kolonien im Gouvernement Novgorod aus den Jahren 1918–1927 ging aus einer Initiative des Deutsch-Russischen Begegnungszentrums an der Petrikirche St. Petersburg hervor und wurde mit Unterstützung des Deutschen Generalkonsulates in St. Petersburg publiziert. Zusammen mit dem Novgoroder Gebietsarchiv (GANO) und dem Archiv für die neueste Geschichte des Novgoroder Gebietes (GANINO) hat das Begegnungszentrum einen Band veröffentlicht, mit dessen Hilfe man umfassend die Geschichte der deutschen Kolonien im Gouvernement Novgorod zu Beginn des 20. Jahrhunderts nachvollziehen kann.

Diese Kolonien sind erst im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden. Sie waren Ableger der größeren Kolonien im St. Petersburger Gouvernement, die dank des vorherrschenden Majorats anfangen, an Landmangel zu leiden. Es handelt sich um insgesamt vier Kolonien Aleksandrovszk, Verchnij und Nižnij Novo-Nikolaevsk sowie Gorelovsk. Sie wurden 1821 gegründet und 1941 endgültig aufgelöst. Die Kolonien wurden von A. A. Arakčeev auf Ländereien, die der Armee gehörten, angelegt, um die Soldaten mit Lebensmitteln zu versorgen. 1858 wurde dieser Armeebesitz aufgelöst, von da an entrichteten die Kolonisten ihre Abgaben direkt an die Krone. Den Kolonisten waren unter Arakčeev pro Familie 50 Desjatinen Land zugeteilt worden, außerdem erhielten sie 300 Rubel Startguthaben und Saatgut. Ihre Höfe mussten sie selbst errichten. Es galten für sie die gleichen Bestimmungen wie für die ersten deutschen Kolonisten im 18. Jahrhundert, wie sie im berühmten Manifest von Katharina II. 1762 festgelegt worden waren.

Die neu gegründeten Kolonien entwickelten sich in ökonomischer Hinsicht recht gut und begannen rasch zu wachsen. Sie lebten vor allem vom Anbau von Kartoffeln und anderem Gemüse, aber auch ihre Milcherzeugnisse waren gefragt: 1893 wurden knapp 2.000 Kolonisten gezählt, nach Krieg und Revolution wurden 1921 sogar 7.000 Deutschstämmige im Novgoroder Gebiet verzeichnet, wobei allerdings diejenigen, die in der Stadt Novgorod lebten, miteinbezogen wurden (S. 44).

Die Herausgeber legen dar, dass die Archivbestände zur Geschichte der Kolonien im 19. Jahrhundert leider sehr dürftig sind. Am besten dokumentiert sind offenbar die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, weshalb sich die Herausgeber auf diese Zeit

fokussiert haben. 1927 wurde die administrative Aufteilung geändert und das Novgoroder dem Leningrader Gebiet (*oblast*) am 1.8.1927 angegliedert, sodass für die Zeit danach keine relevanten Dokumente mehr in den Novgoroder Archiven zu finden sind. Insgesamt stammen 193 der publizierten Dokumente aus dem GANO und 24 aus dem GANINO. Im Vorwort der Herausgeber findet man eine detaillierte Aufstellung, wo sich die betreffenden Dokumente in den Archiven befinden (S. 4, 5). Die nachfolgende Einleitung von N. S. FEDORUK bietet einen gelungenen Überblick über die Geschichte der Novgoroder Kolonien (S. 10–39), über die es ansonsten wenig Literatur gibt.

Die Dokumente sind nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern ihrer thematischen Zuordnung gemäß publiziert worden. Es wurden vier Themenkreise herausgearbeitet: Erstens die Einführung und Durchsetzung der sowjetischen Verwaltung und die Reaktion darauf in den Kolonien (ab S. 39), zweitens die soziale und ökonomische Situation der Kolonisten (ab S. 102), drittens die Schulbildung und die kulturellen Aktivitäten in den Kolonien (ab S. 280). Im letzten Teil werden Dokumente über das kirchliche Leben in den Kolonien publiziert (ab S. 355).

Gleich am Anfang befindet sich ein aufschlussreiches Dokument vom November 1921, in dem die Geschichte der Kolonien von A. Konrad, dem langjährigen Leiter der Deutschen Sektion des Novgoroder Gouvernementskomitees der RKP(b), rekapituliert wird. Nach großen Schwierigkeiten mit den Kolonisten nach der Oktoberrevolution war 1921 eine Abteilung für deren Belange, das sogenannte *nemotdel* (*nemeckij otdel*), eingerichtet worden. Dorthin konnten sich die Kolonisten mit ihren Problemen und Anfragen wenden. Konrad berichtet in seiner Stellungnahme zum Zustand der Kolonien auch über die Repressalien gegenüber den deutschen Kolonisten am Ende des 19. Jahrhunderts und während des 1. Weltkrieges, obwohl viele Kolonisten in der zarischen Armee dienten. 1915 drohte sogar die Deportation aller Kolonisten. Außerdem führt er aus, wie existentiell wichtig die Frage des eigenen Landbesitzes für die Kolonisten war und wie stark diese eine generelle Umverteilung, sprich Kollektivierung, ablehnten (S. 46–55).

Ein großes Problem bestand für die Kolonisten darin, dass sie nur ungenügend Russisch sprachen (S. 54). In der Einrichtung von Schulen sah das *nemotdel* seine vorrangigste Aufgabe in den kommenden Jahren. In den neu gegründeten Schulen wurde der Unterricht auf Deutsch erteilt und Russisch als Unterrichtsfach gelehrt. Häufig schickten die Eltern ihre Kinder nur unregelmäßig zum Unterricht, weil sie deren Hilfe benötigten und es an Kleidung und Schuhen für die Schüler fehlte, aber auch, weil sie den Lehrern und Unterrichtsinhalten misstrauten (S. 60, 285 ff.). Die Schulfrage wird immer wieder in den Dokumenten thematisiert, sie war ein beständiges Problem, zumal es an Unterrichtsmaterialien fehlte. Selbstverständlich sollte der Unterricht auch der politischen Bildung bzw. sowjetischen Agitation dienen, doch das gestaltete sich äußerst schwierig angesichts des Misstrauens der Kolonisten. Auch die neu eingerichteten

Bibliotheken wurden wenig frequentiert (S. 61). Zudem gab es selbst unter den Erwachsenen viele Analphabeten (S. 299).

In den Dokumenten wird klar herausgestellt, dass 1922 ein Krisenjahr war. Die Kolonisten im Novgoroder Gebiet luden Kinder der Wolgadeutschen wegen der dortigen Hungersnot ein, bei ihnen den Sommer zu verbringen. Außerdem wurde Geld gesammelt, um die dortigen Kolonisten in ihrer Not zu unterstützen (S. 229). Nur zwei Jahre später stellten über zweihundert Novgoroder Kolonisten einen Antrag, in die autonomen Wolgakolonien, die inzwischen eine erhebliche Anziehungskraft für die übrigen deutschen Kolonien entwickelt hatten, umsiedeln zu dürfen (S. 130 ff.). Die wenigsten Dokumente existieren in Bezug auf die Kirchenpolitik. Sie folgen am Ende des Bandes und enthalten vor allem eine Liste mit allen Mitgliedern der protestantischen Kirche von Novo-Nikolaevsk (S. 368–400).

Die sorgfältig ausgearbeitete Edition wird abgerundet durch eine detaillierte Aufzählung der publizierten Dokumente, ein Personen- und geographisches Register, ein Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen und ein prägnantes Nachwort von IRINA ČERKAZ'JANOVA (S. 491–494), in dem die Bedeutung der Edition für die beinahe vergessene Geschichte der deutschen Kolonien im Novgoroder Gebiet hervorgehoben wird.

Insgesamt gesehen bieten die veröffentlichten Dokumente eine hervorragende Basis, um weiter über die deutschen Kolonien in Nordwestrussland zu forschen und das Netzwerk der Kolonien in den ereignisreichen 1920er Jahren näher zu analysieren. Das Begegnungszentrum an der Petrikerche hat damit neben der anschaulichen Ausstellung *Deutsche Siedler um Sankt Petersburg* und dem entsprechenden Katalog – beides in Zusammenarbeit mit dem Museum für russlanddeutsche Kultur in Detmold – eine zweite wegweisende Publikation zur Geschichte der deutschen Kolonisten in Nordwestrussland veröffentlicht, die bislang immer im Schatten der größeren Kolonien an der Wolga und in der Ukraine gestanden haben.

KRISTINA KÜNTZEL-WITT

Lübeck

Livland – eine Region am Ende der Welt? Forschungen zum Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie im späten Mittelalter

Hrsg. von Anti Selart und Matthias Thumser. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2017. 519 S., Tab., Graph. = Quellen und Studien zur baltischen Geschichte, 27. ISBN: 978-3-412-50805-0.

Die geographische Randlage Livlands im Mittelalter bestimmte das politische und historische Selbstverständnis dieser Region, wobei der Austausch mit dem polyzentrischen Europa keineswegs einseitig verlief – livländische Akteure beeinflussten trotz begrenzter Möglichkeiten auch ihrerseits die unterschiedlichen Zentren des Kontinents. Vor dem Hintergrund des Konzeptes von Zentrum und Peripherie werden im vorliegenden Band einzelne Aspekte aus den Schwerpunkten „Individuen und Kommunikation“, „Kirche und Reich“, „Deutscher Orden“ und „Kultureller Austausch“ untersucht. Denn die Menschen im multiethnischen und mehrsprachigen mittelalterlichen Livland verorteten sich – flexibel und situationsbezogen – außer in diesem Raum auch in den Hansestädten, dem Ostseegebiet, in Nord- und Ostmitteleuropa und nicht zuletzt in der gesamten *christianitas*. Der Band vereinigt die Beiträge einer gemeinsam von der Baltischen Historischen Kommission und vom Institut für Geschichte und Archäologie der Universität Tartu dort im September 2015 veranstalteten Tagung.

Einführend geben die Herausgeber einen konzisen Überblick zum Forschungsstand und betonen neue Fragestellungen, die sich von einer Überbewertung der christlich-heidnischen und lateinisch-orthodoxen bzw. deutsch-russischen Konflikte lösen und auf das alltägliche Selbstverständnis der Bewohner von Randgebieten richten: Was bedeutet es für die Menschen im mittelalterlichen Livland, eine Region „am Ende der Welt“ zu sein? Die Beiträge behandeln die Rolle Livlands in verschiedenen räumlichen, politischen oder kulturellen Hierarchien und Netzwerken des spätmittelalterlichen Europas.

ANTI SELART (Tartu) untersucht die Bevölkerungsbewegungen im mittelalterlichen Livland und die Motivation unterschiedlicher sozialer und beruflicher Gruppen. Als Land sowohl des Wohlstands als auch der Armut wahrgenommen, gibt es eine Wechselseitigkeit der Vorstellungen von „Zentrum“ und „Peripherie“ ohne jeweils hierarchisierenden Blick. Vor und nach den Kreuzzügen als „multiethnische Region mit diversen Identitäten“ (S. 31) ergaben sich persönliche Lebenswelten mit eigenen Zentren und Peripherien, die Selart für die dominierenden Gruppen der Geistlichkeit, des Adels, der religiösen Orden und der städtischen Oberschichten näher untersucht. MAREK TAMM (Tallinn) analysiert mit Hilfe mehrerer aufschlussreicher Karten die Rolle personaler Netzwerke des Dominikanerordens im 13. Jahrhundert mit dem Fokus auf dem St.-Katharinen-Kloster in Reval und dessen Fortführung der Tätigkeit der Zisterzienser. MADLENA MAHLING (Berlin) untersucht ebenfalls anschaulich mit einer

Reihe von Diagrammen und Tabellen den Briefverkehr zwischen Lübeck und den livländischen Hansestädten in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit Blick auf seine Intensität und die Bedeutung des Faktors Zeit. Dabei handelte es sich um eine lange und störanfällige Kommunikation, beeinflusst durch die jahreszeitlich bedingte Unregelmäßigkeit der Schiffsverbindungen, was zu einer erheblichen kommunikativen Entfernung Livlands von Lübeck als Zentrum der Hanse führte. Im letzten Beitrag des ersten Abschnitts legt KLAUS NEITMANN (Potsdam) ausführlich dar, wie der aus fränkischer Linie der Hohenzollern stammende letzte Erzbischof von Riga, Markgraf Wilhelm von Brandenburg, sich im 16. Jahrhundert wegen der örtlichen Gegebenheiten nie in dieser Region akklimatisiert hat und keinen leistungsfähigen Regierungsapparat mit vertrauenswürdigen Helfern aufbauen konnte. Nach biographischen Ausführungen über einheimische Räte und zugewanderte Kammerräte folgert der Verfasser, dass die Organisation der Regierung und Verwaltung völlig jener der abendländischen Christenheit entsprach und dass „die Verfassungsordnungen Livlands nach Ursprung und Art aufs engste mit den (mittel-)europäischen verbunden“ (S. 181) waren.

Den zweiten Abschnitt über „Kirche und Reich“ eröffnet CHRISTIAN KRÖTZL (Tampere) mit seiner Untersuchung zum Zusammenspiel von päpstlicher Politik, Mission und Wandel des religiösen und sozialen Alltags. Denn im 13. Jahrhundert entwickelten sich einerseits Skandinavien einschließlich Finnlands, charakterisiert durch eine weitgehend selbstbestimmte politisch-administrative Vereinheitlichung, und andererseits Livland, gekennzeichnet durch eine zunehmende Fragmentierung und Fremdbestimmung, auseinander. Heiligenkult und Pilgerwesen in volkstümlicher Verankerung bilden in Skandinavien zentrale Faktoren bei der Eingliederung in die „*communitas christianorum*“, während die Kulte um Meinhard und Berthold in Livland bald aufhörten. Der Norden und das Baltikum wurden demnach vom Zentrum nicht von vornherein marginalisiert, sondern konnten wichtige Funktionen übernehmen und Impulse geben. Diese Querverbindungen und Vergleiche bilden ein Forschungsdesiderat. Anhand zweier Fallstudien setzt sich MATTHIAS THUMSER (Berlin) in seiner vornehmlich methodologischen Untersuchung mit einer zentralen These von Ernst Pitz auseinander. Dieser hat anhand früher Papsturkunden zur Mission in Livland und Preußen eine Lehre von den Reskripten entwickelt und mit der Analyse von Petitionen neue Einblicke in die mittelalterlichen Prozesse politischer Willensbildung eröffnet, dabei aber die Rolle der Petenten der baltischen Peripherie überschätzt. In einer weiteren Fallstudie weist JARON STERNHEIM (München) am Beispiel des Erzbischofs von Riga Stephan Grube nach, dass die Kurie und livländische politische Akteure in einem „Interaktionsgeflecht zwischen dem römischen Zentrum und der äußersten Peripherie der Christianitas im späten 15. Jahrhundert“ (S. 258) standen. MIHKEL MÄESALU (Tartu) untersucht die Beziehungen Livlands und Preußens zum Heiligen Römischen Reich im 15. Jahrhundert anhand der Forderungen zur Bezahlung der Reichssteuer. Nach den Hussitenkriegen erhob das Reich über sechs Jahrzehnte lang

keine Forderungen nach Entrichtung der Steuer und nach Leistung des Heeresdienstes. Erst 1492, als deutsche Gesandtschaften nach Moskau durch Livland reisten, wurde der Kirchenprovinz Riga wieder die Reichssteuer abverlangt. Nun baten auch örtliche Landesherren das Reich häufiger um Hilfe. Die Rolle speziell des Reichstags in den politisch-institutionellen Beziehungen zwischen Livland und dem Reich untersucht MADIS MAASING (Tallinn) für die Regierungszeit Karls V., als alle livländischen Landesherren als Reichsstände anerkannt wurden. Durch Analyse der Häufigkeit ihrer Teilnahme an den Reichstagen sowie der dort behandelten Themen einschließlich der „russischen Gefahr“ und der Besteuerung kommt er zu dem Schluss, dass die Livländer sich als Teil des Reiches betrachteten, die Haltung der Stände ihnen gegenüber aber ambivalent war, bis 1545 die Frage der Besteuerung ihre Haltung positiv beeinflusste. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ging demnach die Initiative meist von Livland aus, dann überwog das Interesse des Zentrums, Livland stärker zu integrieren.

Im Abschnitt „Deutscher Orden“ behandelt zunächst ALEXANDER BARANOV (Berlin) die Frühzeit des Ordens in Livland und die Eroberung Kurlands. Er kommt zu dem Ergebnis, angesichts der schweren Rückschläge im Heiligen Land und in Preußen sei in dieser Periode Livland als alternatives, zeitweilig sogar bevorzugtes Tätigkeitsfeld der Ordensregierung betrachtet worden. GUSTAVS STRENGA (Riga) diskutiert anschließend Livland als Erinnerungsort des Deutschen Ordens im Reich und die damit verbundene Bedeutung für die Gruppenidentität. Demnach war Livland Teil von dessen Erinnerungskultur. So erinnerten die Nekrologe an hochrangige Mitglieder ebenso wie an anonyme Brüder. Für die Identitätsbildung spielte die Erinnerung an die Niederlage in der Schlacht bei Durben eine ähnliche Rolle wie die Erinnerung an die Niederlage in der Schlacht bei Tannenberg – sie stärkte die Identität nicht nur des livländischen Ordenszweiges, sondern des gesamten Ordens. JOHANNES GÖTZ (Berlin) befasst sich mit den Beziehungen zwischen livländischem und preußischem Deutschordenszweig, der an der Wende zum 15. Jahrhundert verstärkt Einfluss nahm, Livland aber nicht in peripherer Lage sah. Beim regelmäßigen Empfang von Gesandtschaften empfand man sich als Nachbarn, wobei von den livländischen Ordensbrüdern ihre Lage „am Rande der Christenheit“ geradezu als „Markenkern [...] aktiv nach außen propagiert“ (S. 414) wurde. Mit der Fragestellung „Peripherie mit Zentrumsambitionen?“ untersucht JUHAN KREEM (Tallinn) das Selbstverständnis des Deutschen Ordens in Livland im 16. Jahrhundert und fragt konkret, „wo sich der Nabel der Welt für die livländischen Ordensbrüder befand“ und wie sie sich „in die Weltgeschichte“ einordneten (S. 417). Die Randlage sowie die gefährlichen „heidnischen“ und „schismatischen“ Nachbarn waren demnach Argumente im innenpolitischen Streit und dienten dazu, Hilfe aus dem Reich zu fordern. Der Deutsche Orden sah sich auf Hilfe aus dem Zentrum angewiesen und hatte nach eigenem Selbstverständnis vieles gemeinsam mit den geistlichen Adelskorporationen im Reich. Als zu diesem Kreis gehörig verstand man sich als „nordisches Gegenstück“ (S. 428) zum Johanniterorden.

Der letzte Abschnitt mit dem Schwerpunkt „Kultureller Austausch“ wird eingeleitet von LINDA KALJUNDI (Tallinn), die am Beispiel der Darstellung der Jungfrau Maria in Heinrichs *Livländischer Chronik* deutlich macht, wie ein peripherer Autor unterschiedliche Elemente aus zentralen Machtdiskursen aufnehmen und mischen kann. Hintergrund dafür war die wachsende Kommunikation zwischen den Regionen, mit der die Heiligenverehrung anwuchs, auch wenn sich dies in den unterschiedlichen Grenzregionen nicht gleichförmig vollzog. Bemerkenswert sei, dass die in den Zentren entstandenen Kreuzzugs-Diskurse in den Peripherien aktiv angenommen und modifiziert wurden, was eine Entscheidung darüber erschwerte, wo denn das eigentliche Zentrum gelegen habe. RALF LÜTZELSCHWAB (Berlin) untersucht eingehend den umfangreichen Bericht des Erzbischofs von Riga Silvester Stodewescher über ein astronomisches Großereignis des späten Mittelalters, die Kometenerscheinung im Jahr 1472. Im „Ineinandergreifen von bloßen Urkundenbestandteilen und Inhalten von Predigtlehren“ (S. 479) wirkte er auf den Klerus ein und zeigte in seinen Erklärungen der Natur und in der Deutung dieses Ereignisses, dass er Zugang zu einigen zentralen zeitgenössischen astrologischen Werken hatte. Sein Aufruf zur Einheit hat neben spirituellen auch politische Konnotationen, damit liegt eine „Instrumentalisierung der Kometenerscheinung zu politischen Zwecken nahe“ (S. 480).

Abschließend erörtert KURT VILLADS JENSEN (Stockholm) zusammenfassend die Frage „Is it Good to be Peripheral?“ für das Mittelalter und die Frühe Neuzeit ebenso wie in der modernen Historiographie und in der populären Vorstellung. Peripher zu sein resultiere nicht aus geographischen Gegebenheiten, sondern hänge davon ab, wer über die Macht verfüge, Inhalte und Konzepte der Politik und sozialen Ordnung in der Gesellschaft zu definieren. Der Status als Zentrum sei abhängig von der Bereitschaft der Peripherie, dieses zu akzeptieren, wobei Identität durchaus flexibel und widersprüchlich sein könne. In dieser Sicht sei es möglich gewesen, gleichzeitig im peripheren Livland und im Zentrum zu sein.

Waren bei einigen Beiträgen die Bezüge zum Leitthema gelegentlich nur schwer auszumachen, so rücken Selart und Thumsers „Introduction“ sowie Jensens „Conclusion“ die Kernfragen noch einmal in den Vordergrund. Mit den Informationen zu Autorinnen und Autoren, dem Abkürzungsverzeichnis und dem Orts- und Personenregister in der Funktion einer mehrsprachigen Ortsnamenkonkordanz bildet dieser von der Baltischen Historischen Kommission herausgegebene Band eine wichtige Publikation. Darin wird nicht nur ein aktuelles Forschungsthema aufgegriffen und um wesentliche Aspekte bereichert, der Band ist auch ein hervorragendes Beispiel für die inzwischen fest etablierte deutsch-baltische wissenschaftliche Kooperation und nährt – mit Blick auf die Geburtsjahrgänge der Autorinnen und Autoren – die Hoffnung, dass in

der Peripherie und im Zentrum der Forschung eine neue Generation die baltische Geschichtswissenschaft erfolgreich betreibt und fortsetzt.

MICHAEL GARLEFF
Oldenburg

**Sovet ministrov Rossijskogo pravitel'stva. Žurnaly zasedanii
(18 nojabrja 1918 g. – 3 janvarja 1920 g.). Sbornik dokumentov v dvuch
tomach**

[Der Ministerrat der Russischen Regierung. Die Sitzungshefte
(18. November 1918 – 3. Januar 1920). Dokumentensammlung in zwei
Bänden]

Sost. i naučn. red. Vladimir I. Šiškin. Novosibirsk: Izdat. SO RAN, 2016.
T. 1: 748 S.; T. 2: 734 S. ISBN: T. 1: 978–5–7692–1470–7; T. 2: 978–5–
7692–1471–4.

Auch knapp hundert Jahre nach dem Beginn des Russischen Bürgerkrieges bleibt das Thema weiterhin relevant. Ungeachtet der schier unübersehbaren Flut an wissenschaftlichen und halbwissenschaftlichen Publikationen, die sich sowohl mit dem Verlauf und dem Ausgang des Bürgerkrieges insgesamt als auch mit dessen Einzelaspekten befassen, gibt es immer noch ‚weiße Flecken‘, die ihrer Erforschung harren. Einer davon betrifft das Entstehen und vor allem das Funktionieren der sogenannten Russischen Regierung (*rossijskoe pravitel'stvo*), die sich in Folge des Umsturzes und der Proklamation von Admiral Aleksandr V. Kolčak zum „obersten Regenten Russlands“ am 18. November 1918 in Omsk konstituiert hatte. Diese Lücke zu schließen ist das erklärte Ziel der vorliegenden Publikation.

Die Person des Admiral Kolčak zog schon seit jeher das Interesse der Forscher auf sich und steht somit beinahe zwangsläufig im Mittelpunkt aller Abhandlungen, die der Untersuchung des Bürgerkrieges in Sibirien gewidmet sind – und davon gibt es sowohl auf Russisch als auch in anderen Sprachen reichlich. Die Geschichte der Russischen Regierung hingegen, die in der Historiographie nach ihrem Amtssitz auch als Omsker Russische Regierung bezeichnet wird und vom 18. November 1918 bis zu ihrer endgültigen Auflösung am 3. Januar 1920 bestand, blieb als Institution lange unbeachtet. Die Fokussierung der Forscher auf die diktatorischen Vollmachten, die nach der Entmachtung der Vorläuferinstitution der Omsker Russischen Regierung, des von den Vertretern des rechten Flügels der Partei der Sozialisten-Revolutionäre dominierten Direktoriums, auf Kolčak übertragen wurden und ihn so letztlich zum unumschränkten

Herrscher der von den „Weißen“ kontrollierten Gebiete machte, resultierte in weitgehendem Desinteresse an der Erforschung der Funktionsmechanismen des ihm unterstellten Regierungsrates. Dieses mangelnde Interesse vieler Historiker speiste sich aus der Überzeugung, der „oberste Regent Russlands“ sei letztlich doch als absolut dominante Figur der Russischen Regierung der einzig maßgebliche Entscheider gewesen. Dabei wurde jedoch die Tatsache außer Acht gelassen, dass Kolčák selbst durchaus bestrebt war, die Regierungsverantwortung auf viele Schultern zu verteilen, um auf diese Weise die alltägliche Verwaltungsroutine in die Tätigkeitssphäre der einzelnen Minister zu überführen. Er hatte dafür gesorgt, dass die neue Regierung mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet wurde und sowohl exekutive als auch gesetzgeberische Aufgaben zugewiesen bekam. Auch übernahm er nicht persönlich den Vorsitz des neu gebildeten Regierungsrates, sondern beließ auf diesem Posten den ehemaligen Vorsitzenden der Provisorischen Sibirischen Regierung, den rechten Sozialrevolutionär Piotr V. Vologodskij, der immerhin bis Ende November 1919 im Amt blieb.

Jetzt wurden vom bekannten russischen Historiker Vladimir I. Šiškin, der sich seit mehr als 40 Jahren mit der Erforschung des Bürgerkrieges in Sibirien befasst, die „Sitzungshefte“ (*Žurnaly zasedanii*) der Russischen Regierung herausgegeben, die es den Historikern ermöglichen, besser nachzuvollziehen, wie der verwaltungsrechtliche Alltag in den von Kolčáks Truppen kontrollierten Gegenden Sibiriens im Einzelnen aussah und wie man sich, ungeachtet der spätestens seit Mitte des Jahres 1919 immer prekärer werdenden militärischen Lage, nach Kräften bemühte, so etwas wie administrative Normalität herzustellen und die Aufgaben zu bewältigen, für die man sich zuständig fühlte.

Und der Aufgabenkreis des Regierungsrates war in der Tat äußerst heterogen. So kümmerten sich die Regierungsmitglieder in ihrer Sitzung am 10. Dezember 1918 z. B. um Fragen der Regulierung des Brot-, Fleisch- und Butterverkaufs, um die Reorganisation des Marinewerks in Vladivostok sowie die Ernennung des neuen Aufsichtsrates dort, um die Reprivatisierung der Binnenschifffahrt und um Maßnahmen zur Unterstützung der Goldförderindustrie. Man regelte die Besetzung des provisorischen Komitees des russischen Roten Kreuzes, ernannte Moisej Rubiņštejn zum neuen Rektor der Irkutsker Universität und verabschiedete den Beschluss, die Eisenbahntarife zu erhöhen. Auch mit der Ausgestaltung der Außenpolitik befasste man sich: So wurde z. B. in der Sitzung am 17. Dezember 1918 beschlossen, beim Außenministerium der Russischen Regierung eine Sonderkommission für die Vorbereitung der Friedensverhandlungen einzurichten, die man mit Hilfe der Alliierten nach der Niederlage des Deutschen Reiches aufnehmen wollte. Man kümmerte sich um die Pensionen von mittleren und hohen Beamten, um die Besetzung von freigewordenen Posten in der Verwaltung und um die finanzielle Unterstützung von Witwen und Waisen der im Dienst verstorbenen oder an der Front umgekommenen Amtsträger.

Ein großer Vorteil der vorliegenden Publikation besteht darin, dass der Herausgeber alle noch existierenden Sitzungshefte der Russischen Regierung ausfindig machen und in numerischer Reihenfolge veröffentlichen konnte. Somit kann man die Entwicklung der Regierung, die Häufigkeit, mit der bestimmte Themen in die Tagesordnung aufgenommen wurden, die Streitigkeiten, die zwischen verschiedenen Ressorts auftauchten, und die Schwierigkeiten, mit denen man bei der Erledigung bestimmter Fragen konfrontiert war, über einen längeren Raum verfolgen. Auch kann man mit Hilfe der in die Sitzungen des Regierungsrates von verschiedenen Ministerien eingebrachten Fragen die Tätigkeit der jeweiligen Ministerien nachzeichnen, wodurch ganz neue Einsichten in die Sorgen und Nöte der Menschen in den der Kolčak-Regierung unterstellten Gebieten Russlands und in die Wahrnehmung dieser Sorgen und Nöte auf Regierungsebene gewonnen werden können.

Neben den Dokumenten selbst ist vor allem ihre umfangreiche Kommentierung besonders positiv hervorzuheben. So erfährt man viele biographische Details über die bekannten und vor allem weniger bekannten Personen, die in den Sitzungsheften des Regierungsrates Erwähnung finden und deren Gesamtzahl in die Hunderte geht, was wiederum als ein gelungenes Ergebnis langjähriger Archivarbeit anzusehen ist. Weniger gut gelungen ist dagegen die entsprechende Behandlung von Sachfragen. So bleibt z. B. unklar, welchen genauen Wortlaut der Absatz 2 des Artikels 945 des Strafgesetzbuches von 1914 hatte (Bd. 1, S. 133) oder was man sich unter dem Gesetz vom 5. Dezember 1912, auf dessen Regelungen man sich bei der Lösung der Frage finanzieller Ausstattung von psychisch kranken Staatsbediensteten bezieht (Bd. 1, S. 147), genau vorzustellen hat.

Doch viel gravierender als die beiden letzterwähnten Aspekte ist das völlige Fehlen sowohl eines Personen- als auch eines Sachregisters. Durch dieses unverständliche Versäumnis des Herausgebers wird die elementare Handhabbarkeit der Quellensammlung erheblich eingeschränkt, da man sich, wenn man sich nur für eine bestimmte Sachfrage oder eine konkrete Institution interessiert, erst mühsam durch die insgesamt mehr als 1400 Seiten Text durchkämpfen muss. Auch wenn man bedenkt, dass sich die vorliegende Publikation in erster Linie an den äußerst überschaubaren Kreis von Experten für den Russischen Bürgerkrieg wendet und sie allein schon wegen ihrer Binnenstruktur und ihres Inhalts nicht zur vergnüglichen Abendlektüre taugt, erschwert das Fehlen der Register die Benutzung unnötigerweise ungeachtet des unbestreitbaren Wertes der Quellensammlung für die Erweiterung und Vertiefung unserer Kenntnisse über das Funktionieren von „weißen“ Regierungen und letzten Endes über den Alltag in den von der bolschewistischen Regierung in Moskau nicht kontrollierten Gegenden des ehemaligen Zarenreiches.

PETER KAISER

Freiburg i.Br.

Natalija N. Stupnikova

Formirovanie publichno-pravovykh institutov v period stanovlenija gosudarstva Drevnej Rusi. Teorija i istorija gosudarstva i prava

[Die Herausbildung von öffentlich-rechtlichen Institutionen in der Entstehungszeit des altrus'ischen Staates. Theorie und Geschichte des Staates und Rechts]

Moskva: Jurlitinform, 2014, 141 S. ISBN: 978-5-4396-0718-1.

Das Thema „Staatsbildung in Europa“ ist seit den 1970er Jahren ein zentraler Gegenstand der historischen Mittelalterforschung, als endlich die Bedeutung der begriffshistorischen Perspektive verstanden wurde. Bis dahin war man in einer Art Quellenpositivismus davon ausgegangen, dass die historische Wahrheit schlicht durch genaue Quellenlektüre zu ergründen sei, und hatte sich dementsprechend auf die Analyse und Interpretation von schriftlichen Quellen konzentriert. Letztlich erkannten die Forscher jedoch, dass auch Begriffe historische Kontexte haben und dass deswegen die Vergangenheit nicht mit unserer Begrifflichkeit zu verstehen und zu beschreiben ist, sondern dass die Vergangenheit mit den Begriffen ihrer Zeit analysiert und interpretiert werden muss: Der Staatsbegriff des frühen und hohen Mittelalters hat nichts mit dem heutigem Staat zu tun.

Natalija N. Stupnikova hat eine rechtswissenschaftliche Perspektive eingenommen, um die Herausbildung des altrus'ischen Staates – d. h. den Prozess, durch den der „altrussische Staat“ als eine institutionelle Einheit in der Region des mittleren Dnepr um Kiev vom 6. bis zum 12. Jahrhundert entstand – zu beschreiben. Ihr Ausgangspunkt ist die Welt der Sprachnationen, deren Selbstbewusstsein und Gemeinschaftsgefühl. Dieser Ansatz ordnet sich ein in eine der traditionellen Tendenzen des russischen Geschichtsdenkens (Lev N. Gumilev).

Im ersten Hauptkapitel beschreibt Stupnikova die Entstehung des „altrussischen Staates“, im zweiten geht es der Autorin um die Vorstellung und Diskussion der in diesem Kontext relevanten Rechtsinstitutionen und Gesetze. Obwohl die beiden Kapitel ungefähr gleich lang sind, macht natürlich das zweite Hauptkapitel den eigentlichen wissenschaftlichen Wert des Buches aus. Zum Schluss wird das Verhältnis zwischen den Rechtsinstitutionen und Gesetzen, die den „altrussischen Staat“ konstituierten, und der Kirche mit deren Rechtssystem behandelt.

Die der Untersuchung zugrunde liegenden Quellen sind typisch für eine rechtshistorische Forschungsarbeit, werden doch alle bekannten Gesetzestexte mal in der einen, mal in der anderen Fassung berücksichtigt. Weil die frühmittelalterliche Gesellschaft jedoch nicht so organisiert war, dass sie allein mittels rechtshistorischer Quellen verstanden und beschrieben werden kann, hätte die Autorin darüber hinaus auch Quellen wie Chroniken, Heiligenviten und vor allem auch Birkenrindeninschriften

in ihre Untersuchung einbeziehen müssen. Dadurch hätte sie für ihr Thema wichtige Erkenntnisse gewinnen können, enthalten doch auch diese anderen Quellen – zum Teil versteckt in Beschreibungen alltäglicher Begebenheiten oder besonderer Ereignisse – wertvolle Informationen zu Stupnikovas Untersuchungsgegenstand. Einen weiteren großen Mangel der Monographie stellt das völlige Fehlen von westeuropäischem Vergleichsmaterial dar. Außerdem benutzt Stupnikova auch die Forschungsliteratur als Quellen, was außerordentlich beklagenswert ist.

Im ersten Hauptteil beschreibt Stupnikova ausführlich die Theorien der Historiographen des 18. und 19. Jahrhunderts über die Entstehung des „altrussischen Staates“, also auch die Auseinandersetzung zwischen Normannisten und Antinormannisten. Obwohl so ein historiographischer Überblick durchaus grundsätzlich wertvoll ist, darf nicht aus den veralteten Ergebnissen früherer Forschergenerationen geschlussfolgert werden, wie sich die Entstehung des „altrussischen Staates“ tatsächlich vollzog. Dies ist aber leider die Methode der Autorin.

Das zweite Hauptkapitel konzentriert sich auf das Kiever Strafrecht, die Gerichtsinstitutionen und den Gerichtsprozess. Diese Schwerpunktsetzung lässt sich durchaus sachlich begründen, da in allen Gesellschaften, auch den am wenigsten differenziert entwickelten, irgendein System der Sanktionierung von Handlungsweisen, die von der Gesellschaft nicht gebilligt werden, existiert. Leider trägt Stupnikova nicht etwa systematisch die relevanten Informationen aus den Originalquellen zusammen, um sie dann mit Methoden zu analysieren, die dem aktuellen Stand der Forschung entsprechen, sondern sie kombiniert – auf der Grundlage der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts und unter Anwendung des modernen Rechtsverständnisses – einzelne, ausgewählte Informationen so, dass sie das eigene vorgefasste Bild bezüglich der Herausbildung des „altrussischen Staates“ stützen. Somit ist das Werk keine echte eigene Forschungsarbeit, sondern eine zusammenfassende Darstellung der Arbeitsergebnisse längst vergangener Generationen von Geschichtswissenschaftlern, und zwar ohne eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Quellen dem heutigen Historiker für die Untersuchung des Themas zur Verfügung stehen, wie diejenigen, die bisher über das Thema gearbeitet haben, zu ihren Aussagen kamen und wie sie sie begründeten.

Darüber hinaus drängt sich der Eindruck auf, die Autorin verfolge in ihrer Arbeit eine anachronistische „Mission für den Rechtsstaat“. Diese resultiert in einer ahistorischen Projektion der römischen Rechtsbegriffe ins 10. und 11. Jahrhundert. Dies ist auch deswegen erstaunlich, da die Rezeption des römischen Rechts in Russland erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts einsetzte und bis heute nicht wirklich vollendet worden ist. Stupnikovas Erörterung des Gegensatzes zwischen dem Rechtssystem des „altrussischen Staates“ einerseits und den gemeinschaftlichen Normen von dessen Bevölkerung (*samosud*) andererseits ist auch deshalb nicht wirklich hilfreich, weil der Gegensatz sogar bis heute fortbesteht (Siehe dazu Mark Galeotti: *The Vory. Russia's Super Mafia*. New Haven, London 2018.). Zugleich wurde schon längst auf überzeugende

Weise gezeigt (Knud Rahbek Schmidt: *Soziale Terminologie in russischen Texten des frühen Mittelalters bis zum Jahr 1240*. Kopenhagen 1964), dass die entsprechende Begrifflichkeit in den Quellen der Kiever Rus' keineswegs klar, eindeutig und konsequent angewandt, sondern recht unbestimmt und beliebig ist.

Eine weitere wesentliche Schwäche von Stupnikovas Werk besteht darin, dass sie ihre Erkenntnisse, die sie jeweils auf chronologisch wie räumlich eng begrenzter Quellengrundlage gewonnen hat, in verallgemeinernder Weise sowohl für die gesamte Kiever Periode als auch für das ganze Gebiet des späteren Russlands für gültig hält. Es wäre überaus wünschenswert gewesen, wenn Stupnikova stattdessen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diversen osteuropäischen Lokalgesellschaften in verschiedenen Zeitperioden des frühen und hohen Mittelalters untersucht hätte. Leider geht sie auch nicht der Frage nach, wann und unter welchen Umständen die *Rus'kaja pravda* tatsächlich abgefasst wurde. Die uns überlieferten Manuskripte dieser wichtigen Rechtsquelle sind bekanntermaßen über einen größeren Zeitraum und größtenteils erst später entstanden, weshalb hier begriffliche Unterschiede zwischen z. B. *sud*, *ustav* und *pravda* von Interesse sind (Siehe dazu Jukka Korpela: *Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Verbindungen zwischen dem russischen ‚zakon‘ und dem tatarisch-persischen Rechtsdenken*, in: Guy Guldentops / Andreas Speer (eds.): *Das Gesetz – the Law – la Loi*. Berlin [u. a.] 2014, S. 53–72.). In diesem Zusammenhang wäre auch ein Vergleich mit dem geschriebenen Recht in Zentraleuropa und Skandinavien im frühen und hohen Mittelalter durchaus angebracht gewesen.

Das Kirchenrecht war im „altrussischen Staat“ seit dem Ende des 10. Jahrhunderts zweifellos von erheblicher Bedeutung. Stupnikovas Buch enthält diesbezüglich aber nichts, was über den bisherigen Forschungsstand hinausgeht. Sie scheint sich der Datierungsprobleme der Quellen nicht bewusst zu sein. Beispielsweise stammen die Kirchenstatuten Vladimirs des Heiligen und Jaroslavs des Weisen (*Ustav knjazja Vladimira o desjatinach, sudach i ljudjach cerkovnych*; *Ustav knjazja Jaroslava o cerkovnych sudach*) nicht aus den Jahren 996 und 1037, wie die Autorin meint, sondern erst aus dem Spätmittelalter. Die rus'isch-orthodoxe Kirche und politische Elite des Moskauer Reichs waren bestrebt, byzantinische Einflüsse in eine möglichst frühe Zeit zurückzudatieren. Auch ist erstaunlich, dass Stupnikova zwar offenbar die Forschungen des byzanz-enthusiastischen John Meyendorff rezipiert hat, nicht aber das für sie viel wichtigere, weil herausragende Buch von Gerhard Podskalsky *Christentum und theologische Literatur in der Kiever Rus' (988–1237)* (München 1982), das längst auch in einer ins Russische übersetzten Fassung vorliegt (Gerhard Podskal'ski: *Christianstvo i bogoslovszkaja literatura v Kievskoj Rusi [988–1237 gg.]*. S.-Peterburg 1996).

Grundsätzlich ist zu kritisieren, dass der Ausgangspunkt Stupnikovas nicht dem Forschungsstand entspricht: Es gab nie einen einheitlichen „altrussischen Staat“ in dem Sinne, dass es stabile und eindeutig zu definierende Institutionen gegeben hätte. Deswegen können wir diese nicht so rekonstruieren, wie es Stupnikova versucht und wie

sie die nationalromantischen Forscher des 19. Jahrhunderts und ihre sowjetischen Nachfolger tun zu können glaubten. Es ist ahistorisch und deshalb wissenschaftlich nicht ergiebig, öffentlich-rechtliche Institutionen in eine Zeit zu projizieren, als die Menschen öffentliche Verwaltung und staatliche Gewalt nicht von der privatrechtlichen Gewalt und dem Haushalt des Herrschers zu trennen verstanden. Ebenso unmöglich ist es, von Kolonisierung und territorialer Macht (*zemskoe gosudarstvo*) des Kiever Staates zu sprechen. Tatsächlich war die Kiever Rus' entgegen der in Russland verbreiteten Vorstellung weder „Ur-Russland“ noch ein Staat der autochthonen Bewohner, sondern eine mittelalterliche Herrschaftsbildung von Menschen verschiedener ethnischer Zugehörigkeit gemäß dem zentraleuropäischen Modell, wie russische Historiker schon vor vielen Jahren (Siehe z. B. Aleksandr V. Nazaranko: *Russko-germanskie svjazj drevnejšej pory (IX–XI vv.). Sostojanie problemy*. Moskva 1995; ders.: *Drevnjaja Rus' na meždunarodnyh putjach. Meždisciplinarnye očerki kul'turnych, torgovyh, političeskich svjazej IX–XII vekov*. Moskva 2001.) und zuletzt auch westliche Geschichtswissenschaftler (Siehe u. a. Christian Raffensperger: *Reimagining Europe. Kievan Rus' in the medieval world*. Cambridge, MA 2012.) überzeugend dargelegt haben. Deswegen sollte, wenn es um die Kiever Rus' geht, auch nicht mehr von „Altrussland“ gesprochen werden, da von „Russland“ erst seit dem Aufstieg des Moskauer Reiches die Rede sein kann und das sogenannte Altrussland nur eine späte Geistesschöpfung der politischen Eliten des Russländischen Reiches zum Zweck der historischen Legitimierung ihres Machtanspruchs darstellt. Aber auch das Moskauer Reich war kein einheitliches Staatswesen, sondern ein aus in jeder Hinsicht sehr unterschiedlichen Territorien zusammengesetztes Reich (Siehe dazu Matthiew Romaniello: *The Elusive Empire. Kazan and the Creation of Russia 1552–1671*. Madison, WI 2012.). Eigentlich ist der einheitliche russische Territorialstaat erst das Produkt des Petersburger Kaiserreichs und des Sowjetimperiums, aber sogar heute noch können wir uns ab und zu über die enormen kulturellen und administrativen Unterschiede innerhalb Russlands wundern.

Der von Stupnikova für ihre Darstellung gewählte Ausgangspunkt hat auch zur Folge, dass sie die Bedeutung sowohl des autochthonen slavischen resp. russischen Anteils an der Entstehung des „altrussischen Staates“ als auch des Einflusses der byzantinischen Kultur in der Kiever Periode einseitig stark hervorhebt. Einflüsse aus dem lateinischen Teil Europas werden von Stupnikova nur insofern thematisiert, als sie in ihrer Schilderung der Forschungskontroverse über die Warägerfrage deren Wichtigkeit in Abrede stellt. Ansonsten schenkt die Autorin Einflüssen aus Mitteleuropa und Skandinavien keinerlei Beachtung, obwohl die heutige Forschung – hier sei nur an die Arbeiten von Francis J. Thomson, Aleksandr V. Nazarenko, Ekkehard Kraft, Aleksandr P. Každan, Christian Raffensperger, Oleksij P. Toločko usw. erinnert – sie für den im rezensierten Werk abgehandelten Zeitraum für äußerst bedeutsam hält. Dieses Versäumnis der Autorin ist umso bedauerlicher, als eine vergleichende Untersuchung der *Rus'kaja pravda* einerseits und westeuropäischer sowie skandinavischer

Rechtskodifikationen andererseits wegen der erkennbaren Gemeinsamkeiten (Siehe Jukka Korpela: *Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Verbindungen zwischen dem russischen ‚zakon‘ und dem tatarisch-persischen Rechtsdenken*, in: Guy Guldentops / Andreas Speer (eds.): *Das Gesetz – the Law – la Loi*. Berlin [u. a.] 2014, S. 53–72, hier S. 57.) überaus interessant und ergiebig hätte sein können.

Die Autorin lässt auch kein Interesse für die östlichen Einflüsse bei der Entstehung des Kiever Reichs erkennen, obwohl heutige Forscher dem Austausch mit dem Chazarenreich und dem islamischen Kulturkreis nicht erst für das Moskauer Reich, sondern bereits für die Kiever Periode erhebliche Bedeutung beimessen (Siehe dazu Michael Cherniavsky, Omeljan Pritsak, Charles J. Halperin, Gail Lenhoff, Ravil' R. Bucharaev, Thomas S. Noonan, Bulat R. Rachimzjanov usw.).

Stupnikovas Versuch, eine Vorstellung von der altslavischen Gesellschaft zu formulieren, ist noch problematischer. Zwar gab es im Frühmittelalter slavische Bevölkerungsgruppen in Osteuropa, die wir vielleicht unter gewissen Bedingungen als Stämme betrachten können. Grundlage dafür ist zum einen das einschlägige archäologische Material, zum anderen eine ungefähre Vorstellung vom Zusammenleben sowohl der Germanen als auch der Slaven, die sich auf römische und byzantinische Quellen stützt. Alle anderen Aussagen stammen aus der Folklore, aus hagiographischen Texten und aus bloßen Theorien, Spekulationen und Phantasien, die seit dem 15. Jahrhundert von Gelehrten formuliert wurden. Daraus können zwar allgemeine Schlussfolgerungen bezüglich der altslavischen Gesellschaft gezogen werden, aber je genauer diese hinsichtlich Verwaltung, Recht und Institutionen beschrieben werden soll, desto mehr ist der Beschreibende dazu gezwungen, seiner Phantasie zu folgen. Da für die Zeit vor dem 10. Jahrhundert keine aussagekräftigen Quellen zu Verwaltung, Recht und Institutionen der Bewohner des mittleren Dneprraums zur Verfügung stehen, müssen alle, die sich mit dem Thema wissenschaftlich beschäftigen, bewusst die Grenze zwischen seriöser Geschichtsforschung und Spekulation beachten.

Eine weitere schwerwiegende Schwäche des Buches besteht darin, dass Stupnikova die westliche Forschung zum Thema „Staatsbildung“ – genannt seien hier beispielsweise die Arbeiten von Charles Tilly, Matthew S. Anderson, Michael Mann, František Graus, Harald Gustafsson – nicht genutzt hat. Auch die von ihr verwendete russische Forschungsliteratur ist durchaus mangelhaft und veraltet, was überraschend ist, weil russische Kollegen normalerweise gerade diesbezüglich sehr ambitioniert und gründlich sind. Die neueste von der Autorin verwendete Publikation ist aus dem Jahr 2008, während hingegen ein beachtenswerter Teil der benutzten Literatur aus dem 19. Jahrhundert stammt. Dieser Umstand macht es verständlich, dass Stupnikova in ihrem Buch veraltete nationalistische Standpunkte wiederholt und erneuert.

Dennoch ist Natalija N. Stupnikova für ihre Arbeit zu danken, handelt es sich doch bei dem von ihr gewählten interdisziplinären Ansatz um eine auch in den russischen Geisteswissenschaften noch wenig genutzte Herangehensweise. Allerdings muss auch

eine interdisziplinäre Arbeit den wissenschaftlichen Ansprüchen der betroffenen Fachdisziplinen genügen. Dafür ist es unverzichtbar, den aktuellen Forschungsstand und die neuesten wissenschaftlichen Methoden zu kennen sowie die ältere Literatur nur als Historiographie zu verstehen.

Das rezensierte Buch lässt mich ganz verwirrt zurück. Einerseits ist der Wert des Buches unter einem wissenschaftlichen Blickwinkel betrachtet als sehr gering zu bezeichnen: Andererseits stellt das Werk Stupnikovas eine gelehrte Zusammenfassung der nationalistischen russischen Forschung bezüglich der Entstehung des „altrussischen Staates“ und seiner öffentlich-rechtlichen Institutionen dar. Das von der Autorin vermittelte Bild ist überaus wichtig für das aktuelle nationale Selbstverständnis der Russen. Deswegen sind die Kenntnis und das Verständnis dieses Bildes auch für Westeuropäer in Wissenschaft, Publizistik und Politik von Bedeutung. Das von Stupnikova formulierte Bild von der Entstehung des „altrussischen Staates“ und seiner öffentlich-rechtlichen Institutionen ist Teil der historischen Basis der heutigen nationalen Identität der Russen und trägt zur historischen Legitimation des russischen Machtanspruchs in Osteuropa unabhängig von seiner geschichtlichen Tatsächlichkeit bei.

JUKKA KORPELA
Joensuu

Al'ternativy, perelomnye punkty i smeny režima v istorii Rossii. Materialy Pervoj meždunarodnoj naučnoj konferencii molodych rusistov budapeštskogo Centra Rusistiki ot 19–20 maja 2014 g. – Alternatives, Turning Points and Regime Changes in Russian History and Culture. Materials of the First International Conference for Young Scholars of Russian Studies at the Centre for Russian Studies in Budapest, 19–20 May, 2014

Otv. red. Djula Svak – Ed. by Gyula Szvák. Budapest: Russica Pannonicana, 2015. 586 S., Abb., Tab., Graph. = Knigi po rusistike, 41. ISBN: 978-963-7730-98-6.

This collection of fifty-six short pieces, the longest thirteen pages and most ten pages or fewer, covers topics in Russian history and culture from the twelfth century to the post-Soviet era. Most are in Russian and the rest in English. Thirty-six authors are from Russia, fourteen from Hungary, with one or two each from five other countries. While some of the contributions address the stated theme of alternatives or turning points,

many of the others are microstudies of issues in particular regions and periods. Some pieces address neither historical nor cultural themes, like A. V. GEL'VIKH's study of individualistic versus collectivist values in Russian socialist ideology, V. N. KRUGLOV's analysis of administrative-territorial structures in the twentieth century, or RABEKAH EVERETT's piece on partial reform equilibrium in the Gorbachev and Yeltsin eras. Everett's article cites good sources but does not add anything new to them. Nor does MIKHAIL TURCHENKO's description of changes in Russian region's electoral systems, 2003–2013 or DYMTR GAFAROWSKI's article on Russia's role in post-Soviet common economic structures. E. V. BONDARIK's discussion of the mass media in post-Soviet Russia, O. V. MOROZ's description of the emergence of hate speech in recent years, and A. V. LANSKIKH's piece on national stereotypes among young people on reality shows are really communication theory.

The best articles challenge previous historiography on important issues effectively, such as A. A. KALASHNIKOVA's argument that changes in the Muscovite judicial system in the fifteenth and the first half of the sixteenth centuries were not just imposed top-down but also were shaped from below by the clergy, nobles, and peasants who appeared in court. E. V. BORODINA uses the implementation of Peter I's judicial reforms, 1717–1727, to illustrate the transition from Muscovite to imperial rule. A. A. BOGDANOV draws upon a large number of official acts to describe the changes in the monetary system in the eighteenth century. ALEXANDRA MEDZIBRODSZKY places Sergei Bulgakov's idea of progress clearly in the context both of his overall work and concepts of progress in broader Russian intellectual history. V. V. TIKHONOV portrays the tension between state authorities and humanities scholars at the end of the imperial period, and, similarly, R. R. GIL'MINTONOV shows convincingly the efforts of the editors of *Krasnaia letopis'* to reconcile their academic standards with the demands of the new Bolshevik state to write scholarly history that still would follow the party line.

E. N. SMIRNOV aptly summarizes the continuing debate over historical memory in the new Russia, particularly how textbooks should treat the Soviet era. Smirnov cites Putin's 2013 statement that it is necessary to show respect for all the pages of our past (p. 463) to underscore Putin's insistence that a uniform and positive image of Russia's history should be taught in schools. IA. A. LAZAREV questions both Ukrainian historians' claim that Peter I destroyed Ukrainian national unity and Russian assertions that Ukraine then became an integral part of the empire. Instead, Lazarev shows that relations between the two nations were more complex than either historical school claims.

Some pieces portray real turning points, as SUHAJDA SZALBOLCS uses newspaper articles and county and national diet proceedings to show how Hungarian views of Russia changed after the 1830–1831 Polish uprising. E. D. BALGODETELVA demonstrates how the judicial reforms of 1864 led to a new sense of professionalism in the legal profession. COSMIN IONIȚĂ shows how Russian diplomacy towards the Balkans changed after the Balkan Wars of 1913–14, and A. V. KOICHEVA and E. I. RABINOVICH

use local archival material and media sources to show how the state's efforts succeeded in recruiting more women as industrial workers in the Urals during the 1930's to meet the production needs of the First Five Year Plan. V. V. SHISHKOV traces the continuity in the power relationships between the center and periphery from the Russian Empire to the Russian Federation of today. Both concentrate authority in a leader. He quotes Ia. Plais, "the elite is monolithic and consolidated around one leader, the president, who expresses the interests of the political class" (p. 409).

Many of the articles, while not directly advancing the theme of alternatives and turning points, still are well researched and well-argued studies on specific topics. TAMÁS PÉDERI uses the Novgorod chronicles and key secondary sources to describe how medieval Novgorod waged war. D. A. BESSUDNOV analyzes the first campaign of the 1558–1583 Livonian War using material from Prussian archives. A. L. KLEITMAN uses novel sources, such as sermons and products of oral tradition, to describe the reaction to the Time of Troubles in the Lower Volga region. R. V. BOLDYREV discusses the Swedish tax system in occupied Novgorod, 1611–1615, and E. M. KONCHAKOVA describes the Swedish administration of the city at the time. E. V. SHMELEVA's article on the lesser nobility in seventeenth-century Siberia builds on previous studies of the topic.

Other examples of articles on narrow, but carefully researched topics, are T. S. ROMANIUK's description of Old Believer Cossack sketes in the Urals in the eighteenth and nineteenth centuries, M. A. SMIRNOVA's depiction of Russian merchants' views on Anglo-Russian commerce during the Napoleonic wars, and KATALIN SCHREK's analysis of Count K. A. Lieven's part in Anglo-Russian negotiations, 1825–1826. O. K. ERMAKOVA describes the impact imported German specialists had on the Russian community in the Urals in the first half of the nineteenth century. Other good microstudies are DMITRII BAKSHT's article on the imperial gendarmerie in Eastern Siberia during World War I and YU. S. PYL'TSYN's analysis of conflicting views among the Terek Cossacks during the Civil War. Similarly, ÁKOS FÓRIS describes Hungarian occupation forces's complicity in the Holocaust in Western Ukraine during World War II, and V. L. MARYNENKO portrays Soviet repression of ethnic Germans in Ukraine, 1943–1945.

Some contributions, however, merely restate what can be found in other studies, sometimes cited and sometimes not. For example, M. A. KISELEV's piece on the interregnum of 1730 uses some primary sources but adds little to the work of Philip Longworth and Marc Raeff. S. V. SOKOLOV describes the debate among eighteenth century Russian historians over the proper form of government, but this topic already has been treated effectively by scholars such as Marc Raeff and Cynthia Whittaker. Similarly, ORSOLYA SZANISZLÓ discusses noblewomen's family obligations based on the memoirs of E. R. Dashkova and A. E. Labzina, but she adds nothing new to the studies she cites by scholars such as N. L. Pushkareva, Gary Marker, and Kyril Fitzlyon. ZSÓFIA MÉSZÁROS's comparison of German and Russian nihilism has no original insights. One

microstudy, KATALIN VÁRADI's analysis of Russian diplomacy concerning the 1863 Polish uprising as reflected in two satirical journals, one German and one Hungarian, spends too much time retelling the story of the uprising and claims that "[t]he Polish revolt is a marginal topic in Western historical literature" (p. 191). But there are extensive discussions of it, for example, in the works of R. E. Leslie, Norman Davies, Piotr Wandycz, and in *The Cambridge History of Poland*.

SZILVIA NAGY uses good sources for her article about Vera Zasulich, although she could have cited Jay Bergman, Leopold Haimson, and Barbara Engel, and the story she tells is well-known. Nor do the pieces by VLADISLAVA GAIDUK on the cultural debate over the *proletkult* and *narkompros* policies towards the theatre or GIOVANNI CADIOLI's piece on Bukharin as an alternative to Stalin break new ground. Cadioli, however, is the only contributor to include a full bibliography.

ANTON RESHETOV cites articles from the Soviet press to demonstrate that it presented a very negative picture of Poland and its people during the 1939 invasion, but this is not a surprising conclusion. ESZTER JÓNI does not go beyond the studies she cites in her description of the 1944 Family Law and its impact on women. M. A. MIKHEEV provides a good summary of attempts in the late Stalinist period to increase industrial production in the Urals by exploiting available natural resources and does use some local primary sources but does not change our existing understanding of the topic. ROLAND GÁSPÁR's discussion of the use of the Romanovs in debates over national identity in contemporary Russia is perfunctory and could have profited from the work of, for example, John Dunlop and Nicholas Riasanovsky. And he is wrong to claim that the image of Peter the Great is fading in contemporary Russia (p. 485). Witness the giant statue of Peter in a ship erected in 1997 in the Moscow River or his prominent role in the Sochi Olympic ceremonies. E. V. OKHOTNIKOVA's history of the emergence of modern style in Russia at the end of the nineteenth and beginning of the twentieth centuries adds nothing beyond what several other studies, such as those by Catriona Kelly and W. Bruce Lincoln, neither of which is cited, already have described.

The articles in the separate section labelled "Cultural History" are for the most part competent microstudies: O. V. BUTKOVA on the concept of miracle and the miraculous in the art of the 1920's, MÁTÉ UR on music in Tolstoi's *Kreutzer Sonata*, D. I. OKHOTNIKOV on Blok, MARTINA MORABITO on the Orient in the works of Fedor Sologub, NATÁLIA CEGELNIK on Marina Tsvetaeva, MATHILDE POUPÉE's description of the 1979 exhibit *Paris-Moscow, 1900–1930*, and ORSOLYA KIS on Mikhail Bakhtin and the carnivalesque. Okhotnikov does not cite studies on Aleksandr Blok by Avril Pyman or Robin Kemball, and Morabito could have used studies on Sologub by Diana Greene, Vassar Smith, and Murl Barker. Cegelnik could have cited biographies of Tsvetaeva by Simon Karlinsky, Viktoria Schweitzer, and Jane Taubman. Poupée needs more context for the political and cultural context of the Brezhnev era, and she is wrong to claim that there was a "long history of lasting friendship" between France and Russia starting with

Peter the Great (p. 553). Catherine II once called the French foreign minister, the Duc de Choiseul “the cursed enemy of my state and of my person” (Sergei M. Solov’ev: *Istoriia Rossii s drevneishikh vremen*. T. 14. Moskva 1965, p. 404), and what about the Napoleonic invasion of 1812?

In general, the articles in this collection are based on careful research, and, as noted above, some are more than microstudies and effectively challenge existing interpretations. There are grammatical and stylistic errors in some pieces in English by non-native speakers, and many of the articles are too short to do full justice to their topics. Also, many of the authors do not make adequate use of non-Hungarian and non-Russian sources. I applaud the organizers of the conference for providing this opportunity for young scholars to present their work and see it published.

DANIEL SCHLAFLY

St. Louis, MO

Tamara N. Tacenko

Nemeckie territorial’nye gosudarstva XVI v. v dokumentach Naučno-istoričeskogo archiva Sankt-Peterburgskogo instituta istorii RAN. Issledovanija i materialy

[Deutsche Territorialstaaten des 16. Jahrhunderts in Dokumenten des Wissenschaftlichen historischen Archivs des St. Petersburger Instituts für Geschichte der Russländischen Akademie der Wissenschaften. Forschungen und Materialien]

S.-Peterburg, Moskva: Bulanin, 2017. 447 S., 33 Abb., Tab. ISBN: 978-5-86007-842-0.

Tamara N. Tacenko, die vor Jahren die erste für den Unterricht an der Archivschule Marburg geeignete Paläographie der modernen deutschen Kursive vorgelegt hat, stellt hier die Bestände vor, auf denen seinerzeit ihre Arbeit für das 16. Jahrhundert basiert hatte. Es handelt sich um 190 Autographen (159 Briefe und 31 Urkunden) aus den enormen Sammlungen des Nikolaj Petrovič Lichačev, Stellvertretender Direktor der Kaiserlichen Öffentlichen Bibliothek in St. Petersburg von 1902 bis 1914, der auf der Basis der eigenen Kollektion seinen wissenschaftlichen Ruhm u. a. als Wasserzeichen-, Siegel- und Ikonenforscher begründete. Einen wesentlichen Teil seiner heute z. T. verstreuten Sammlungen konnte er nach der Revolution zusammenhalten, indem er sie der Akademie der Wissenschaften in Gestalt eines Paläographie-Museums schenkte, dessen Direktor er gleich selbst wurde und bis zu seiner Verhaftung 1930 auch blieb. Die

Lichačevs, die sich als Nachfahren des Rjurik, des mythischen Begründers der Rjurikidendynastie, verstanden, hatten die Sammlerleidenschaft im Blut. So begründen noch heute die Sammlungen von Nikolaj Petrovič Lichačevs Onkel Andrej Fedorovič (1831–1890) den Ruhm wichtiger Museen der Hauptstadt Tatarstans: 40.000 potentielle Exponate aus seinem Besitz bereichern die Bestände des Tatarischen Museums für Naturgeschichte in Kazan, seine Bildersammlung befindet sich im dortigen Kunstmuseum. Nikolaj Petrovičs Enkelin Ol'ga Petrovna (1937–2003), Slavistin, arbeitete in der Handschriftenabteilung der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg.

Nikolaj Petrovič Lichačevs Handschriftensammlung, die nur einen minimalen Teil seiner riesigen Kollektionen ausmachte – hier wäre an seine Ikonensammlung zu erinnern, die er an Zar Nikolaj II. verkaufte, der damit 1913 das heutige Russische Museum in St. Petersburg gründete –, besteht aus einzelnen Autographen, wohl gemerkt nicht aus ganzen Beständen, die für deutsche Archive mit kriegsbedingten Totalverlusten von Interesse sein könnten. Gewisse Verkäufer resp. ehemalige Eigentümer lassen sich dennoch vermuten – hier ist beispielsweise das Archiv der Fürsten von Oettingen zu nennen –, wobei häufig dem Schriftstück beiliegende Belege aus Auktionskatalogen den rechtmäßigen Erwerb beweisen.

Die 190 Autographen, die Tacenko im vorliegenden Werk vorstellt, sind nach den Empfängern, also den Namen der betreffenden Territorien, alphabetisch geordnet. Nur bei den Wettinern und Hohenzollern werden einzelne Linien unterschieden. Die einzelnen Faszikel enthalten in der Regel nur wenige Schriftstücke, die wiederum chronologisch sortiert sind. Diese Regesten der Schriftstücke machen den zweiten Teil des hier besprochenen Bandes (S. 170–403) aus.

Der Wert von Autographen erschließt sich nur durch deren Einordnung in größere Zusammenhänge. Diese leistet Tacenko in dem umfangreichen, in vier Kapitel gegliederten Einführungsteil, der den Regesten vorangestellt ist (S. 14–169). Das 1. Kapitel dieses Einführungsteils stellt eine geglückte Untersuchung zur Formenkunde auf der Basis der vorliegenden, an den deutschen Archivschulen benutzten Literatur zum Kanzleigebrauch der Zeit dar (S. 14–34).

Darauf folgt im 2. Kapitel eine lesenswerte Darstellung der Verwaltungsgeschichte an deutschen Höfen und in der Lokalverwaltung für die Zeit vor Einführung der Geheimen Räte (S. 37–96). Verfassungsrechtlich unglücklich scheint mir hier allerdings die Gleichsetzung von absolutistisch und russ. *samoderžavnyj* im „Denken der Fürsten“ (*samoderžavnoe soznanie*, S. 53), fühlten sich die Deutschen, Herrscher wie Untertanen, doch dem „gemeinen Nutzen“ verpflichtet (S. 38), einem Wert, der den zeitgenössischen Moskauer Herrschern, etwa Zar Ivan IV. Groznyj, relativ fern lag.

An den verwaltungsgeschichtlichen Abriss schließt sich im 3. Kapitel Tacenkos Einordnung der von ihr präsentierten Schriftstücke in die Geschichte von Reformation und Gegenreformation an (S. 97–159). Hier finden sich lebendige Beispiele für die

Durchsetzung der „Zweiten Reformation“ bzw. Gegenreformation auch mittels Waffengewalt oder durch deren Androhung. Als Beispiel sei die Visitation des Erzbischofs Daniel von Mainz auf dem Eichsfeld mit 2.000 Bewaffneten und einigen Jesuiten im Jahr 1574 genannt (S. 120 f.).

Am Schluss des Einführungsteils analysiert Tacenko im 4. Kapitel Briefe, die an Mitglieder der jeweils selben fürstlichen Familie verfasst wurden und deren Alltagsorgen erkennen lassen. Es handelt sich ausschließlich um Fürstinnenbriefe, also um einen Beitrag zur Frauenforschung (S. 160–169). In diesen Zusammenhang gehört auch das Schreiben eines Mannes, des Fürsten Rudolf von Anhalt (S. 166 ff.), der offensichtlich eine Rüge seitens seiner streng lutherischen Mutter Eleonore, Landgräfin von Hessen-Darmstadt, wegen der Ansätze zu einer „Zweiten Reformation“ im Anhaltischen fürchtet – ein Indiz für den möglichen, natürlich schwankenden Einfluss von Frauen auf die Innenpolitik der Territorien.

Tacenos historische Einordnung der Schriftstücke beruht auf der einschlägigen deutschen landesgeschichtlichen Literatur, liest sich gut und wäre wieder als Lehrmaterial an den deutschen Archivschulen zu empfehlen. Aber wer kann hier schon russischsprachige Fachliteratur lesen?

INGE AUERBACH

Marburg/Lahn

Whose Memory? Which Future? Remembering Ethnic Cleansing and Lost Cultural Diversity in Eastern, Central and Southeastern Europe

Ed. by Barbara Törnquist-Plewa. New York, Oxford: Berghahn, 2016. VIII, 233 S., 20 Abb. = Studies in Contemporary European History, 18.
ISBN: 978-1-78533-122-0.

Der vorliegende Band untersucht, wie lokale Gemeinschaften mit dem historischen und kulturellen Erbe „ethnisch gesäuberter“ Landschaften umgehen, und betritt damit einen neuen Weg jenseits von Opfer- und Täterperspektiven. Wird die Erinnerung an die vormaligen Bewohner unterdrückt und gemieden oder gepflegt? Wird Geschichte neu besetzt und überschrieben oder genutzt und vielleicht sogar kommerzialisiert? Diesen Fragen gehen sechs Fallstudien zu urbanen Zentren in fünf verschiedenen ostmitteleuropäischen Ländern nach: in Polen, Tschechien, der Ukraine, in Kroatien und Bosnien. Sie entstanden zwischen 2011 und 2013 im Rahmen eines Forschungsprojekts an der Universität Lund. Abgerundet wird das Buch von einem sehr inspirierenden vergleichenden Abschlusskapitel, welches Herausforderungen und Dilemmata

herausarbeitet, mit denen Städte mit einer multikulturellen Vergangenheit konfrontiert sind. Ausführliche Literaturangaben und ein Stichwortverzeichnis ergänzen die Lektüre.

Der theoretische und politische Bezugspunkt der Beiträge ist ein westeuropäisches Verständnis von Gedächtniskultur. Die Studien knüpfen an die Klassiker der *memory studies* an: Maurice Halbwachs, Pierre Nora sowie Jan und Aleida Assmann. Die Autorinnen und Autoren begehen aber durchaus auch weniger ausgetretene Pfade, etwa indem sie Überlegungen zu *memory scapes* und *prosthetic memory*, Heimattourismus und nostalgischen Tourismus integrieren.

Allen Fallstudien liegen die gleichen Fragen zugrunde, was der Vergleichbarkeit zugutekommt: Wie werden die verschwundenen ethnischen Gruppen erinnert oder aus der Erinnerung ausgeklammert? Wer sind die Akteure der Erinnerung in den ausgewählten Städten und was ist Ihre Motivation? Wie gestalten und nutzen sie die Erinnerung der verlorenen anderen? Und welche Kräfte wirken hinter der Transformation kollektiver Erinnerung in den untersuchten Orten? (S. 5)

Auch wenn die Studien den gesamten Zeitraum von der jeweiligen „ethnischen Säuberung“ bis ins 21. Jahrhundert in den Blick nehmen, liegt ihr Schwerpunkt auf der Zeit nach 1989. Fraglos ist die Periode nach der politischen Wende in Osteuropa besonders spannend, da die politische Liberalisierung in dieser Zeit überhaupt erst nennenswerte Räume und Möglichkeiten der Erinnerung und des Gedenkens an die ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner entstehen ließ.

Methodisch breit aufgestellt, nutzen die Beiträge sowohl historische als auch anthropologische, ethnologische und soziologische Methoden. Neben der Auswertung schriftlicher Quellen (historischer Dokumente, Zeitungsartikel, Reiseführer etc.) sind hier vor allem die Analyse sowohl von materiellen Formen der Erinnerungskultur (Denkmäler und andere Spuren im Raum) als auch von performativen Formen der Erinnerungskultur (Gedenkrituale und -feiern) sowie Interviews mit Akteurinnen und Akteuren der Erinnerung zu nennen.

Den Anfang der Fallstudien machen BARBARA TÖRNQUIST-PLEWA and IGOR PIETRASZEWSKI mit einer Untersuchung zu Wrocław. Sie zeigen, dass die Thematisierung von Multikulturalität und deutscher Vergangenheit Wrocław half und hilft, sich als sichtbare, moderne und europäische Stadt zu etablieren. Dass es Wrocław gelang, 2016 Kulturhauptstadt zu werden, steht mit der Pflege und Thematisierung von Kulturerbe und Geschichte in Verbindung, argumentieren sie. (S. 34 f.)

TOMAS SNIÉGONS Untersuchung von vier der Vertreibung der Sudetendeutschen gewidmeten Denkmälern in vier tschechischen Orten zeigt, dass offizielle Erinnerungsbekennnisse häufig eher eine politische Funktion haben, wie dies etwa im Fall der Anerkennung der Vertreibung der Sudetendeutschen im Vorfeld der Aufnahme von Tschechien in die Europäische Union der Fall war. Sie sind mitunter weit von gesellschaftlichen Haltungen entfernt und bilden nicht notwendigerweise den Auftakt für eine transformierende, verantwortungsbewusste Erinnerungskultur (S. 69 f.).

ELEONORA NARVSELIUS weist nach, dass die Akzentuierung der multikulturellen Geschichte von L'viv vor allem touristische Marketingfunktion hat und im gesellschaftlichen Gedächtnis kaum Wiederhall findet. Die Tatsache, dass die verbliebene polnische Minderheit nicht in die Entwicklung der Identität der Stadt einbezogen ist, bestätigt, dass es sich um einen wirtschaftlich motivierten, oberflächlichen Anstrich von Pluralität handelt. Immer noch scheinen Polen weniger als vormalige Bewohner und Vertriebene denn als *pany*, als wohlhabende und machthabende Ausbeuter des ukrainischen Volkes wahrgenommen zu werden (S. 76).

Auch für Černivci gilt dieser Gegensatz zwischen einem tourismuswirksamen Bild der Stadt und der tatsächlichen Erinnerungs- und Identitätsarbeit. So fällt auf, dass Minderheiten, denen gegenwärtig kein Interesse gilt, bei der Beschwörung der vergangenen Multikulturalität außen vor bleiben, wie NIKLAS BERNSAND anhand der belarusischen und aserbajdschanischen Minderheit in Černivci zeigt (S. 122).

Während in den genannten drei Städten die Abwesenheit der vormaligen Bewohner nicht unbedingt bedauert, aber immerhin anerkannt und formuliert wird, ist das kroatische Zadar ein Beispiel dafür, wie die ehemalige italienische Minderheit aus dem Vergangenheitsdiskurs lange Zeit weitgehend ausgeschlossen war. TEA SINDBÆK ANDERSEN zeigt, wie sich der Umgang mit schwieriger Geschichte in der Stadt mit slawischen, illyrischen, römischen und habsburgischen Einflüssen in den letzten Jahren verändert hat und eine ‚Grauzone‘ zwischen Verdrängung und Auseinandersetzung entsteht (S. 165).

DRAGAN NIKOLIĆs auf teilnehmender Beobachtung und Interviews basierende Forschung zur berühmten Brücke über die Drina in Višegrad – seit 2007 UNESCO-Weltkulturerbe – setzt sich mit einem Erinnerungsort einer noch sehr frischen Vergangenheit auseinander – der Ermordung von Bosniern durch ihre serbischen Nachbarn während des Bosnienkrieges 1992–1995. Es gibt hier kein Denkmal für die ermordeten Bosnier. Ein Teil der Gesellschaft stellt die serbischen Täter immer noch als Helden und Verteidiger der Nation dar. Die Brücke symbolisiert damit die polarisierte Gesellschaft und erinnert daran, wie schwierig Versöhnung sein kann (S. 201 f.).

Der Band zeigt, dass sich letztlich alle untersuchten Regionen auch nach der politischen Liberalisierung der 1990er Jahre schwertun, die Opfer der „ethnischen Säuberungen“ in die lokale Geschichte zu integrieren, Empathie zu zeigen und Verantwortung für die „Säuberungen“ zu übernehmen. Zwar wurde von den kommunistischen Narrativen mittlerweile Abstand genommen. Diese sind allerdings häufig nationalistischen Erzählungen gewichen, so dass die Empathie mit den Opfern nach wie vor eine untergeordnete Rolle spielt.

Daraus resultierend scheint in allen Fallbeispielen der gleiche Gegensatz wirksam, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen: Außenwirkung, Tourismus sowie wirtschaftliche und politische Verflechtungen mit anderen Ländern Europas bilden einen Anreiz für ein pluralistisches, multikulturelles, von Erinnerung an Minderheiten und

Verantwortungsübernahme geprägtes urbanes Selbstbild. Dieses steht im Gegensatz zu einem nationalistischen, die eigene Rolle in der Vergangenheit legitimierenden und beschönigenden Geschichtsbild, das in der Innenpolitik von den gerade in den letzten Jahren erstarkenden rechten Parteien, aber auch in der Gesellschaft gepflegt wird. So dient der Hinweis auf die „multikulturelle Geschichte“ häufig als Fassade bzw. Feigenblatt. Geschichtspolitik ist damit eher nach außen gewendet: Sie soll europäische Forderungen einlösen, stößt aber keine wirkliche Auseinandersetzung oder gar Versöhnung an. Im Gegenteil ist sie statt von Verantwortungsübernahme eher von Rechtfertigungsmustern geprägt, etwa indem sie darauf hinweist, was sich die vorherigen Bewohnerinnen und Bewohner haben zu Schulden kommen lassen. Gleiches gilt häufig für den gesellschaftlichen Diskurs.

Doch auch wenn dies die dominierende Tendenz ist, beinhaltet das Bild der Erinnerungskultur in allen bearbeiteten Kontexten Brüche und Unregelmäßigkeiten. Dies wird in den Kapiteln vor allem dadurch deutlich, dass die Autoren und Autorinnen unterschiedliche Akteurinnen und Akteure der Erinnerung zu Wort kommen lassen. Barbara Törnquist-Plewa ordnet diese im vergleichenden Abschlusskapitel den von Michael Bernhard und Jan Kubik in *Twenty Years after Communism. The Politics of Memory and Commemoration* (Oxford 2014) identifizierten Typen der Erinnerungskämpfer, Erinnerungspluralisten und Erinnerungseugner zu. Während in Zadar (Kroatien) und Višegrad (Bosnien) Erinnerungseugner dominieren, stellt sie fest, dass die Erinnerung in den vier tschechischen Orten sowie in Wrocław (Polen) und L'viv (Ukraine) eher von den Erinnerungspluralisten geprägt ist. In Černivci (Ukraine) scheinen alle drei Typen ausgeprägt und aktiv zu sein. Nahezu überall gibt es also auch Akteurinnen und Akteure, die sich tatsächlich für ein kritisches Geschichtsbild und eine von Empathie mit den Opfern geprägte Erinnerung einsetzen.

Die Aufsätze zeigen, dass es darüber hinaus wichtig ist, geschichtspolitische, gesellschaftliche und individuelle Ebenen der Erinnerung getrennt voneinander zu betrachten, da sich hier Gegensätze und Dissonanzen zeigen können. Gleichzeitig zeigen die Studien, wie wichtig es ist, ganz unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens in die Analyse von Erinnerung einzubeziehen. So stellen sich Erinnerungsdiskurse in den Medien teilweise ganz anders dar als in der Gedenklandschaft des öffentlichen Raums. So entstehen Erinnerungs-„Grauzonen“, in denen ein Spannungsfeld zwischen verschiedenen Akteuren, verschiedenen Zielen und Praktiken der Erinnerung herrscht.

Basis dieser Pluralität ist, dass es immer gegenwärtige Selbstverortungen und Zukunftsentwürfe sind, welche die Erinnerungsinhalte und -formen prägen. So dient die Thematisierung der deutschen Geschichte in einigen Städten dazu, die Zugehörigkeit zu einem westlichen Kulturraum und den europäischen Charakter der Stadt zu unterstreichen. Genau diese Selbstverortungen unterscheiden sich, und damit differiert auch der Umgang der Städte mit der lokalen Geschichte „ethnischer Säuberung“.

Der Versuch, eine Fragestellung auf unterschiedliche Regionen anzuwenden und dabei auch noch verschiedene Disziplinen zu integrieren, ist mit diesem Band gelungen. Das bildet ein starkes Argument für vergleichende und interdisziplinäre Erinnerungsforschung und inspiriert zu weiteren Lokalstudien. Gleichzeitig zeigt das Buch das Potential der Kombination von *urban studies* und *memory studies*.

Es ist zu wünschen, dass der Band sein Ziel erreicht, nämlich „to contribute to more ethical approaches in discussions on how Europe should remember its difficult past“ (S. 11). Sicherlich trägt er zu einer differenzierten Betrachtung einer Gruppe von Akteurinnen und Akteuren bei, die bislang kaum im Fokus des Interesses standen, da sie weder Täter, noch Opfer, noch Zuschauer des Verbrechens waren, sondern den Raum eingenommen haben, den sie nun mit der Vergangenheit der „ethnischen Säuberung“ teilen.

Die Beschäftigung mit diesen Räumen und ihren Lücken ist umso wichtiger, da die materiellen Spuren der verschwundenen Bevölkerung(en) häufig kaum mehr lesbar sind. Entweder wurden sie entfernt und überschrieben und sind damit vor allem durch Abwesenheit gekennzeichnet. Oder sie sind, außer für die Erlebnisgeneration, nicht mehr verstehbar. Diese Spuren aufzudecken und den geschichtspolitischen, aber auch individuellen Umgang mit ihnen kritisch zu beleuchten, trägt nicht nur zum Füllen einer Forschungslücke bei, sondern ist auch gegenwärtig von gesellschaftlicher Relevanz. Schließlich beeinflussen Multiethnizität und Multikulturalität der Vergangenheit, genau wie die Gewalt, die zu ihrem Ende führte, das politische und soziale Leben – und zwar auch dann, wenn sie kaum mehr sichtbar sind.

IMKE HANSEN

Lüneburg

Andrej Zaostrovcev

O razvitii i otstalosti. Kak ékonomisty ob”jasnjajut istoriju?

[Über Entwicklung und Rückständigkeit. Wie erklären Ökonomen Geschichte?]

S.-Peterburg: Izdat. Evropejskogo universiteta, 2014. 247 S., Graph.

ISBN: 978-5-94380-180-8.

Andrej Zaostrovcev, ein Professor für Wirtschaft in St. Petersburg, hat ein Buch speziell für den akademischen russischen Markt verfasst. In fünf Kapiteln legt er dar, wie einige der führenden westlichen Ökonomen, oftmals renommierte Wirtschaftshistoriker, Geschichte interpretieren. Die im Titel erwähnten Begriffe Entwicklung und

Rückständigkeit sind zentrale Themen für den Verfasser. Warum hat sich ausgerechnet der Westen derart entwickelt und wieso blieb er reich und nicht Indien oder China? (S. 7) Laut Autor ist das Buch interessant für Ökonomen, Historiker, Soziologen und Philosophen (S. 9).

In Russland befand sich die Wirtschaftsgeschichte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Griff der Ideologie. Danach entwickelte sie sich in einigen Zentren wie Moskau oder St. Petersburg, doch sie hat bei weitem nicht die Prominenz erhalten wie im angelsächsischen Raum. Hinzu kommt, dass der Bestand an fremdsprachiger Literatur in vielen russischen Universitätsbibliotheken sehr beschränkt ist und gerade ältere Akademiker über eingeschränkte Englischkenntnisse verfügen. Zwar gibt es in Russland die Tradition, wissenschaftliche Literatur in großem Umfang zu übersetzen, wovon auch das vorliegende Buch profitiert, doch einen Überblick über die Ideengeschichte der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte zu gewinnen, ist in Russland vielerorts schwierig.

In diese Lücke tritt nun Zaostrovcev, der in fünf Kapiteln das Werk einzelner Ökonomen, eine ökonomische Schule oder auch nur ein einzelnes Buch vorstellt, welche die Geschichte aus wirtschaftshistorischer Sicht erklären. Leider entscheidet er sich für ein Referieren der Arbeiten, geht wohl auch auf andere Autoren ein, meidet aber ausdrücklich eine Wertung (S. 7). Der Leser möge sich selbst die geeignete Konzeption aus dem Angebot herausuchen (S. 231). Dies macht die Lektüre leider mitunter etwas ermüdend, wenn auf mehr als 50 Seiten das Werk eines Wissenschaftlers beschrieben wird. Zwar erwähnt und zitiert der Autor auch andere Ökonomen, die zum Thema beigetragen haben, aber er unterscheidet nicht einmal zwischen besonders erfolgreichen oder nicht so gelungenen Werken, die er in einem Kapitel vorstellt. Wiederholt behandelt er Stellen in den Arbeiten der Ökonomen ausführlicher, in denen die Rolle Russlands bzw. der Sowjetunion untersucht werden.

Die Auswahl der behandelten Wirtschaftswissenschaftler kann als gelungen angesehen werden, wenn auch jeder Fachmann eigene Vorlieben hat und eine etwas andere Liste gewählt hätte. Zu Beginn steht ein knappes Vorwort. Im ersten Kapitel untersucht der Verfasser das Werk des Nobelpreisträgers (1993) und wohl wichtigsten Vertreters der Neuen Institutionenökonomie, Douglass C. North. Dieser verfügte über einen großen Einfluss auf die Wirtschaftsgeschichtsschreibung der letzten Jahrzehnte, und der Leser erhält einen soliden Überblick über die Bedeutung von Institutionen für die wirtschaftliche Entwicklung sowie über das Werk von North.

Das zweite Kapitel ist einem einzigen Buch von Daron Acemoglu und James A. Robinson gewidmet: „Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut“. Beide Autoren betonen ebenfalls die Rolle von Institutionen und weisen dabei auch auf den negativen Einfluss von ausbeuterischen Institutionen hin.

Das dritte Kapitel behandelt das Werk von Deepak Lal unter der Überschrift „Modernisierung ohne Verwestlichung“. Lal ist besonders durch unkonventionelle

Thesen bekannt geworden und geht in seinen Arbeiten immer wieder auf den „Osten“ ein, Indien, China und die islamische Welt, aber auch auf die Fälle autoritärer Entwicklung wie in Südkorea oder in Taiwan.

Das vierte Kapitel untersucht Ludwig von Mises und die Österreichische Schule und bietet Einblicke sowohl in das Werk des österreichisch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers als auch in wesentliche Gedanken dieser bis heute existierenden und einflussreichen Schule.

Das letzte Kapitel unter dem Titel „Von Ludwig von Mises zu McCloskey. Rhetorik und Geschichte“ geht insbesondere auf das Werk von Deirdre McCloskey ein, eine der originellsten Denkerinnen der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften. McCloskey hat die Geisteswissenschaften sozusagen in die Ökonomie zurückgebracht.

Auffallend bei der Auswahl der referierten Autoren und Werke ist, dass Mainstream-Wirtschaftswissenschaftler nicht im Zentrum dieses Buches stehen, sondern Ökonomen und eine Ökonomin, die durch die Originalität ihrer Gedanken große Bedeutung in ihrem Fach erlangt haben. Der Rezensent würde einen Teil dieser Werke wohl lieber im Original lesen als in Form eines überlangen Referats, aber für das russische Publikum erfüllt Zaostrovcev erfolgreich die Aufgabe, eine Übersicht einflussreicher Werke der Ideengeschichte der Ökonomie zum Thema Geschichte zu liefern. Der russische Leser vermisst vielleicht die Bewertung des Verfassers, doch er erhält einen sehr soliden Überblick über sehr viel Wirtschaftsgeschichte. Ein Einstieg zum Weiterlesen.

OLAF MERTELSMANN

Tartu